

KURDISTAN REPORT

Juli 1988
Nr. 23
Preis: 3.- DM

ORGAN DER EUROPAVERTRETUNG DER NATIONALEN BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS

MASSAKER IN SÜD KURDISTAN

Durch den Einsatz von Giftgasbomben wurden in Halabja 5.000 Kurden ermordet





WIDERSTAND IN DEN GEFÄNGNISSEN

Die türkischen Kolonialisten schmieden neue Komplotte gegen die politischen Gefangenen

KURDISTAN REPORT

KURDISTAN REPORT

★

Impressum:
V.i.S.d.P.: Agri Verlag
Vogelsangerstr. 286
5000 Köln 30

★

Kontakt Adresse:
SERXWEBÛN
Postfach: 10 16 83
5000 Köln 1

★

Zahlungen an:
Stadtsparkasse - Köln
A. Sari
Konto Nr.: 1 74 21 96
BLZ: 370 501 98

★

Belgien	52.00	bfr.
Dänemark	10.00	dkr.
Frankreich	7.50	£.
Großbritanien	0.75	ff.
Niederlande	3.50	hfl.
Norwegen	7.50	nkr.
Österreich	22.00	s.
Schweden	7.50	skr.
Schweiz	3.00	sfr.

★

Abonnementpreis:
Jährlich 15.- DM

23

IN DIESEM HEFT:

LIEBE REPORT LESER!

Mit einer langen Verspätung erscheint diese Ausgabe von Kurdistan-Report. Vorab möchten wir uns für diese Verspätung bei unserer Leserschaft entschuldigen.
In dieser Ausgabe von Kurdistan-Report wurden die aktuellsten Entwicklungen in Kurdistan aufgegriffen. Wie bekannt erlebt man heute den Höhepunkt der ***Widerstände in den Gefängnissen*** *seit dem Militärputsch 1980. Tausende von politischen Gefangenen in den Gefängnissen in Kurdistan und in der Türkei haben sich an diesem so bedeutungsvollen Widerstand beteiligt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Türkischen Republik wurde die Existenz der kurdischen Sprache durch diesen Widerstand anerkannt. Dieser Widerstand wurde insbesondere durch die Entwicklungen außerhalb der Gefängnisse ergänzt. Sowohl der Widerstand der Angehörigen der politischen Gefangenen als auch die "****Guerillaaktionen und die militärische Entwicklung****" des Befreiungskampfes haben damit die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Realität Kurdistans gezogen. Gegenüber dieser Entwicklung und Erstarkung des nationalen Befreiungskampfes in Kurdistan werden in Kurdistan und in der Türkei "****neue Putschdrohungen****" gemacht. Ein anderes Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Kurdistan zog und eine starke Gegenreaktion und große Proteste auslöste, war das "****Massaker von Halabja****", auf das wir in dieser Ausgabe eingehen. Gleich nach dem Massaker von Halabja wurden in der Türkei die Diskussionen über Interventionsmöglichkeiten der türkischen Armee in Kirkuk geführt, deren Hintergründe wir unter der Überschrift "****Der Traum des türkischen Staates und die Hintergründe****" aufgegriffen haben.*
*Ein anderes Thema dieser Ausgabe ist das "****Dorfschützertum****" in Kurdistan mit seinem geschichtlichen Hintergrund. Wir haben dieses Thema aus dem Grunde aufgegriffen, weil in der europäischen und insbesondere in der bundesdeutschen Öffentlichkeit sehr große Informationslücken oder Falschinformationen diesbezüglich herrschen.*
*Wir haben außerdem es für notwendig erachtet, die "****Angriffe der Bundesregierung gegen den nationalen Befreiungskampf****" und die Gründe hierfür erneut aufzugreifen. Die Haltung der Bundesregierung gegen den nationalen Befreiungskampf wird durch die bundesdeutschen Medien und Behörden dahingehend entstellt, daß die Behauptung aufgestellt wird, die Bundesbehörden "richteten sich gar nicht gegen den Freiheitskampf der PKK, sondern gegen eine kleine terroristische Vereinigung innerhalb der PKK, ERNK und ARGK" und anderen kurdischen Organisationen. Man versucht durch Erklärungen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit über die PKK und ihren legitimen Befreiungskampf ein Bild zu schaffen, die diesen Kampf als "terroristisch" entstellt. So als reichte die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der BRD an das kolonial-faschistische Regime nicht aus, versucht die Bundesregierung heute die Aktivitäten der patriotischen Kurden in der BRD zu verhindern und durch die Entstellung des nationalen Befreiungskampfes die Solidarität mit diesem Befreiungskampf zu stoppen. Sogar der Gedanke und die Propagierung des legitimen nationalen Befreiungskampfes wird zu verhindern und zu verboten versucht.*
Die fortschrittliche bundesdeutsche Öffentlichkeit und insbesondere unsere Leserschaft, die den Befreiungskampf am besten kennt, muß dieser Feindschaft gegen die Befreiung Kurdistans entgegentreten und der Beendigung dieser Angriffe beitragen. Es ist selbstverständlich, daß keine anti-faschistische, antikoloniale und fortschrittliche Person es hinnehmen kann, daß einer anti-faschistischen Bewegung, die gegen den Faschismus in den Bergen, Städten und in den Gefängnissen einen Kampf führt, der Krieg angesagt wird. Insbesondere diejenigen fortschrittlichen Personen, deren Regierung diese Bewegung angreift, können das in keiner Weise hinnehmen. Aus diesem Grunde appellieren wir erneut an unsere Leserschaft, gegen diese Angriffe der Bundesregierung Partei zu ergreifen und sich mit dem kurdischen Volk und seinem Kampf um seine Befreiung zu solidarisieren.

LESERUMFRAGE

Lieber Leser, liebe Leserin!

Unsere Redaktion hat schon mehrmals den Versuch unternommen, mit Euch als Leserschaft in eine Diskussion zu kommen über Inhalte und Gestaltung des Kurdistan-Reports. Die Rückmeldungen waren bisher wenige, doch hören wir immer wieder Kritik, die aber noch nicht ausreichend greifbar geworden ist für uns.
So nützen uns ohne Lesermeinung und -mitgestaltung alle internen Auseinandersetzungen über Konzeption, Form und Inhalt wenig, wenn wir Eure Vorstellungen und Wünsche nicht genau kennen.
Die Redaktion des Kurdistan-Report hat aus diesem Grunde einen kleinen Fragekatalog erarbeitet, der Anhaltspunkt Eurer Kritik für Änderungsvorschläge sein kann.
Wir würden uns sehr freuen, wenn wir gemeinsam mit Euch das Konzept des Kurdistan-Report neu überdenken könnten, um dann eine Neugestaltung vornehmen zu können, denn auf die Unterstützung und das Mitwirken der Leserschaft können und wollen wir nicht verzichten.

1- Welche Themenbereiche sind Eurer Meinung nach in den bisherigen Ausgaben zu kurz gekommen oder fehlten ganz (z.B: Berichte aus den anderen Teilen Kurdistans, Ökonomie, Internationalismus, Reiseberichte, Kultur etc.)?

2- Welche journalistischen Mittel sollten Eurer Meinung nach verstärkt benutzt werden (z.B. Interviews, Reportagen, theoretische Abhandlungen, politische Erklärungen etc.)?

3- Es können auch einzelne Artikel, die auf inhaltliches Mißfallen gestoßen sind, analysiert werden, damit etwaige Kritik für uns konkret wird.

4- Mehrfach haben wir Kritik über die sprachlichen und stilistischen Ausdrucksmittel zu hören bekommen. Gibt es in diesem Bereich noch gravierende Fehler, die wir in Zukunft vermeiden können?

5- Sollten wir eine Rubrik für Leserschaft einführen?

6- Was haltet Ihr von einer Abteilung "Pressespiegel" wichtiger deutscher und türkischer Medien mit Übersetzungen?

Auf Eure Anregungen, Kritik, Meinungen, Vorschläge ist die Redaktion des Kurdistan-Report sehr gespannt. Wir hoffen, daß wir eine fruchtbare Diskussion mit Euch beginnen und weiterführen können. Natürlich würden uns sowohl zur Veröffentlichung als auch zur Erfahrung auch Eure Ansichten über den Befreiungskampf in Kurdistan und seine Auswirkungen und Folgen im Ausland sehr interessieren.

Mit solidarischen Grüßen
Kurdistan-Report Redaktion

Der Guerillakampf in Kurdistan erreichte insbesondere mit dem Beginn des Frühlings eine neue Etappe. Wie wir zuvor in unseren Ausgaben schon dargelegt hatten, wurde das Jahr 1988 durch den III. Parteikongreß der PKK zu einem Jahr des Sieges erklärt. Dieses Jahr wurde als ein Jahr bezeichnet, in dem große Entscheidung für die Zukunft des Befreiungskampfes fallen würden. Dieses Jahr wird für den Feind die Niederlage, für den Befreiungskampf aber den Sieg bedeuten.
So hat auch der Guerillakampf mit der Schneeschmelze begonnen. Die Aktionen der Guerilla erreichten noch nie dagewesene Ausmaße.

DER VOLKSKAMPF IN KURDISTAN AUF HÖHEREN ETAPPEN

Auch die Zahl und die Größe der Guerillaeinheiten haben insbesondere in den Gebieten, wo der Kampf sich in der Phase des Guerillakampfes befindet, wie Botan, Mardin, Garzan (umfaßt Siirt und Bitlis), Dersim und zum Teil Bingöl sehr stark zugenommen. Die Entwicklungen in den Regionen kann man durch die Guerillaaktionen in den jeweiligen Gebieten darlegen:

BOTAN

In den letzten Monaten wurde in dieser Region insbesondere dem "Dorfschützertum", das der kolonialistische türkische Staat erneut verstärken möchte, große Schläge versetzt.
So führten am 28. März in den Dörfern Xurse und Zivinga Haciali bei Eruh die Guerilla zwei Aktionen gegen die "Dorfschützer" durch. Dabei wurden insgesamt 9 "Dorfschützer" getötet. Diese haben eine sehr große Rolle gespielt bei der Ermordung von insgesamt 9 Guerillas —darunter auch die Kommandantin Hanim Yaverkaya und Hasan Cabadek, Ali Kaya u.a— und patriotische Milizen. Sie waren in der Gegend durch ihre Plünderungen, Folterungen und Frauenvergewaltigungen bekannt. Insgesamt haben sie dazu beigetragen, daß um die 60 Patrioten, die die Guerillas unterstützten, durch deren Denunziationen verhaftet wurden.
Außerdem haben ARGK-Guerillas am 9. Mai in den Dörfern Sipan und Navyan bei Sirnak erneut die "Dorfschützer" angegriffen und dabei über 20 Dorfschützer, die trotz der Überzeugungsaktivitäten und Warnungen nicht davon absahen, die Tätigkeit des Milizentums fortzusetzen, getötet.
Es kam in dieser Gegend zu zahlreichen Auseinandersetzungen mit den türkischen Militäreinheiten und Konter-Guerillateams. So ist es Anfang Mai bei Sirnak zu einer Auseinandersetzung zwischen den ARGK-Guerillaeinheiten und den türkischen Armeeinheiten gekommen. Bei dieser Auseinandersetzung sind insgesamt 16 Soldaten getötet worden. Um den Verlust der türkischen Armee bei dieser Auseinandersetzung zu verschweigen, wurden die Toten und Verletzten unverzüglich ins Krankenhaus in Cizre eingeliefert. Zur gleichen Zeit haben die Guerillas den Spezialteams, die in der Gegend bei Destalalo und Dersev bei Sirnak operierten, eine Falle gestellt und 6 Mitglieder des Spezialteams getötet.
Bei einer Auseinandersetzung bei dem Dorf Kror bei Uludere/Hakkari sind 30 Soldaten getötet worden. Nach dieser Auseinandersetzung, die Stunden andauerte, haben sich die Guerillas ohne Verluste auf ihre Stützpunkte zurückgezogen.
Mitte Mai haben die ARGK-Guerillas bei einer Auseinandersetzung bei Sirnak insgesamt 10 Konterguerillas als Kriegsgefangene mitgenommen.
Auch die Beteiligung in den Reihen der ARGK hat in Botan zugenommen. So haben sich Mitte März die politischen und organisatorischen Aktivitäten in Eruh, Sirnak, Cizre, Silopi und Pervari intensiviert. Die Hauptaktivitäten der Botan-Gruppe waren in erster Linie das Ausschalten von reaktionären Brennpunkten wie den "Dorfschützern" und die Gewinnung von neuen Kämpfern. So haben sich in dieser Phase insgesamt 20 junge Kurden den Reihen der ARGK angeschlossen.
Als Folge dieser Aktivitäten haben auch zahlreiche "Dorfschützer" ihre Waffen wieder an den Staat abgegeben, so z.B. 20 "Dorfschützer" in dem Dorf Alkemer bei Sirnak.

MARDIN

In dieser Region, die für ihre hohe Beteiligung an der Volksbefreiungsarmee bekannt ist, wurden in dieser Phase sehr große Entwicklungen erlebt. Am auffälligsten war, daß das Ausmaß der Aktionen stark zunahm. Im Monat April standen sich die türkische Armee und die Guerillas bei Auseinandersetzungen im Stärkeverhältnis 1:100 gegenüber. Eine andere Entwicklung in diesem Gebiet ist es, daß die Bevölkerung während der Auseinandersetzungen ihre Solidarität mit den kämpfenden Guerillas in der Form zum Ausdruck brachten, daß sie auf die Straßen gingen und die Situation sich zu einer einer Vorphase von regionalen Aufständen entwickelte.
Am 1. April kam es in der gebirgigen Gegend von Bagok bei Nusaybin-Midyat zu einer Auseinandersetzung, die die größte seit dem Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes 1984 war. Den Erklärungen der ARGK-Kommandantur von Mardin zufolge hat sich dieses Ereignis folgendermaßen entwickelt. In dieser Erklärung vom 15. April heißt es:
"Die Auseinandersetzung bei Bagok ist zustande gekommen, als unsere 52-Mann-Guerillaeinheit aus Anlaß der



Guerrillas in einem militärischen Stützpunkt in Nord-Kurdistan

Beteiligung von neuen Kämpfern sich zu einer Feier versammelte und diese denunziert wurde. Daraufhin begann der Feind insgesamt um die 10 000 Soldaten und Konter-Guerillas in dieser Region zu konzentrieren.
Diese Auseinandersetzung war die größte zwischen unseren nationalen Befreiungskräften und den feindlichen Kräften. Sie dauerte ununterbrochen über 24 Stunden lang. Dabei wurden drei feindliche Hubschrauber abgeschossen. Die Reste dieser Hubschrauber sind heute noch in diesem Gebiet. Außerdem wurden 3 Militärfahrzeuge zerstört. Die Verluste des Feindes waren mindestens 240 Tote (195 Soldaten und 45 Konterguerillas) —darunter befanden sich 1 Major, 2 Oberleutnante und 1 Hauptmann— und zahlreiche Verletzte.
Unsere nationalen Befreiungskräfte haben ohne die Gefallenen die Umzingelung an zwei Stellen durchbrochen und waren in der Lage, sich aus dieser Gegend zurückzuziehen...
Der Feind hat bei dieser Auseinandersetzung aus den wirkungsvollsten Puma-Hubschraubern giftige Bomben mit hoher Zerstörungskraft abgeworfen."
Die Zahl der Verluste der Guerillas betrug bei dieser Auseinandersetzung insgesamt 7 Guerillas und 13 neue Kämpfer, von denen die meisten unbewaffnet waren.
Zur gleichen Zeit fand nur einige zehn Kilometer weiter eine andere Auseinandersetzung in Silopi statt. Bei dieser Auseinandersetzung traf die kolonialistische Armee eine äußerst interessante Vorsorgemaßnahme und erklärt für die umliegenden Dörfer Ausgangssperre. Bei dieser Auseinandersetzung hat die Guerillaeinheit keine Verluste erlitten. Dabei wurden insgesamt mindestens 70 Soldaten getötet.
Am 15. Mai kam es bei Derik in Mardin auf eine Denunziation hin zu einer Auseinandersetzung. Bei dieser Auseinandersetzung, die Stunden lang andauerte, wurden uns erreichten Nachrichten zufolge insgesamt über 50 Soldaten getötet. Um die Umzingelung zu brechen, versuchten die Guerillas, sich in der dort weidenden Schafsherde zu verstecken. Daraufhin haben die Kolonialisten die ganze Schafsherde aus der Luft bombardiert. Dabei sind insgesamt 5 Guerillas gefallen. Die kolonialistischen Armeeinheiten haben nach dieser Auseinandersetzung eine großangelegte Operation verwirklicht und dabei 15 patriotische Bauern verhaftet.



Guerillas im Ausbildungslager

DERSIM

In diesem Gebiet wurden insbesondere große Schläge gegen die Assimilationspolitik der Kolonialisten erteilt. Als Folge der Angriffe gegen die Schulen, die die Zentren dieser Assimilationspolitik sind, wurden in Dersim die Schulen in diesem Jahr frühzeitig geschlossen.
Die ARGK-Guerillas haben in dem Dorf Akdüzen bei Mazgirt die zwei Agenten des Staates, die als Lehrer ihre Agententätigkeit durchführten, angegriffen und getötet. Die beiden Agenten Musa Sarisac und Mustafa Saglar haben trotz Warnungen der ARGK-Guerillas nicht von ihrer Agententätigkeit abgesehen. Außerdem wurden bei Pülümür die beiden Lehrer Lokman Ceker und Ali Bosgelmez getötet. Insbesondere in dieser Gegend spielen Lehrer eine sehr große Rolle bei der Verbreitung der Agententätigkeit. In Dersim spürt der kolonialistische Staat nicht die Notwendigkeit, hier das "Dorfschützersystem" aufzubauen, weil er durch die Lehrer und Agenten diesen Bedarf deckt. Aus diesem Grunde spielt es eine große Rolle gegen dieses Hindernis vorzugehen.
Bei zwei Auseinandersetzungen in dem Dorf Saritas bei Dersim am 14. April wurden insgesamt 6 Soldaten —darunter auch hohe Offiziere— getötet. Dabei sind insgesamt 3 Guerillas gefallen.

ANTEP

Die ARGK-Guerillas haben zum ersten Mal seit dem Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes in Antep eine Aktion verwirklicht. Dabei haben sie in Kilis eine Militäreinheit angegriffen und 1 Unteroffizier und 1 Soldat getötet. Diese Aktion ist aus dem Grunde so wichtig, weil dieses Gebiet für die Guerilla nicht allzu günstig ist und in dieser Region zum ersten Mal Gerillaaktionen verwirklicht werden.
Außer diesen Guerillaaktionen wurden in den Städten in Kurdistan und in der Türkei das Widerstands- und Neujahrsfest NEWROZ gefeiert. An die Versammlungen in der Universität Diyarbakir haben sich über 200 Studenten beteiligt. Beim Eingriff der Polizei, die durch eine Denunziation von dieser Versammlung erfahren hatte, wurden 40 der Studenten verhaftet. Auch in Ankara wurde NEWROZ gefeiert. An diese Versammlung in der Universität haben sich insgesamt über 150 kurdische und türkische Studenten beteiligt

REVOLUTIONÄRE ALLIANZ IN KURDISTAN

Die PKK und PUK haben einen Allianzprotokoll unterzeichnet



Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan und Generalsekretär der PUK, [illegible]

Der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, und der Generalsekretär der PUK, Celal Talabani, haben in einer gemeinsamen Presseerklärung am 1. Mai 1988 erklärt, daß beide Organisationen einen Allianzprotokoll unterzeichnet haben. Die beiden Delegationen sind unter der Führung der beiden Generalsekretäre ab Mitte April zusammengetroffen. Bei den Gesprächen wurden die Entwicklungen in der Welt und konkret im Mittleren Osten bewertet und über die Probleme der nationalen Befreiungsbewegung Kurdistans und die Lösungswege diskutiert.
Die Vertreter der beiden Organisationen haben als Ergebnis all dieser Bewertungen den Beschluß gefaßt, eine immer mehr zu einer Notwendigkeit gewordene Allianz in Kurdistan zu bilden, deren Voraussetzungen günstig sind. Die Gespräche zwischen den beiden Delegationen wurden durch die Unterzeichnung eines Allianzprotokolls der beiden Generalsekretäre beendet. Das Allianzprotokoll ist in der Geschichte des Unabhängigkeitskampfes Kurdistans ein großer Fortschritt.
Dieser Schritt, der trotz der Spaltungsbemühungen der feindlichen Kräfte unternommen wurde, wird die Einheit in beiden Teilen Kurdistans verstärken. Schließlich haben beide Generalsekretäre bei ihrer Erklärung an die Öffentlichkeit betont, daß diese Einheit auch anderen kurdischen Personen, Gruppen und Parteien offensteht. Außerdem haben sie alle diejenigen Personen, Gruppen und Organisationen, die sich für die Befreiung des kurdischen Volkes einsetzen, dazu aufgerufen, die Widersprüche untereinander nicht in unversöhnliche Widersprüche unzuwandeln, sondern durch Gespräche und intensive Beziehungen zu lösen. Sie haben weiterhin erklärt, daß sie gegen die liquidatorischen und spaltenden Tendenzen, Strömungen und Auffassungen in allen beiden Teilen einen aktiven Kampf führen werden.
Dieses Allianzprotokoll muß aufgrund seiner Bedeutung für die Einheit im Befreiungskampf besonders gewürdigt werden. Wir sind der festen Überzeugung, daß diese Allianz im Befreiungskampf unseres Volkes die notwendige Antwort finden und an Einfluß gewinnen wird.

ERKLÄRUNG AN DIE ÖFFENTLICHKEIT !

Die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und die PUK (Patriotische Union Kurdistans) haben einen Bündnis geschlossen !

tungsprozeß zu treiben. Auch wurden die gegenwärtigen kolonialistischen Praktiken aufgegriffen und die unmenschlichen Maßnahmen gegen unser Volk wie Deportationen, die Zerstörung von ganzen Dörfern und Kreisstädten bewertet. Außerdem bewertete man die Bemühungen der Feindeskräfte, die durch ihre vielseitige Assimilationspolitik den kurdischen Menschen dem Prozeß der Türkisierung und der Arabisierung aussetzten, die gesellschaftliche Realität unseres Volkes total auszulöschen. Die die Massenvernichtung bezweckenden barbarischen Angriffe (wie zuletzt in Halabja in Süd-Kurdistan) und die Vernichtungsbemühungen gegen die national-demokratische Bewegung unseres Volkes wurden dargelegt und die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen bestimmt.
Es wurde bei diesen Gesprächen dargelegt, daß die faschistischen türkischen und irakischen Regimes versuchen, durch den niederträchtigsten Krieg gegen unser Volk seine national-demokratische Bewegung zu liquidieren und seiner Entwicklung Einhalt zu gebieten. Auch wurden dabei die Errungenschaften des nationalen Unabhängigkeitskampfes in Nord-West Kurdistan, das immer neue Dimensionen erlangt, dargelegt. Es wurde festgestellt, daß die kolonialistischen Staaten

Mitte April 1988 sind die Delegationen unter der Leitung des Generalsekräters der PKK, Abdullah ÖCALAN und des Generalsekräters der PUK, Celal TALABANI zusammengetroffen. Die Delegationen, die mit großer Verantwortung und auf kameradschaftlicher Weise ihre Aktivitäten aufnahmen, haben wichtige Beschlüsse zur Vereinigung der national-demokratischen Bewegung unseres Volkes und die Verstärkung dieser Einheit gefaßt.
Bei den geführten Gesprächen zwischen den beiden Delegationen wurde die Situation Kurdistans in der Geschichte, die Entwicklungen bis heute und die wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Situation Kurdistans, das durch die kapitalistisch-imperialistischen Kräfte und die Kolonialisten geteilt wurde, aufgegriffen. Bei den Gesprächen wurden Feststellungen darüber gemacht, daß die Unterdrückungs- und Einschüchterungspraktiken der Kolonialisten die nationale Entwicklung unseres Volkes und den Fortschritt auf wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Bereichen behindert und sie heute diese Maßnahmen in den Höhepunkt getrieben haben. Es wurde betont, daß die Kolonialisten unserem Volk einen rassistischen und faschistischen Krieg erklärt haben und versuchen, unser Volk in einen totalen Vernich-

seit der Errichtung der Fremdherrschaft über Kurdistan eine sehr enge Allianz gebildet haben (Sadabad, Bagdad-Pakt, CENTO u.a.) und sie mit diesen Allianzen unser Volk in die Enge zu treiben bezwecken. Es wurde dargelegt, wie die faschistischen türkischen und irakischen Regimes durch ihre beidseitigen Abkommen die führenden Kräfte unseres Volkes und die revolutionäre Entwicklung zu ersticken und aufzuhalten versuchen, und die Bedeutung der zu entwickelnden revolutionären Kampfmethoden wurde bestimmt. Auf der Grundlage dieser Bewertungen haben unsere Organisationen mit Vorbehalt der Sensibilität der Phase der gegenwärtigen nationalen Widerstandsbewegung unseres Volkes folgende Beschlüsse mit dem Ziel, die aus dieser Situation heraus eventuell entstehbaren Gefahren und negativen Situationen beiseite zu legen, gefaßt und die Gespräche mit der Fassung eines Protokolls beendet:

— Um den rücksichtslosen Angriffen des Feindes standzuhalten und die nationale Widerstandsbewegung unseres Volkes zu entwickeln, werden Bemühungen angestellt für die Vorbereitung der Grundlage für den Sieg dieses Krieges durch einen ernsthaften Kampf; hierfür sollen Bemühungen angestellt werden, um alle nationalen Kräfte zu vereinen und mit ihnen auf nationaler Ebene (sowohl den Teilen als auch dem Ganzen eigene) eine Front zu schaffen. Bemühungen sollen für die Entwicklung der Koordination, Zusammenarbeit und des gemeinsamen Kampfes geführt werden.

— In allen Teilen soll der bewaffnete revolutionäre Kampf entwickelt; gegen liquidatorische und spaltende Tendenzen, Strömungen und Auffasssungen soll der aktive Kampf entwickelt werden.

— Mit den wahren revolutionär-demokratischen Kräften der herrschenden Nationen sollen enge Beziehungen und aktive Solidarität entwickelt werden.

Unsere Organisationen haben es vor allem für richtig befunden, die Widersprüche zwischen Personen, Gruppen und Organisationen beiseite zu legen, anstelle diese Widersprüche in unversöhnliche Widersprüche umzuwandeln, sollen diese auf der Grundlage von Gesprächen und Diskussionen geräumt werden; die durch Pressekampagnen u.a. aufgestellten Anschuldigungen und Streitigkeiten zu beenden und für die Befreiung unseres Volkes den revolutionären bewaffneten Kampf und Massenwiderstände zu entwickeln. Aus diesem Grund rufen wir alle nationalen Kräfte zum Frieden auf. Die beiden Organisationen laden die gesamten nationalen Kräfte dazu ein, den für die Herstellung des Friedens untereindander notwendigen Gesprächsaustausch zu verwirklichen und die Probleme mit verantwortungsvollen und kameradschaftlichen Diskussionen zu lösen, die Streitigkeiten untereinander beiseite zu legen und Bemühungen für die Beteiligung an dem revolutionären bewaffneten Widerstand anzustellen.

Unsere Organisationen, die den Volksbefreiungskampf und den revolutionären Widerstandskampf der Volksmassen als die günstigste und richtige Methode für die Verwirklichung der Hoffnungen unserer national-demokratischen Bewegung und unseres Volkes ansehen, betrachten es als eine fundamentale Notwendigkeit, diesen Krieg, der die höchste Form des Kampfes ist, mit großem Kampfwillen fortzusetzen und zu entwickeln. Um eine Kräfteeinheit in ganz Kurdistan zu schaffen, rufen sie alle kurdischen Kräfte dazu auf, diese Annäherungsweise sich anzueignen und umzusetzen. Unsere Organisationen werden auch Bemühungen dafür anstellen, daß die Formen des Kampfes auf wirtschaftlichen und kulturellen Ebenen parallel zum Kampf der Massen entwickelt werden.

Die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und PUK (Patriotische Union Kurdistans) sind der festen Überzeugung, daß für die Entwicklung dieses notwendigen Krieges gegen die fremden okkupatorischen Kräfte und gegen jegliche Reaktion die Entwicklung der Einheit, Allianz und der Beziehungen zwischen den nationalen Kräften notwendig ist. Die Organisationen PKK und PUK, die der Überzeugung sind, daß Beziehungen, die sich nicht auf richtige Grundsteine stützen und nicht auf der Grundlage von richtigen Regeln geführt werden, nicht fortgesetzt werden können. Auf diesem Grunde akzeptieren sie beide, daß es bei den zu entwickelnden Allianzen notwendig ist, gegenseitig die organisatorische, politische und ideologische Unabhängigkeit zu achten, sich gegenseitig nicht in die inneren Angelegenheiten einzumischen und die Beziehungen auf der Grundlage des Vorbehalts der jedem Teil eigenen Voraussetzungen zu führen.

Unsere kolonialistischen Feinde stellen durch Behauptungen, diese oder jene Gruppe sei Agent dieser oder jener Kräfte, und Terrorismusvorwürfe, durch diverse Beschmutzungen und Anschuldigungen intensive Bemühungen an, um unseren nationalen Widerstands- und Unabhängigkeitskampf zu ersticken und das Ansehen dieses Kampfes bei der Weltöffentlichkeit und unserem Volk herabzusetzen. Sie versuchen mit derartigen Behauptungen ihre Beschmutzungen zu legitimieren. Unsere Organisationen haben mit dem Vorbehalt dieser Versuche es für notwendig befunden, diese jeder Grundlage entbehrenden Behauptungen und Kampagnen der kolonialistischen Feinde nicht zu akzeptieren, sie zu verurteilen und im nationalen Befreiungskampf die Unterstützung jeder Klasse und Schichten in Kurdistan zu gewinnen.

Unsere Organisationen, die es für notwendig erachten, sich von jeglichen Haltungen und Handlungen fernzuhalten, die in dieser intensiven Kriegssituation dem Feind als Trumpf dienen könnten, betonen, daß alle kurdischen Kräfte diesbezüglich achtsam sein müssen und sie alle eine gemeinsame Haltung einnehmen müssen gegen die grausamen Praktiken der Kolonialisten in unserer Heimat.

Ergebnis: Es ist bekannt, daß die faschistisch-kolonialistischen Kräfte unser Volk und unseren nationalen Widerstandskampf zu vernichten und unsere Gesellschaft die Möglichkeit, seine Unabhängigkeit und Freiheit zu erlangen, zu berauben bezwecken, indem sie sie einer Rückständigkeit aussetzen. Unsere Organisationen, die die gegenwärtige Lage und eventuellen Entwicklungen tiefgreifend analysiert haben und sich über diese äußerst ernste Situation bewußt sind, rufen als eine Notwendigkeit der nationalen Befreiungsphase alle Personen, Gruppen und Organisationen, die sich mit der Befreiung Kurdistans verbunden fühlen und mit diesem Verantwortungsgeist in erster Linie den bewaffneten Kampf und die zum Ziel gesetzte Schaffung der Front in allen Teilen auf der Grundlage des Widerstandes zu vollbringen und die Basis zu schaffen für die Bildung der den gesamten Kurdistan umfassenden nationalen Front. Unsere Organisationen, die es befürworten, daß unser Volk allen revolutionär-demokratischen Kräften —insbesondere den türkischen und arabischen revolutionär-demokratischen Kräften— seine Solidarität zeigt, sein Selbstbestimmungsrecht gegen den gemeinsamen Feind, Imperialismus und der regionalen Reaktion, freiheitlich bestimmt und die Lebensform auswählt, die es will, haben in all diesen Fragen einen Allianzprotokoll unterschrieben.

Abdullah ÖCALAN
Generalsekräter der PKK
(Arbeiterpartei Kurdistans)

Celal TALABANI
Generalsekräter der PUK
(Patriotische Union Kurdistans)

1. Mai 1988

WIDERSTAND IN DEN GEFÄNGNISSEN

Das Militärgefängnis von Diyarbakir ist durch den ständigen Widerstand der politischen Gefangenen und die unmenschlichsten Praktiken des türkischen Kolonialismus zu einem wichtigen Brennpunkt im nationalen Befreiungskampf Kurdistans geworden. Gleich nach dem Militärputsch 1980 hat sich die reaktionäre Gewalt auf die hier zu tausenden inhaftierten politischen Gefangenen konzentriert. Hier standen sich auch die reaktionäre kolonialistische Gewalt und die revolutionären Ideologie gegenüber. Mit den unmenschlichsten Folterungen und Praktiken versuchten die Kolonialisten, die revolutionäre Ideologie der Revolutionäre niederzuschlagen. Die Foltermethoden und die Praxis der Kolonialisten waren schon so oft Thema unserer Zeitschrift, daß wir nicht nochmal darauf eingehen werden. Wir geben nur die Beschreibung des kurdischen Rechtsanwalt Hüseyin Yildirim, der selbst in diesem Gefängnis gefangengehalten wurde, wieder. Die Situation der Revolutionären PKK'ler am 12. April 1981 in dem Verhandlungssaal des Massenprozesses der PKK-Diyarbakir, bei dem insgesamt 560 Personen angeklagt waren, beschreibt Hüseyin Yildirim folgendermaßen:

"Im Saal begegneten wir einen schrecklichen und im Namen der Menschheit schändlichen Bild. War dies ein Kriegsbild? In diesem Saal sollten angeblich Menscnen angeklagt werden, aus diesem Anlaß seien die Menschen hierher gebracht worden. Über die Hälfte der politischen Gefangenen, die man im Verhandlungssaal hinter die Eisengitter gesteckt hatte, waren auf den Reihen zusammengebrochen und lagen da. Man konnte die Atemzüge derjenigen, die noch sitzen konnten, hören. Durch die barbarischen Folterungen hatten manche gebrochene Arme, gebrochene Beine, das Gesicht voller Wunden und geschwollen; sie waren alle ein Haufen von Knochen. Über ihnen standen die wie Höllenwärter aussehenden Folterer mit dem Knüppel in der Hand..."

(Quelle: Der Wiedererwachungskampf des kurdischen Volkes — Die Kerker von Diyarbakir, türkische Fassung)

Man wurde Zeuge vom heldenhaften Widerstand gegen diese Praktiken des Kolonialismus, die sogar die Situation in den Kerkern von Saigon in Vietnam übertrafen. 1982 erlebte man den Höhepunkt des Widerstands mit dem Widerstand des PKK-ZK Mitglieds Mazlum DOGAN am Newroz (21. März) und dem über zwei Monate lang andauernden Todesfasten der Gefangenen, bei dem zahlreiche führende Kader der PKK, wie die ZK-Mitglieder Kemal PIR und Mehmet Hayri DURMUS, zu Märtyrern wurden. Diese Aktionen stellten die die Ziele der Kolonialisten bloß. Die Gefangenen haben durch ihren Widerstand die ihnen aufgezwungene Kapitulation und den Verrat abgelehnt und gezeigt, daß auch die unmenschlichsten Folterungen, die die Würde des Menschen antasten, sie nicht von ihrer Überzeugung abbringen können. Hunderte der Gefangenen sind seit nunmehr annähernd 10 Jahren in diesem Gefängnis, aber trotzdem haben sie keine Konzessionen in ihrer Überzeugung gemacht, sondern die meisten haben sich erst in dem Gefängnis zu führenden Kadern des Widerstandes und zu Revolutionären entwickelt und gestählt.



Politische Gefangene im Militärgefängnis von Urfa

Der andeuernde Widerstand der letzten 8 Jahre seit dem Militärputsch mündete in dem im Februar dieses Jahres wieder in Diyarbakir begonnenen Widerstand in den Gefängnissen in Kurdistan und in der Türkei. Wir wurden Zeuge von heldenhaften Widerstandsaktionen fast in allen Gefängnissen. Der Widerstand begann, als am 5. Februar 1988 die Todesstrafe für 20 PKK'ler durch das Militärgericht des 7. Armeekorps bestätigt wurde. In dem PKK-Zentralprozeß, bei dem insgesamt 146 Gefangene angeklagt sind, wurden außerdem 15 weitere Gefangene zur lebenslanger Haft verurteilt. Nur drei Tage darauf haben 2 000 politische Gefangene in dem Militärgefängnis in Diyarbakir einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Die Hungerstreikenden PKK'ler haben durch ihre Erklärung vom 9. Februar 1988 ihre Forderungen an die Öffentlichkeit gegeben. Es heißt in dieser Erklärung:

"Wir appelieren an Euch aus dem Gefängnis in Diyarbakir, das seit dem 12. September der Brennpunkt der Folterungen und Massakern ist.

Wir appelieren an Euch aus dem Gefängnis in Diyarbakir, wo die Menschheit noch tiefer erniedrigt wird als ihre tierischen Eigen-

schaften, wo die Würde des Menschen angetastet und mit Füßen getreten und in der Person der politischen Gefangenen die Menschheit vergewaltigt wird.
UNSERE FORDERUNGEN SIND:
1) Das neue Gefängnisstatut soll dahin verändert werden, daß es den Gefangenen ein menschenwürdiges Leben gewährt.
2) Die Maßnahme der Einheitskleidung soll in der gesamten Türkei aufgehoben werden.
3) Die Gefängnisleitung soll eine politische Vertretung der Gefangenen, die die Forderungen und Wünsche der Gefangenen zur Sprache bringen wird, erlauben.
4) Die Handschellen sollen nicht von hinten, sondern vorne angelegt werden.
5) Alle Verteidigungsunterlagen, Protokolle und schriftlichen Beweisstücke in den Akten sollen den Gefangenen ausgehändigt werden.
6) Schreibmaschinen sollen ausgehändigt werden.
7) Radios, Cassettenrecorder und alle Arten von Musikinstrumenten sollen uns gegeben werden.
8) Die Benutzung und Verwaltung der Bücherei und der Sportsaal soll den Gefangenen übergeben werden.
9) Es soll direkter Kontakt mit den Rechtsanwälten bestehen. Keiner soll bei diesen Besuchen dabeisein.
10) Die Verbote und Einschränkungen in Bezug auf die Korrespondenz sollen aufgehoben werden. Wir wollen mit der Presse Kontakt haben können. Unsere Briefe sollen ohne Zensur geschickt oder hier abgegeben erden.
11) Die Zahl und die Dauer der offenen Besuchszeiten sollen erhöht werden.
12) Während des Freiluftgangs sollen die Türen der Abteilungen offen bleiben. Schluß mit der Isolierungspolitik gegen die Zellen der Schmuggler und der Frauen. Wir wollen Kontakt mit ihnen haben.
13) Die Lebensmittel, die unsere Familien bringen, sollen uns ausgehändigt werden. Die Zahl der Lebensmittel in der Kantine sollen erhöht werden. Das Essen soll verbessert und sein Nährwert soll erhöht werden.
14) Das Verbot der kurdischen Sprache soll aufgehoben werden.
15) Die in der Öffentlichkeit verkauften sämtlichen Zeitschriften und Bücher sollen uns gegeben werden."

Nur kurze Zeit nach dem Beginn des Hungerstreiks in Diyarbakir hat sich der Widerstand auf andere Gefängnisse ausgeweitet. Als erstes beantworteten die politischen Gefangenen PKK'ler in dem E-Typ Gefängnis von Eskisehir den Aufruf der Gefangenen in Diyarbakir, sich an den Widerstand zu beteiligen. Die Gefangenen in Eskisehir haben auch einen Hungerstreik begonnen, um gegen die Einheitskleidung zu protestieren. Zuvor gab es in diesem Gefängnis sehr intensive Bemühungen der kolonialistischen Gefängnisverwaltung durch eine Provokation die Gefangenen zu massakrieren. Hierfür wurden im Gefängnis Bettdecken und die Kleidung der Gefangenen verbrannt, danach wurden die Gefangenen alle im selben Augenblick geschlagen, um so den Anschein zu erwecken, die Gefangenen befänden sich in einem Aufstand. Doch aufgrund der ernsten Haltung konnte dieser Versuch der kolonialistischen Gefängnisverwaltung bloßgestellt werden. Bei diesem Angriff der Kolonialisten wurden über 20 politische Gefangene schwer verletzt. Sükrü Göktas fiel ins Koma. Die Kolonialisten weigerten sich, Sükrü Göktas trotz seines gefährlichen Gesundheitszustandes ins Krankenhaus einzuliefern. Auch aus diesem Grunde hatten sich die politischen Gefangenen schon auf eine Protestaktion vorbereitet. Die Gefangenen in Malatya, Aydin, Mersin, Buca-Izmir und Sagmalcilar-Istanbul schlossen sich dem Widerstand an. Noch nie seit dem Militärputsch hatte der Widerstand in den Gefängnissen diese Dimension angenommen. Auch die Angehörigen der politischen Gefangenen erklärten sich solidarisch mit den Gefangenen und traten ebenfalls in einen unbefristeten Hungerstreik ein. Hunderte von Studenten besuchten gruppenweise die hungerstreikenden Angehörigen und erklärten sich solidarisch mit ihnen.

Die Kolonialisten versuchten durch Folterungen und anderen Methoden die Gefangenen von ihrem Widerstand abzubringen. Aufgrund dieser Folterungen wurde der PKK'ler Mehmet Emin YAVUZ am 10. Tag des Hungerstreiks in Diyarbakir ermordet. Die Mutter von M. Emin YAVUZ, Sultan Yavuz, erklärte: *"Ich bin stolz auf meinen Sohn, denn durch seinen Widerstand können die restlichen Gefangenen jetzt in einer zumindest etwas verbesserten Lebenssituation leben."* Der Widerstand der politischen Gefangenen erreichte ihren Höhepunkt. Einige Mütter



Saliha Sener, Mutter der politischen Gefangenen Mehmet Sener

drohten damit, wenn die Forderungen ihrer Kinder nicht akzeptiert würden, würden sie sich verbrennen.
Der Widerstand der Gefangenen fand großen Anklang in der internationalen Öffentlichkeit. Die türkische Regierung konnte nicht verhindern, daß diese Entwicklungen an die Öffentlichkeit kamen. Der türkische Staat war gezwungen, die Forderungen der politischen Gefangenen zu akzeptieren. Der Premierminister T. Özal und der Staatspräsident K. Evren trafen sich zu einer außerordentlichen Sitzung und Beratung über die Situation in den Gefängnissen. Danach erklärte der Premierminister am 14. Tag des Widerstandes, daß sie fast alle Forderungen akzeptieren würden. Sogar der Verbot der kurdische Sprache wurde aufgehoben; die Besucher der politischen Gefangenen konnten bei Besuchen kurdisch sprechen. Das ist eine einmalige Entwicklung seit der Gründung der Türkischen Republik. Obwohl die türkischen Regierungen seither die Existenz des kurdischen Volkes und ihrer Sprache leugneten und das kurdische Volk als "Bergtürken" bezeichneten, wurde zum ersten Mal die kurdische Sprache und damit auch die Existenz des kurdischen Volkes anerkannt. Das ist ein Sieg des Widerstandes in den Kerkern gewesen; sogar die bürgerlichen Zeitungen mußten diese Tatsache eingestehen. Danach haben die politischen Gefangenen ihre Hungerstreikaktion beendet. Doch gleich nach der Beendigung begann die türkische Regierung mit einer neuen Politik: Die führenden Kader des Widerstandes wurden in kleinen Gruppen auf andere Gefängnisse zerstreut. Auf diese Weise sollte die Grundlage für einen erneuten Widerstand beendet werden, damit die türkische Regierung ihre unmenschlichen Praktiken unter Ausschluß der Öffentlichkeit fortsetzen kann. Die ersten wurden in die Gefängnisse Antep und Urfa später auch nach Aydin, Sinop, Canakkale, Eskisehir, Bursa und Buca deportiert. Gegen diese Politik der Kolonialisten haben die Gefangenen vom 8. bis 11. März in Diyarbakir einen dreitagelangen Warnhungerstreik geführt und die Beendigung dieser Deportations- und Teilungspolitik gefordert.
Wie bekannt ist, hat der Premierminister T. Özal auch erklärt, daß das Militärgefängnis in Diyarbakir nun an eine zivile Verwaltung übertragen wird. Allerdings wird berichtet, daß mit dem erneuten Entfachen des Widerstandes die Umsetzung dieses Beschlusses unterbrochen wurde. Dies liegt daran, daß aufgrund des Widerstandes der Gefangenen, nicht alle politischen Gefangenen auf andere Gefängnisse zerstreut werden konnten und aus diesem Grunde auch die Intrigen der faschistischen Regierung keine Basis finden.
Obwohl die türkische Regierung erklärt hatte, daß die Gefangenen die kurdische Sprache benutzen dürfen, wurden die Gefangenen von dem PKK-Siirt-Batman-Prozeß geschlagen und aus dem Gerichtssaal herausgeschleppt, weil sie ihre politische Verteidigung in kurdischer Sprache abgeben wollten.
Man sieht, daß die türkische Regierung zwar nach außen hin erklärt hat, sie hätte die Forderungen der politischen Gefangenen angenommen, aber in Wirklichkeit diese Erklärung gemacht hat, um so ihre Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Weltöffentlichkeit zu verschleiern und danach den Widerstand durch die Zerstreuung der Gefangenen zu brechen. All diese Vorbereitungen werden mit dem Ziel der Vernichtung und Massakrierung der politischen Gefangenen getroffen. Sie plant auch die Vollstreckung einiger Todesstrafen als "warnendes Exemplar" für die restlichen.
Am 6. April 1988 haben 830 politische Gefangene —überwiegend PKK'ler— erneut einen unbefristeten Hungerstreik begonnen, um gegen die Deportationspolitik zu protestieren und die Umsetzung der Rechte, die ihnen zuletzt zuerkannt wurden, zu fordern. An diesen Hungerstreik haben sich auch diejenigen Gefangenen beteiligt, die aufgrund dieser Politik aus dem Militärgefängnis in Diyarbakir auf andere Gefängnisse zerstreut wurden. So haben politische Gefangene in Urfa, Sinop, Canakkale und Metris einen Hungerstreikaktion verwirklicht. Mit dem Hungerstreik der Gefangenen in Diyarbakir haben sich insgesamt 300 Angehörige der politischen Gefangenen solidarisiert. Die 300 Angehörigen haben während des Hungerstreiks einen Protestmarsch mit der Forderung, ihre gefangenen Angehörigen zu sehen, auf das Gerichtsgebäude in Diyarbakir durchgeführt. Als ihre Forderung nicht erfüllt wurde, haben diese das Gebäude gestürmt und Scheiben eingeschlagen. Danach hat die Polizei diese angegriffen und 7 von ihnen verhaftet. 30 weitere Angehörige sind in der Gebäude der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) in den unbefristeten Hungerstreik eingetreten. Auch die Studenten der Universität Dicle in Diyarbakir haben sich wieder mit den politischen Gefangenen und ihren Angehörigen solidarisiert, indem sie gruppenweise vor dem Gefängnis eine Kundgebung abhielten und die Angehörigen besuchten.
Der Hungerstreik in Diyarbakir wurde mit der Erfüllung der Forderungen am 26. April 1988 beendet.
In den restlichen Gefängnissen dauern die Hungerstreiks zum Teil noch an. In dem Gefängnis von Canakkale z.B. befinden sich insgesamt 120 politische Gefangene —darunter auch 8 weibliche Gefangene— seit dem 29. März in einem unbefristeten Hungerstreik.
Am 12. Mai sind die politischen Gefangenen in Diyarbakir erneut in einen Hungerstreik getreten, um gegen die Angriffe auf ihre mit dem heldenhaften Widerstand errungenen Rechte zu protestieren. Die Angehörigen der politischen Gefangenen haben ihre Angehörigen wieder nicht allein gelassen. Diesmal haben sich am 16. Mai die Mütter der zwei gefangenen PKK'ler Mehmet Sener und Mahmut Sahin, Saliha Sener und Rahime Sahin, vor dem Sitz des Generalgouver-

neurs mit Benzin übergossen und mit Streichhölzern angezündet. Auf diese Weise haben sie ihre Drohungen, die sie im Februar 1988 aussprachen, in die Tat umgesetzt. Die beiden Mütter konnten nur durch das Eingreifen der umstehenden Menschen gerettet werden. Sofort wurden die beiden verletzten Mütter verhaftet und in die Untersuchungshaft gesteckt. Das war der Protest der Mütter gegen die unmenschliche Behandlung ihrer Angehörigen in den Gefängnissen. Als die beiden Mütter verhaftet wurden, sind weitere 20 Angehörige vor das Gefängnis mit Benzinkanistern in der Hand gelaufen, auch sie haben damit gedroht, sich zu verbrennen, wenn die beiden Mütter nicht sofort freigelassen und unter ärztliche Kontrolle gestellt würden. Daraufhin haben die Kolonialisten die beiden Mütter freigelassen. Um die durch diese Aktion auf die Gefängnisse gerichtete Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder abzulenken, hat die Gefängnisleitung erklärt, daß sie die Forderungen der sich im Hungerstreik befindenden Gefangenen akzeptieren würde. Daraufhin haben auch die politischen Gefangenen ihre Aktion beendet.

Währenddessen ereignen sich in anderen Gefängnissen, in denen die führenden Kader des Februar-Widerstandes verlegt wurden, äußerst wichtige Entwicklungen. Ende Mai wurde in dem Gefängnis Aydin mit dem Vorwand, die politischen Gefangenen hätten durch den Bau eines Tunnels Fluchtvorbereitungen getroffen, einen Massaker versucht. Dabei haben Soldaten und Polizisten die Revolutionäre angegriffen, woraufhin sich die Revolutionäre verteidigten. Daraufhin hat die Gefängnisleitung einen Brand gelegt und Gasbomben eingesetzt. Es wurde Schießbefehl gegeben. Bei diesen Angriffen wurden über 20 gefangene PKK'ler verletzt. Die zumeist verletzten politischen Gefangenen wurden daraufhin in Zellen gesteckt. Derartige Versuche gab es auch in dem E-Typ Gefängnis in Eskisehir. Es ist zu erwarten, daß die Kolonialisten in der vor uns liegenden Phase diese Bemühungen verstärken werden, um die führenden Kader des Widerstandes zu ermorden.

Die Ergebnisse des im Februar begonnenen Widerstandes wollen wir aus dem Munde derjenigen, die diesen Widerstand geschaffen und geführt haben, wiedergeben. In der am 26. bis 29. Februar 1988 verfaßten Erklärung von Mustafa Karasu, M. Can Yüce, Mehmet Sener, Fuat Kav, Yilmaz Uzun und Hasan Atmaca, die im Namen der Kriegsgefangenen PKK'ler geschrieben wurde, heißt es:

"Unser Februar-Widerstand 1988 wurde mit seinen politischen Ergebnissen, seinen starken Auswirkungen auf die verschiedenen Schichten der Gesellschaft und der durch ihn entstandenen Beschleunigung in unserem nationalen Befreiungskampf zu einem wahrhaft anschaulichen Widerstand. Unser Land hat in dieser Phase vielleicht einige der mit den schnellsten, intensivsten und stärksten Entwicklungen erfüllten Tage seiner Geschichte erlebt.

Unser Februar-Widerstand war nicht nur ein Ereignis, das sich auf die Gefängnisse beschränkte. Er war eine Aktion, die sich wellenartig auf die gesamte Gesellschaft auswirkte; ein über die nationalen Dimensionen hinaus auf internationaler Ebene Echo findendes Ereignis. Natürlich werden auch die politischen Ergebnisse dieser so umfangreichen Aktion dementsprechend umfangreich sein. Die wichtigsten Ergebnisse des Februar-Widerstandes kann man folgendermaßen zusammenfassen:

Das erste Ergebnis sind in Bezug auf die auf nationaler Ebene erreichten Wirkungen. Die Verbindung zwischen Diyarbakir und unserem Land, zwischen dem Widerstand in den Kerkern von Diyarbakir und dem nationalen Befreiungskampf in unserem Land sind eindeutig, offen und direkt. In diesem Sinne ist es auch natürlich, daß Diyarbakir sich zugleich mit der nationalen Realität unseres Landes und der Widerstand in den Kerkern von Diyarbakir mit dem nationalen Befreiungskampf in unserem Land verbindet und diese erneut auf die Tagesordnung setzt. Das ist unsere Realität und das Ergebnis unserer Kampftradition. Wenn man dieser historischen nationalen Realität die Tatsache, daß sich unsere Aktion schwerpunktsmäßig auf die Frage der kurdischen Sprache konzentrierte, hinzufügt, dann wird es von selbst klar, warum die nationalen Ergebnisse unseres Widerstandes derart an primäre Stelle treten. Ja, unser Widerstand hat die Realität unseres Landes und den nationalen Befreiungskampf unter der Führung der PKK zum Diskussionsthema einiger Kreise gemacht. Als Folge dessen hat die Realität unseres Landes die Tagesordnung der Politik beherrscht. Auf der Grundlage, der durch den nationalen Befreiungskampf geschaffen wurde, hat unser Widerstand in den Kerkern tagelang (über einen Monat lang) den politischen Leben in unserem Land und in der Türkei seinen Stempel aufgedrückt. Das ist ein äußerst wichtiges Ergebnis. Das zeigt auch, daß dadurch der Kampf unseres Landes gestärkt wird. Unser Widerstand hat dazu beigetragen, daß unsere Sache in der Gesellschaft Wurzeln schlägt, sich verbreitet und verstärkt. Es ist sehr wichtig, daß unser Land Zeuge von einigen der lebendigsten, dynamischsten, aktivsten und warmen Ereignisse seiner Geschichte wird. Das ist ein Vorzeichen dafür, daß irgandwann ein freies Land erscheinen wird.

Das zweite Ergebnis ist die mobilisierende Wirkung des Widerstandes auf die Volksmassen. Das ist eines der wichtigsten Ergebnisse unseres Widerstandes. Die politischen Ausmaße und die Dimension dieses Widerstandes, der in den Geschehnissen von Diyarbakir unser Volk zur Vorphase eines Aufstandes gebracht hat, sind klar. Dabei wurde:

— die Bewegung der Angehörigen der Gefangenen,
— die patriotische Frauenbewegung,
— die Studentenbewegung,
— die Widerstände in den Gefängnissen,

— die Solidaritätsbewegung von demokratischen Personen, Kreisen und Organisationen und schließlich
— verschiedene Kampagnen im Ausland entwickelt.
Durch unseren Widerstand haben sich diese Entwicklungen verstärkt, vertieft und vereint. Er hat nicht nur diese Bewegungen beeinflußt und entwickelt, sondern auch deren Bewußtsein für Solidarität, Widerstand und Kampf gestählt. Die Volksmassen erlangen ihre schöpferischen Kraft und ihre Fähigkeit im Kampf; sie erlangen ein Bewußtsein, das sie in Jahrzehnten nicht erlangen können, in der Praxis und mitten in intensiven Ereignissen von nur einigen Tagen. Diese Tatsache führte dazu, daß sie sich mit unserem nationalen Befreiungskampf vereinten; oder anders formuliert, die gesellschaftliche Stütze der Guerilla erweitert und verstärkt sich. Unsere Aktion hat die Sehnsucht der Volksmassen zum Ausdruck gebracht und den Weg für den Ausbruch ihrer Wut gegen die Grausamkeit des Kolonialfaschismus gebahnt. Denn unser Widerstand wurde zur Stimme des Volkes. Er wurde zu treibenden Stütze für den Ausbruch der berechtigten Gegenreaktion unserer Angehörigen nach außen. Und unser Volk hat sich in Diyarbakir in der Person unseres Widerstandes wiedergefunden.
Denn unser Widerstand war ein Schrei und eine Auflehnung gegen die Grausamkeit.
Hier müssen wir auch der Aufmerksamkeit unserer Partei gegenüber unserem Widerstand in den Kerkern gebührend würdigen. Wie bei jedem Widerstand, hat sie auch diesmal sich zu unserem Widerstand bekannt, durch ihre Aktionen im In- und Ausland, ihre Bemühungen und Aktivitäten eine wichtige Rolle bei der Übertragung unseres Widerstandes an die Öffentlichkeit gespielt. Die Stimme in den Kerkern hat ihr Echo in dem Kampf unserer Partei in allen Bereichen des Lebens wiedergefunden. Die Sensibilität unserer Partei gegenüber unserem Widerstand, ihr Bekenntnis dazu und ihre Bemühungen waren für uns Kriegsgefangene eine Quelle der Begeisterung.
Drittens: hat unser Widerstand in der Person der Bewegung der Angehörigen der Gefangenen der Revolution in der Türkei und der Kriegsgefangenen unseres Landes die Solidarität beider Völker und den Geist für den proletarischen Internationalismus gestärkt; er hat die Möglichkeiten und die richtige Grundlage für deren Umsetzung gestärkt. Es ist sehr wichtig, daß unser Widerstand den Solidaritätsgeist beider Völker entwickelt und zwischen den Bewegungen der Angehörigen der Gefangenen ernste, intensive und dauerhafte Beziehungen geschaffen hat; er war auch ein Schritt für die Revolution beider Länder. Dem muß ein großer Wert beigemessen und ernste Schritte in der Verwurzelung unternommen werden.
Viertens: unser Widerstand hat einen großen politischen Sieg erlangt. Die türkische Regierung hat eine große politische Niederlage erlitten. Das ist das wichtigste und bestimmendste Ergebnis unseres Widerstandes. Das ist auch die Voraussetzung für alle anderen Ergebnisse. Das Regime wurde zum ersten Mal in den letzten Jahren nach unserem Guerillakampf mit der ernstesten und politisch umfangreichsten Aktion der Volksmassen konfrontiert. Es ist aus diesem Grund offenkundig, daß es keine andere Chance hatte, als eine Niederlage zu erleiden...
Fünftens: Unser Widerstand in den Kerkern hat als ein Teil unseres Volkskampfes zur Entwicklung des Volkskampfes beigetragen. Alle anderen Ergebnisse müssen in diesem Rahmen bewertet werden. Denn alle Ergebnisse dieses Widerstandes ist ein Beitrag für unseren Kampf.
Sechstens: Unser Widerstand hat erneut die Politik, die praktische Unterdrückung und die Maßnahmen des Regimes ans Tageslicht gebracht und sie in breitester Form bloßgestellt. Er führte dazu, daß eine breite Öffentlichkeit dafür geschaffen wurde. Die Bloßstellung der Folterungen und der Menschenrechtsverletzungen hat auch dazu beigetragen, die politische Formation des Regimes zu betonen. Es wurde gezeigt, daß die Behauptungen von der "Rückkehr zur Demokratie" nichts weiter als Lügen sind. Aufgrund unseres Widerstandes war das Regime gezwungen, seine Politik in den Gefängnissen zu "liberalisieren"...
Siebtens: Die Widersprüche unter der monopolistischen türkischen Bourgeoisie, die sich nicht vor der ausweglosen Lage gegenüber unserem Volkskampf retten kann und trotz allen Mitteln kein Ausweg sieht, sind bekannt. Unser Widerstand hat sowohl die Widersprüche unter den Cliquen innerhalb der regierenden Partei als auch die unter den restlichen Parteien mit der regierenden Partei und in ihren eigenen Reihen vertieft. Jede Niederlage der Bourgeoisie wird diese Widersprüche verstärken. Es ist zu erwarten, daß die Suche nach langwierigen Vorsorgemaßnahmen (kulturelle Autonomie u.ä) verstärkt wird. Es hat sich nun offenbart, daß die Strategie "Eine Sprache, eine Nation" nicht umsetzbar ist. Doch der Staat und die Bourgeoisie scheinen noch nicht genügend vorbereitet zu sein auf den Zusammenbruch der offiziellen Ideologie. Doch unser Kampf wird die reaktionäre und konterrevolutionäre Suche in Richtung Autonomie beschleunigen. Unser Widerstand hat diese Phase beschleunigt; er hat die unterschiedlichen Auffassungen unter der Bourgeoisie klarer gemacht und dargelegt. ...
Achtens: Unser Februar-Widerstand war eine konkrete, klare und begeisternde Bestätigung der Grundprinzipien "Widerstand heißt Leben", "Der Widerstand wird zum Sieg, die Kapitulation zum Verrat führen!". Somit hat unser Widerstand jeglichen kapitulanthaften, liquidatorischen, reformistischen und den rechtsliberalen Linien einen tödlichen Schlag erteilt. Erneut wurde bestätigt, daß die revolutionäre Linie des Widerstandes der einzige richtige Weg ist. Dies zeigt auch, daß die revolutionäre Linie den Reformismus konsequent besiegen wird..."

DER TRAUM DES TÜRKISCHEN STAATES UND DIE HINTERGRÜNDE

Die Kirkuk- und Mosul-Frage ist seit einigen Monaten zum Hauptdiskussionsthema der türkischen Medien und Politiker geworden. Es wurden nicht nur im türkischen Parlament heftige Diskussionen geführt, sondern diese Frage beschäftigte zahlreiche fortschrittliche und reaktionäre Kräfte auch auf internationaler Ebene. Die türkischen Medien gingen sogar soweit, daß sie diese Frage nicht nur auf theoretischer Ebene diskutierten, sondern es wurden Diskussionen über die praktische Planung der Intervention Kirkuks durch die türkische Armee geführt. Die faschistischen Militärexperten haben in den Medien die günstigsten Vorgehensweisen bei der Intervention aufgelistet. Sämtliche türkische bürgerliche Taktiker von M. Ali Birand bishin zu Ugur Mumcu haben in ihren Kommentaren dieses Thema behandelt.

Nicht umsonst werden diese Diskussionen geführt. Die Vorbereitungen der türkischen Generalkommandantur gelangen an die Presse. Auch imperialistische Kräfte, wie die Militärische Abteilung des amerikanischen Geheimdienstes (DIA) mischten kräftig mit. Natürlich muß man den Interventionsplan von Kirkuk durch die türkische Armee, aufgrund seiner Aktualität und seiner Bedeutung einer genaueren Betrachtung unterziehen. Das ist notwendig aus zwei Gründen: Erstens; um die falschen Auffassungen bei der Herangehensweise an diese Frage auszuräumen. Zweitens; um die auf militärischer und politischer Ebene vorherrschende ausweglose Lage der kolonial-faschistischen Herrschaft gegenüber dem nationalen Befreiungskampf verständlich zu machen.

KURZE GESCHICHTE DER KIRKUK-FRAGE

Es ist nicht möglich, die Kirkuk-Frage losgelöst von der Kurdistan-Frage zu betrachten. Denn Kirkuk ist sowohl von der Bevölkerung als auch von seiner geographischen Lage her ein Teil des kurdischen Volkes und seines Landes. Diese Tatsache ist sowohl historisch als auch gegenwärtig gesehen so.

Die Bedeutung von Kirkuk stützt sich auf zwei Gründe: Zum ersten; Kirkuk ist ein Teil Kurdistans. Der zweite Grund liegt in seiner strategisch-wirtschaftlichen Wichtigkeit. 30% der Rohstoffquellen der Welt liegen in den Golfländern. Die reichsten Ölfelder liegen im Iran, Irak, in Saudi-Arabien, Kuwait und anderen arabischen Emiraten. Irak, als eines der ölreichsten Länder, erhält einen großen Teil seiner Rohstoffe aus den Ölfeldern in Kirkuk und Mosul (Ayn Zalak).

Nun zu dem geschichtlichen Hintergrund und der Bedeutung dieser Frage und seiner Verbindung mit dem türkischen Kolonialismus. Sowohl Nord-Kurdistan (heute der türkisch besetzte Teil) als auch Süd-Kurdistan (heute irakisch besetzter Teil) sind Mitte des XVI. Jahrhunderts unter die Herrschaft des Ottomanischen Imperiums geraten. Die türkische Herrschaft wurde durch die Zwei-Teilung Kurdistans im Jahre 1639. Allerdings konnte sich die ottomanische Herrschaft in Süd-Kurdistan niemals konstitutionalisieren. Das kurdische Volk in Süd-Kurdistan erlebte ständig einen Aufstand. Die meisten der ottomanischen Gouverneure wurden hier entweder getötet oder mußten nach Konstantinopel (heutiger Istanbul) zurückkehren.

Ab dem 19. Jahrhundert gehörte Kurdistan aufgrund seiner reichen Rohstoffquellen und seinen Wasservorräten und der strategisch-geographischen Lage zu den Ländern, die die Aufmerksamkeit der imperialistischen Ländern am stärksten auf sich zog. England und Deutschland standen sich am stärksten im Widerspruch in Bezug auf die Herrschaft über Kurdistan. Noch vor dem ersten imperialistischen Weltkrieg hatten diese beiden Kräfte die Ölfelder Kurdistans betrieben, die Wasserstraßen von Tigris und Euphratin eine für den Transport der Rohstoffe günstige Lage versetzt und Eisenbahnlinien gebaut, die sowohl für militärische als auch für wirtschaftliche Zwecke dienen sollten.

Der erste imperialistische Verteilungskrieg von 1914 bis 1918 endete mit der Niederlage des deutschen Imperialismus und des Ottomanischen Imperiums. Die Kolonien dieser Länder wurden unter den Siegermächten, dem englischen und französischen Imperialismus aufgeteilt. Kurdistan wurde besetzt und durch Gewalt in Vier geteilt. Nord-West Kurdistan geriet unter die Herrschaft der sich als das neue türkische Herrschaftssystem organisierenden kemalistischen türkischen Bourgeoisie. Ost-Kurdistan geriet unter die Herrschaft des iranischen Schahentums; Süd-Kurdistan unter die des englischen Imperialismus und der kleine übrige Teil unter die des französischen Imperialismus.

Der eigentliche Widerspruch über die Herrschaft über Kurdistan liegt zwischen der kemalistischen türkischen Bourgeoisie und dem englischen Imperialismus. Die kemalistische Bourgeoisie treibt mit dem "Misak-i Milli (Ein Staat-eine Nation)"-Programm die Herrschaft der türkischen herrschenden Klassen und den Chauvinismus in den Höhepunkt. Doch das genügt dem kemalistischen Staat nicht; er bezweckt auch, Süd-Kurdistan mit Mosul und Kirkuk zu besetzen. Die Gründe liegen offen auf der Hand: Die eigentlichen Ölfelder Kurdistans befinden sich unter der Herrschaft des englischen Imperialismus. Andererseits befürchtet der kemalistische Staat, daß sich in anderen, sich nicht in seiner Herrschaft befinden-

den Teilen Kurdistans der Befreiungsgedanke und die Befreiungsbewegung entwickeln und sich auch auf Nord-West Kurdistan ausweiten könnten. Das Ziel der kemalistischen Bourgeoisie besteht darin, mit dem englischen Imperialismus, so wie das französische Imperialismus, über den Status Quo Kurdistans Pakte zu schließen und auf diese Weise auch über das Schicksal der nicht unter seiner Herrschaft stehenden Teilen mitzubestimmen.

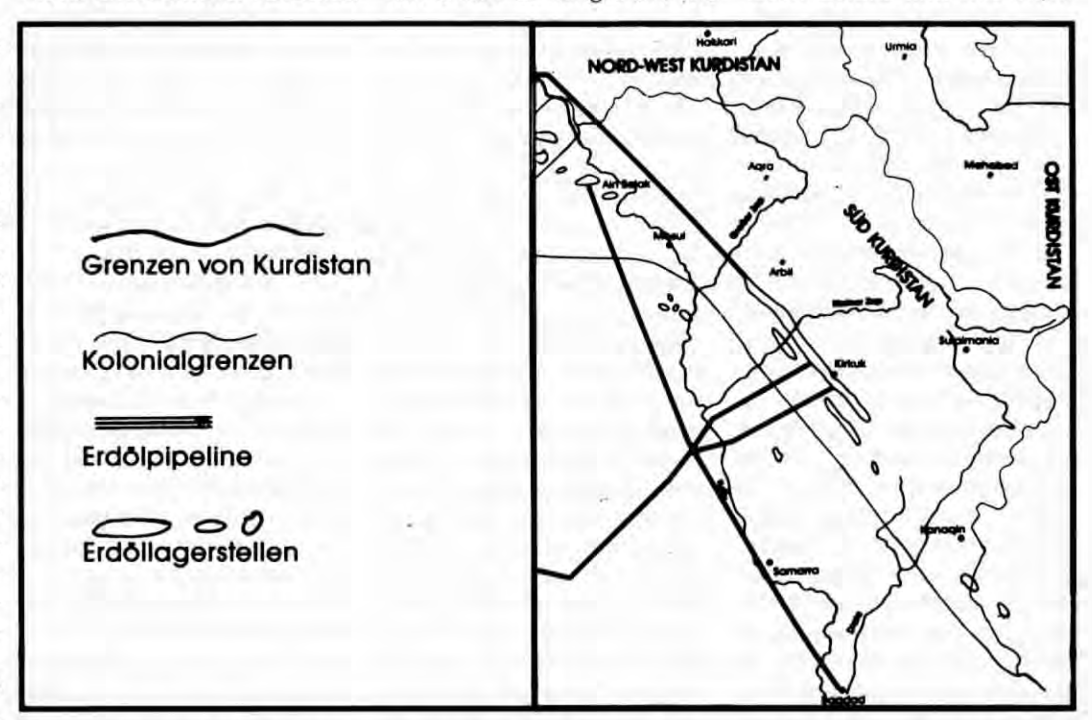
Die damals mit kolonialistischen Zielen aufgestellten BeHauptungen der kemalistischen Bourgeoisie sind äußerst interessant. Sie behauptet, daß die Kurden eigentlich Bergtürken seien und sie in Wirklichkeit nicht die englische, sondern die türkische Herrschaft bevorzugten. Dabei stützen sie sich auf die ottomanische Herrschaft.

Diese rassistischen Behauptungen, die sogar die kolonialistische und faschistische Ideologie zurückversetzen, wurden durch die Praxis als Lügen bewahrheitet. Das kurdische Volk hat zu keiner Zeit die türkische Herrschaft akzeptiert, sondern sich ständig dagegen aufgelehnt. Die türkische Herrschaft hat das kurdische Volk am stärksten Massakern unterzogen. Die Behauptung, daß die Kurden eine Abstammung von der türkischen Rasse wäre, ist eine Behauptung, die nur den kemalistisch-rassistischen Ideologen eigen ist. In der Konferenz von Lausanne 1923 haben sich der türkische und englische Staat über das Status Quo Kurdistans geeinigt und ein Abkommen geschlossen. Der englische Imperialismus hatte damit die "Misak-i Milli"-Grenzen (heutige Grenzen der Türkei) des türkischen Staates und seine Kurdistan-Politik bestätigt. Die Kirkuk- und Mosul-Frage blieb ungelöst. Diese Frage wurde an die unter der Schirmherrschaft des englischen Imperialismus stehenden "Cemiyet-i Akvam" (Völkerbund) übertragen. Die türkische Bourgeoisie forderte vom englischen Imperialismus Vorrechte im Bezug auf die Nutzung der Ölfelder von Kirkuk. Sie verlangte nach gemeinsamer Kontrolle über diesem Teil Kurdistans, weil sie befürchtete, daß das arabische Kaisertum, unter der Schirmherrschaft des englischen Imperialismus die Kontrolle verliert.

Die Mosul- und Kirkuk-Frage blieb bis 1925 ungelöst. Der Scheich-Said Aufstand im Jahre 1925 hatte schließlich beiden Kräften die Möglichkeit für die Schließung von Abkommen geschaffen.

Die Möglichkeit stammt nicht —wie behauptet wird— daher, daß dieser Aufstand Beziehungen mit einer der beiden Kräfte besessen hätte, sondern im Gegenteil: der das Zentrum des Nord-West Kurdistans umfassender Aufstand, der die Herrschaft der türkischen Bourgeoisie in seinen Fundamenten erschütterte und sie bedrohte, entwickelte sich unabhängig von beiden kolonialistischen Kräften. Die türkische Bourgeoisie hat in militärischer und politischer Zusammenarbeit mit dem französischen und englischen Imperialismus den Aufstand niedergeschlagen.

Der Scheich-Said Aufstand hat gezeigt, welche Gefahr und welche Bedrohung das Potential Kurdistans für beide kolonialistischen Kräfte bedeutet. Denn nicht nur Nord-West Kurdistan hat sich am Aufstand beteiligt. Es gab schon 1918 unter der Führung des Scheich Mahmut Berzenci in Süd-Kurdistan und in Ost-Kurdistan unter der Führung von Simko Aufstände. Das Abkommen über die gemeinsame Kontrolle in Kurdistan wurde 1926 in Bagdad unterzeichnet. Mosul und Kirkuk wurde an das unter der Herrschaft des englischen Imperialismus stehenden arabischen Kaisertum abgegeben. Doch der türkische Staat erhielt damit auch das Recht auf die Kontrolle im Süd-Kurdistan. Der englische Imperialismus erhielt das Recht für die Bewahrung des gegenwärtigen Status Quos als Garantiekraft zu fungieren, wie es auch in der Zypern-Frage der Fall war.



Die türkische Bourgeoisie ist zwar aus Mosul und Kirkuk ausgetreten, doch bewahrte sie ständig den Traum von der Erfüllung ihrer "historisch" bezeichneten Behauptungen.

Im Jahre 1937 wurden die türkischen, irakischen und iranischen kolonialistischen Regimes durch den Sadabad-Pakt in enge politische und militärische Zusammenarbeit getrieben. Der Pakt kam durch die Führungsrolle des englischen Imperialismus zustande und wurde unter dem Schutz des englischen Imperialismus gestellt. Später bildete sich eine Blockbildung, die mit dem Bagdad-Pakt und der CENTO an Gestalt nahm. Das Ziel dieser später unter den Schutz des US-Imperialismus abgetretenen Blockbildung war es, über den Status Quo Kurdistans die Zusammenarbeit zu intensivieren und die Ausbreitung des Sozialismus im Mittleren Osten zu verhindern. Dem türkischen Staat wurde bei dieser Blockbildung die Führungsrolle zuerkannt. Demnach hatte der kemalistische türkische Staat nicht erst heute, sondern schon zu seiner Gründung die Gendarmerierolle bei der Bewahrung der Interessen der Reaktion des Mittleren Ostens und des Imperialismus in dieser Region übernommen.

Der imperialistische Verteilungskrieg 1939-45 hatte in der politischen Landkarte der Welt wichtige Veränderungen hervorgebracht. Der Sozialismus hatte über 1/3 der Welt eingenommen. Die türkische Bourgeoisie insbesondere spürte die Angst vor dem Sozialismus viel deutlicher. Aus dieser Angst heraus klammerte sich die türkische Bourgeoisie stärker als zuvor an dem US-Imperialismus, der die

Vorreiterrolle im imperialistischen System innehatte. Der US-Imperialismus hatte den Schutz der türkischen Bourgeoisie vom englischen Imperialismus übernommen. Der neo-kolonialistischen Politik und der globalen Kriegsstrategie der USA entsprechend wurde die Gendarmerierolle gegen den Sozialismus (UdSSR) und gegen die Volksbewegungen im Mittleren Osten der türkischen Bourgeoisie zugeteilt. Die türkische Armee wurde dementsprechend aufgebaut und ausgerüstet. Sie wurde unter der Kontrolle des Pentagon zum Arm der amerikanischen Armee gemacht.
Die türkische Armee wurde durch die USA ausgestattet, die türkische Generalkommandantur wird durch den Pentagon geleitet und auch die Ernennungen und Beauftragungen innerhalb der türkischen Armee wird vom NATO und Pentagon bestimmt. Als Gegenleistung für diese Abhängigkeit hat die USA der türkischen Bourgeoisie in Bezug auf den Schutz vor dem Sozialismus und der Anerkennung der "Misak-i Milli"-Grenzen Untersützung gewährt.
Die türkische Bourgeoisie hat die ihr zufallende Rolle bis heute gut gespielt. Der kemalistisch-türkische Staat war das einzige Land, das bei dem Krieg Israels, Englands und Frankreichs gegen Ägypten 1956 sich offen auf die Seite der imperialistischen Agressoren geschlagen hatte. Die türkische Armee hat versucht, bei dem Machtwechsel zuerst in Syrien und später im Irak (1958) einzugreifen. Erst durch die praktische Warnung der UdSSR mußte die türkische Armee davon absehen. Auf der anderen Seite hat die türkische Bourgeoisie jedes Anzeichen, daß den Status Quo der regionalen Reaktion drängt und eine Veränderung im Status Quo Kurdistans herbeiführen könnte, als eine Bedrohung betrachtet und sich dagegen gestellt.
In den 60er und 70er Jahren betrieb die türkische Bourgeoisie eine sehr enge Zusammenarbeit mit Israel, Irak und Pakistan auf militärischer und politischer Ebene und verstärkte auf diese Weise ihre Gendarmerierolle.
Jedesmal wenn die Entwicklungen in dieser Region mit den zunehmenden politischen Krisen der türkischen Bourgeoisie zusammentraf, wurden Militär-Putschs verwirklicht, um den aus ihrer Sicht negativen Entwicklungen Einhalt zu gebieten.

DIE KURDISTAN FRAGE UND DER FASCHISTISCHE MILITÄRPUTSCH VOM 12. SEPTEMBER 1980

Mit der Entwicklung des Volkswiderstandes in Süd-Kurdistan 1960 hat die türkische Bourgeoisie erneut die Kirkuk- und Mosul-Frage auf die Tagesordnung gesetzt. Sie hat auf die irakische Baas-Bourgeoisie Druck ausgeübt, damit sie dem kurdischen Volk nicht einmal das Recht auf "Autonomie" gewährt. Sie hat in Zusammenarbeit mit dem irakischen Regime versucht, den Widerstand des kurdischen Volkes niederzuschlagen.
Der türkische Staat beschränkte seine Feindschaft gegen den Widerstand des kurdischen Volkes nicht nur damit. Sie hat von der stammesbedingten feudalen Eigenschaft der Führung und ihren Beziehungen mit dem iranischen Schahentum und dem US-Imperialismus profitierend versucht, Kontrolle über den Widerstand herzustellen, deren Auswirkungen auf das Minimum herabzusetzen und dessen Resonanz in Nord-West Kurdistan zu verhindern. Die türkischen Herrschenden versuchten durch die Ausnutzung der Demokratischen Partei Türkei-Kurdistans, die zur Hälfte unter die Kontrolle der MIT (türkische Geheimdienstorganisation) geraten war, und der Stammesvorsitzenden, Komplotte gegen den Widerstand zu verwirklichen.
Erneut träumte die türkische Bourgeoisie von Kirkuk. Ende der 60er Jahre geriet der Vorschlag des damaligen Ministerpräsidenten der Türkei, Süleyman Demirel, Mosul und Kirkuk zu besetzen und schließlich Kurdistan das Recht auf "Autonomie" zuzuerkennen, durch einige türkische Ex-Generäle in die Presse. Auch die Tatsache, daß dieser Vorschlag von der türkischen Regierung nicht angenommen wurde, weil "sie die Forderung nach Autonomie für Kurden fordere", geriet damals in die Presse. Obwohl die Darlegung dieser Problematik nicht so primitiv ist und im Falle einer Intervention durch die türkische Armee auch mit den Interessen einiger reaktionärer Kräfte im Widerspruch stehen würde, ist es doch Tatsache, daß jedes Mal, wenn die Realität Kurdistans sich bemerkbar macht, die Frage der Intervention in Mosul und Kirkuk auf der Tagesordnung der türkischen Bourgeoisie und des Imperialismus tritt. Immer wenn die Interessen des Imperialismus an den Ölfeldern gefährdet waren, wurde über die Möglichkeit der Intervention der türkischen Armee diskutiert und trat auf die Tagesordnung der imperialistischen Kräfte.
Die 70er Jahre sind voller neuen Entwicklungen aus der Sicht des kurdischen Volkes, des türkischen Staates und überhaupt des Mittleren Ostens. In dieser Phase wurden die Interessen des Imperialismus im Mittleren Osten am stärksten bedroht. In Afghanistan ist die Volksrevolution verwirklicht, im Iran hat eine anti-imperialistische Führung die Macht übernommen, der Widerstand des palästinensichen Volkes hat große Dimensionen erreicht und der Nationale Befreiungskampf Kurdistans hat sich als ein neues und bedeutendes Faktor entwickelt.
Der Umsturz des iranischen Schahentums hat in Ost-Kurdistan einen Volksaufstand hervorgebracht; der Beginn des Irak-Iran Krieges hatte für die Zusammenraffung des Volkswiderstandes in Süd-Kurdistan eine günstige Möglichkeit geschaffen; als wichtigster Faktor hatte die sich unter der Führung der PKK entwikkelnde nationale Befreiungsbewegung in Nord-West Kurdistan die Phase der ideologischen Formation überwunden und war militärisch und politisch zu einer Massenbewegung geworden. Als mit diesen Entwicklungen auch die politische und wirtschaftliche Krise der türkischen Bourgeoisie sich vertiefte, wurde der faschistische Militärputsch am 12. September 1980 durchgeführt. Der Putsch war eine reaktionäre Vernichtungsbewegung. Die türkische Armee hatte mit dem Ziel, der nationalen Befreiungsbewegung Einhalt zu gebieten und den reaktionären Status Quo im Mittleren Osten zu bewahren, diesen Putsch durchgeführt.
Diesem Ziel entsprechend wurde die politische Macht in der Türkei erneut institutionalisiert. Auch wurde die türkische Armee diesem Ziel entsprechend ausgestattet und neu umstationiert.
Der Maßstab des Erfolgs des faschistisch-kolonialistischen Regimes und der imperialistischen Kräfte hing unmittelbar davon ab, inwieweit die antiimperialistischen, und antikolonialistischen Kräfte in der Türkei, in Kurdistan und in anderen Brennpunkten im Mittleren Osten verhindert werden konnten.
Doch wenn wir die zurückliegenden fast 8 Jahre vor Augen führen, werden wir mit Leichtigkeit feststellen, daß die Rechnung des türkischen Kolonialismus und der imperialistischen Kräfte nicht aufgegangen ist und die Entwicklungen zu ihren Ungunsten waren.
Der Irak-Iran Krieg dauert mit all seiner Intensivität noch an und hat gefährliche Dimensionen erreicht. Diese Gefahr besteht für den türkischen Kolonialismus und den regiona-

len reaktionären arabischen Ländern.
Die größte Gefahr für den türkischen Kolonialismus sind die Geschehnisse in Kurdistan. Aufgrund des Irak-Iran Krieges sind alle beide Teile Kurdistans außer Kontrolle geraten; d.h. auch, daß sehr günstige Voraussetzungen aus der Sicht des Befreiungskampfes des kurdischen Volkes vorhanden sind.
Der faschistische türkische Staat konnte gegenüber dem bewaffneten nationalen Widerstandskampf ab dem 15. August 1984 keine Erfolge aufweisen, sondern im Gegenteil. Der bewaffnete Befreiungskampf unter der Führung der PKK hat in diesen 4 Jahren seine Existenz bewahrt und darüber hinaus wichtige Entwicklungen gezeigt. Der nationale Befreiungskampf in Nord-West Kurdistan hat seinen Höhepunkt in der politischen und organisatorischen Entwicklung gezeigt und wurde auf nationaler und internationaler Ebene zu einer politischen Kraft mit Massencharakter.



Diese Entwicklung in Kurdistan hat dem türkischen Kolonialismus vieles gekostet. Die türkische Armee mit ihren hunderttausenden von Soldaten konnte in diesem 4 Jahre lang andauernden Kreieg keine Erfolge aufweisen, sondern sie machte Erschütterungen durch und erlebt eine Krise, die sie nicht aufhalten kann. Die türkische Armee hat ihre Autorität über das werktätige türkische Volk zum größten Teil verloren.
Die militärische, politische und wirtschaftliche Krise des türkischen Staates, seine ausweglose Lage und die ihm auferlegte Rolle werden die Faktoren sein, die ihn dazu bewegen werden, sich in Abenteuer —wie die Intervention von Kirkuk— zu begeben, die sein Ende bedeuten würden.

DER IRAK-IRAN KRIEG UND DIE ROLLE DER TÜRKISCHEN ARMEE

Der Irak-Iran Krieg befindet sich in seinem 8. Jahr. Die Verluste belaufen sich auf über 1 Million Menschen. Von den wirtschaftlichen und sozialen Zerstörungen des Krieges ganz zu schweigen. Der Iran hat in diesem Krieg um die Vorherrschaft durch seine Belastung für den reaktionären Status Quo in der Region eine positive Rolle eingenommen.
Die Niederlage Iraks in diesem Krieg würde in diesem wichtigen Brennpunkt eine politische Lücke hervorrufen. Ein Sieg Irans würde hingegen für die Kontrolle des Golfs eine neue Situation für den Imperialismus hervorrufen. Vorallem würde die Existenz der künstlichen arabischen Länder im Golf bedroht werden.
Die islamische Führung Irans hat ihre Existenz vom Ausgang des Krieges und ihrem Sieg abhängig gemacht. Wenn man sich die wirtschaftlichen und personellen Verluste des Irans vor Augen führt, kann man sich schwerlich vorstellen, daß der Iran eine andere Alternative akzeptieren wird.
Die Verluste Iraks sind höher. Auch wenn er intensive Unterstützung von der arabischen Reaktion erhält, befindet er sich trotzdem am Rande seiner Niederlage. Das Ziel Iraks besteht darin, diesen Krieg in einen regionalen Krieg umzuwandeln, auch andere Kräfte in diesen Krieg mit hineinzuziehen, um somit den Iran zu einem Frieden zu zwingen und seine eigene Existenz fortzusetzen.
Der Krieg hat sich in den 8 Jahren ausgeweitet und neue Dimensionen angenommen. Insbesondere Kurdistan wird zum Schauplatz dieses Krieges, in dem die zivile Bevölkerung in den Städten zum Ziel von Raketenbeschüssen und großen Zerstörungen werden.
Die Tatsache, daß der Krieg sich in einer solchen Etappe befindet, ist Ausdruck für die ausweglose Lage der beiden Kräfte. Auch wenn die Lage beider Kräfte doch Unterschiede aufweisen und der Charakter der ausweglosen Lage nicht gleich ist, so sind sie doch beide in einer ausweglosen Lage. Das irakische Regime ist am letzten Ausdauerpunkt in diesem Krieg angelangt. Die Niederlage des Regimes wird sehr oft in dieser oder anderen Form bewertet. Das iranische Regime dagegen, der in diesem Krieg die positivere Position innehat, kann aufgrund seiner sektiererischen und mangelhaften Politik die Kraft seiner politischen Verbündeten nicht in den Krieg miteinbeziehen. Es ist nicht allzu schwer, abzuschätzen, inwieweit die wahren Verbündeten Syrien und Libyen möchten, daß Iran die siegende Kraft sein wird.
Der Imperialismus und die regionale Reaktion können es nicht hinnehmen, daß ihre Interessen an den Ölfeldern in Gefahr geraten. Sie wollen schnellstens diese Gefahr beseitigen und den Status Quo wieder stabilisieren.
Das wichtigste Problem hierbei ist die Kurdistan-Frage. Von hier rührt auch die Interesse des türkischen Staates an der Entwicklung des Krieges und seiner Beendigung.
Der Krieg hat in Kurdistan große Massaker zur Folge. Unser Land und unsere Menschen werden zum Mittel dieses Krieges. Sie werden mit chemischen Bomben massakriert. Doch das ist nur eine Seite dieses Krieges. Doch der angelangte Punkt zeigt, daß die gerechteste Lösung dieser Frage nur durch die Lösung der Kurdistan-Frage geht. Zahlreiche Kräfte sehen diese Tatsache, oder sie werden gezwungen, diese zu sehen. Eine sehr wichtige Entwicklung ist es, daß der kurdische Widerstandskampf von diesen Voraussetzungen profitiert und zu einer der Kräfte geworden ist, die den Ausgang des Krieges bestimmen könnten. Der Iran geriet in diesem Krieg gegen Irak sehr in Bedrängnis; immer wenn er den Krieg auf Kurdistan übertrug und die kurdische Widerstandskräfte in Süd-Kurdistan mit in

Betracht zog, erzielte er Erfolge. Er ist soweit gegangen, daß er ein wichtiges Teil von Süd-Kurdistan erobert hat und Kirkuk und Sulaimania unter Raketenbeschußlinie genommen hat. Auch daher rührt die Interesse des türkischen Staates: Es sind die für Kurdistans durch diesen Krieg geschaffenen günstigen Möglichkeiten und Voraussetzungen.

Der wahre Grund für den Militärputsch und die Vorbereitungen der Armee war es, die Lösung der Kurdistan-Frage auf jeden Fall zu verhindern. Der türkische Staat warnt sowohl den Iran als auch Irak schon seit 1980 vor einer Entwicklung zugunsten des kurdischen Volkes und ruft zur Zusammenarbeit auf.

Ein Abkommen über die Zusammenarbeit wurde schon 1983 zwischen dem faschistischen Miitärregime und dem Baas-Regime unterzeichnet. Mit diesem Abkommen können beide Armeen 30 km über die Grenzen des anderen Landes hinweg Operationen durchführen.

Die türkische Armee hat schon drei Mal seit 1983 von diesem Recht Gebrauch gemacht; einmal im Mai 1983, im August 1986 und schließlich im März 1987. Beim ersten Angriff auf Süd-Kurdistan wurden die Landstreitkräfte und bei den anderen zwei Angriffen wurden auch die Luftstreitkräfte eingesetzt. Auch irakische Kriegsflugzeuge haben 1986, 1987 und 1988 des öfteren Dörfer in Nord-West Kurdistan bei Çukurca, Yüksekova und Şemdinli bombardiert.

Die Zusammenarbeit des türkischen Staates mit dem Irak wurde auf allen Ebenen intensiviert. Es wurden Verbindungspipelines zwischen den Ölfeldern Kirkuks zu dem Hafen Yumurtalik und Kirikkale und der Erdölraffinerie in Batman hergestellt. Der türkische Staat holt seinen Ölbedarf zu 80 % aus dem Ausland und davon den größten Teil aus dem Irak. Diese Rohstoffquelle ist aus der Sicht der Türkischen Republik von lebenswichtiger Bedeutung. Sie hat ihre wirtschaftlichen Handelsvolumen mit dem Irak auf jährlich 3 Millionen Dollar erhöht. Das Ziel dieser umfangreichen Zusammenarbeit ist es, keine Veränderung im Status Quo Kurdistans herbeiführen. Der türkische Staat möchte auch mit dem Iran ähnliche Abkommen schließen. Bei den kontinuierlich stattfindenden politischen und wirtschaftlichen Gesprächen zwischen der Türkei und dem Iran, die ab 1984 verstärkt wurden, war die Kurdistan-Frage ständig auf der Tagesordnung. Der türkische Staat betonte bei diesen Gesprächen offenkundig: *"Von diesem Krieg profitiert das kurdische Volk; es darf nicht zu einer Veränderung im Status der Kurden kommen; ich werde mich gegen derartige Entwicklungen stellen. Die Ölfelder von Kirkuk sind für mich lebenswichtig. Die Transportwege des Öls dürfen nicht berührt werden, der Status von Kirkuk darf nicht verändert werden."*

Die Forderungen des türkischen Staates sind sehr klar. Er sagt sehr offen, daß Iran in diesem Krieg nicht siegen darf. Der türkische Staat nimmt auf jeden Fall einseitig Stellung zu diesem Krieg. Dem Iran ist diese Tatsache bewußt. Hier widersprechen sich auch die Politik der Türkei und des Irans. Die türkische Regierung versuchte schon seit Beginn mit dem Iran sich über Kirkuk und Kurdistan zu verständigen und sich zu einigen. Der Iran hat auch den Drohungen der Türkei bis zu einem bestimmten Punkt Beachtung geschenkt. Er hat auch bei den Gesprächen im Dezember 1985 in Teheran sich dahingehend geäußert, daß er keine Veränderungen im strategischen Status Quo Kurdistans wünscht. Ohne diese Auffassung geändert zu haben, mußte er den Krieg nach Kurdistan verlagern und den Kräften in Süd-Kurdistan mehr Initiative zuerkennen, um in diesem Krieg zu einem Ergebnis zu gelangen. Doch wenn der Iran zu einem Ergebnis gelangen will, muß er diese Vorgehensweise vertiefen und vorwärts treiben.

DIE VORBEREITUNGEN DES IMPERIALISMUS UND DER TÜRKISCHEN ARMEE



Schnelle Eingreiftruppe

Die Rolle, die der türkischen Armee durch die USA und den anderen imperialistischen Kräften der NATO zugeteilt wurde, ist offenkundig. Hier müssen wir auf einen wichtigen Punkt hinweisen. Auch wenn die Interventionsabsichten des türkischen Staates in Bezug auf Kurdistan mit den Interessen des Imperialismus übereinstimmen, so ist es doch der türkische Staat, der die Intervention eigentlich aufdrängt und sie sich zum Ziel gesetzt hat. Die türkische Armee wird insbesondere seit 1980 einer eventuellen Intervention entsprechend vorbereitet und ausgerüstet. Diese Vorbereitungen sind keine Geheimnisse. Die USA bereiten die türkische Armee dahingehend vor, um ihre Interessen im Golf zu bewahren und den nationalen Befreiungskampf Kurdistans niederzuschlagen. Das ist auch das Ziel bei den neuen Zuordnungen in der türksichen Generalkommandantur im Jahre 1987. Die Militärexperten der USA betrachten es nicht für notwendig, die von ihnen an die türkische Armee zugeteilte Rolle zu verschleiern. Der Auffassung der Militärexperten der USA zufolge, ist es auch nicht der israelisch-arabischer Widerspruch, der ihre Interessen im Mittleren Osten bedroht, sondern es ist die Gefahr, die vom Golf und von Kurdistan ausgeht. Sie erklären auch, daß die größte Aufgabe bei der Bewahrung ihrer Interessen im Golf der türkischen Armee zufällt. Die USA profitieren von den Interessen des türkischen Staates in Kurdistan. Im Gegensatz zu Israel, Pakistan und Ägypten wird die türkische Armee in konsequenter Weise durch die amerikanischen Militärexperten sehr stark vorbereitet. Auch mit der Bewahrung der erdölreichen Länder im Golf wird die türkische Armee beauftragt.

Die türkische Armee hat Ende 1987 über 16 000 Soldaten nach Saudi-Arabien entsandt. Mit Ägypten gibt es gemeinsame militärische Investitionen und es werden gemeinsame militärische Manöver abgehalten. Die Zusammenarbeit zwischen der Türkei, Ägypten und den arabischen Ländern im Golf hat insbesondere in letzter Zeit ihren Höhepunkt erreicht. Die türkische Armee bietet den arabischen Herrschenden bezahlte Söldner an.

Innerhalb der türkischen Armee werden einige Erneuerungen verwirklicht. Die Gendarmerieeinheiten an den Grenzgebieten werden durch die regulären Armeeinheiten ersetzt. Das Ziel bei dieser Neuordnung ist klar. Sie soll Erleichterungen bei der Intervention einbringen. Eine äußerst wichtige Entwicklung war es, daß in den türkischen Medien Berichte veröffentlicht wurden, denen zufolge die unter der Kontrolle der USA stehende türkische Armee mit einigen autonomen Kräften Süd-Kurdistans Abkommen vereinbart hätten und diesem Abkommen zufolge nach der

Besetzung Kirkuks und Mosuls durch die türkische Armee, diesen Kräften das Recht auf eine Autonomie zuerkannt würde. Dieses Bericht ist in der türkischen Zeitung Milliyet vom 10.April 1988 unter der Überschrift "Schließen wir einen Abkommen und Ihr könnt Kirkuk besetzen" erschienen. Mal abgesehen von der Absicht bei der Veröffentlichung einer derartigen Nachricht; es war bekannt, daß derartige Bemühungen schon seit längerem vorhanden waren, und über diese Bemühungen hatten wir schon zuvor die Öffentlichkeit informiert. Mit dem Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes am 15. August 1984 hat der türkische Staat diese Bemühungen intensiviert, um den nationalbefreierischen kurdischen Volkswiderstand zu isolieren. Insbesondere die CIA hat bei diesen Bemühungen sehr stark mitgewirkt.

DER TÜRKISCHE STAAT IN EINER AUSWEGLOSEN LAGE

Im Frühling 1988 wurde die Frage, ob die türkische Armee Kirkuk besetzt oder nicht, erneut aktualisiert. Es gab eindeutige Gründe hierfür: Iran war schon bis nach Süd-Kurdistan vorgestoßen und bedrohte Kirkuk. In Süd-Kurdistan erlebte man Aufstände. Die Saddam-Diktatur war an ihrer letzten Widerstandskraft angelangt. Die Massakrierung von tausenden von leidgeprüften kurdischen Menschen durch chemische Waffen war ein Zeugnis dafür, in welcher ausweglosen Lage sich das irakische Regime befindet.

Doch der türkische Staat erlebte zu dieser Zeit die eigentlichen Sorgen. Die PKK hatte das Jahr mit ernsten militärischen und politischen Errungenschaften abgeschlossen; die Wintermonate ohne ernste Verluste überstanden und hatte neue Elans auf ihre Tagesordnung gesetzt. Eine andere wichtige Entwicklung war die ausweglose Lage des türkischen Herrschaftssystems in wirtschaftlicher, militärischer und politischer Hinsicht. Das Milizentum, auf dem die türkische Herrschaft große Hoffnungen gesetzt hatte, hatte zurückgeschlagen, viele der Menschen, die Waffen angenommen hatten, haben ihre Waffen gruppenweise zurückgegeben. Der nationale Befreiungskampf hatte großes Echo bei den städtischen Volksmassen ausgelöst, diese Tatsache deutete daraufhin, daß in der vor uns liegenden Phase große Entwicklungen erlebt würden. Der türkische Staat erlebte eine unüberwindbare große wirtschaftliche, soziale und politische Krise.

Wie man sieht, ist der Besetzungsplan Kirkuks nicht auf einmal entstanden, sondern ist das Ergebnis von historischen und aktuellen Faktoren. Der Besuch des Prämiers T. Özal nach Bagdad Anfang April verfolgte dieses Ziel. Es kann kein anderer Grund für dieses Besuch geben, insbesondere in einer Phase, da noch vor kurzer Zeit das irakische Regime einen Massaker an das kurdische Volk verwirklicht hatte, das die Weltöffentlichkeit verurteilte. Schließlich ist es —wenn auch spärlich— in türkischen Medien herausgedrungen, daß der türkische Staat mitschuldig wurde an dem Massaker des irakischen Regimes an das kurdische Volk in Halabja, indem er giftige chemische Stoffe, die von der BRD gekauft wurden, über die türkischen Häfen durch türkische Firmen an den Irak weitergeleitet hat, und selber dabei mitverdient hat.

In der türkischen Zeitung Milliyet vom 6. April 1988 ist ein Artikel von M. Ali Brand unter der Überschrift: "Özal hat die Akte über Kirkuk noch nicht geschlossen" erschienen. Darin heißt es:

"1. Iran hat keine großen Fortschritte erzielt —wie es von ihr zuvor behauptet wurde— und es wird äußerst schwierig für sie sein, Kirkuk einzunehmen...

2. Auch wenn der Iran die irakischen Kräfte besiegen sollte, wird sie den Rechnungen der türkischen Militärexperten zufolge Kirkuk nicht vor 6 Monaten erreichen.

3. Die irakische Führung hat entgegen den Behauptungen der kurdischen Gruppen ihre Kontrolle über die nördlichen Gebiete noch nicht verloren, sondern im Gegenteil, sie hat sogar den Kräften Talabanis (PUK -Patriotische Union Kurdistans-; der Verfasser) große Verluste zugefügt..."

Nicht nur T. Özal, sondern auch der Staatspräsident K. Evren ist in den selben Tagen mit dem Vorwand des islamischen Gipfels nach Kuwait gereist und dort erklärt, wie die türkische Armee ihre schützende Rolle in Bezug auf die Bewahrung der Golfstaaten erfüllen wird.

Nach der Beendigung der Reisen von T. Özal und K. Evren sind Delegationen von den USA und England in Ankara eingetroffen. Die Prämierministerin Margeret Thatcher hat mit den Worten "Die Türkei ist das einzige Land, das den blutigen Diskussionen in dieser Region ein Ende setzen kann" sehr deutlich dargelegt, daß sie den Besetzungsplänen der faschistischen türkischen Armee volle Unterstützung gewähren.

Die amerikanische Militärdelegation kam sogar mit einem neuen "Kirkuk-Plan" in der Tasche in Ankara an. Das Ziel dieses Besuchs wurde in der türkischen Zeitung Cumhuriyet vom 5. April 1988 sehr umfangreich aufgegriffen. Es heißt:

"Der Vorsitzende des Militärischen Geheimdienstes (DIA), General Perutt, ist nach Ankara, um die Herangehensweise der Türkei an die Kirkuk-Frage zu erfahren.

Die USA betrachten die Kirkuk-Frage als das primäre Problem der Türkei. Das Zentralamt des amerikanischen Geheimdienstes (CIA) und der Militärische Informationsdienst (DIA) haben große Interesse an diesem Problem. Mit demselben Ziel hatte der frühere Direktor der DIA nach dem 12. September-Putsch sich ein Stützpunkt in Ankara eingerichtet. Die DIA verfolgte die Entwicklungen in und um Kirkuk Schritt für Schritt. Auch die amerikanischen Finanzkreise haben wirtschaftliche Besorgnisse und auch sie verfolgen diese Entwicklungen mit großer Besorgnis. Sie verweisen auf die Türkei aus zwei Gründen:

1. Die Türkei kann einer Neuziehung der Grenzen der Region nicht zusehen.

2. Eine Veränderung in Bezug auf den Status des Golfes würde die Wirtschaft der Türkei vernichten...

... Eine der eventuellen Szenarien: Auch wenn Irak auf der Landkarte als ein großes Land erscheint, so ist die Bevölkerung doch auf dem Gebiet zwischen Tigris und Euphrat dichtgedrängt. Nur die Gebiete Kirkuk und Mosul, in denen die Kurden leben, sind strategisch wichtig. Die Kurden machen dem Bagdad-Regime Kopfzerbrechen. Wenn der Iran es schafft, an der zentralen und südlichen Front einen Durchbruch zu verwirklichen, dann kann die irakische Armee einen Zerfall erleben. In diesem Falle würde eine neue unter der Herrschaft Teherans stehende islamische Republik entstehen, was die Finanzkreise in ihren Fundamenten erschüttern würde.

Ein anderes eventuelles Szenarium:

Die im Iran, Irak, in Syrien und der UdSSR zerstreut lebenden Kurden sind aufgrund der Versprechungen Irans zu einer Bedrohung für den Irak geworden. Die Kurden haben bei den Gefechten in Nord-Irak große Entwicklungen zugunsten Irans geschaffen. Ein halb-autonomer kurdischer Staat im Nord-Irak würde die Stabilität der Türkei gefährden. Gleich neben diesem Gebiet befindet sich das Gebiet unter der Kontrolle der Türkei, über den die Sowjetunion sehr kurfristig ins Mittelmeer gelangen würde (gemeint ist Nord-West Kurdistan; der Verf.). Aus diesem Grund ist es für die Türkei unmöglich, der Einnahme Kirkuks, das für die Türkei auch

aus wirtschaftlicher Hinsicht lebenswichtig ist, durch einen kurdischen Staat, der die Sicherheit der Türkei gefährden würde, zuzustimmen. Darüber hinaus existieren historische Gründe... Wenn der Irak auf dem Weg der totalen Niederlage ist und die Türken spüren, daß Kirkuk und Mosul bedroht würden, könnten sie sich an einiges errinnern..." (Kirkuk und Mosul gehörte bis in die 20er Jahre der Türkei; Anmerkung des Verf.)

Der türkische Staat hält die politischen Vorwände für einen Besetzungsabenteuer parat: Das ist die Kurdistan-Frage. Auch die wirtschaftlichen Vorwände sind vorhanden: Die türkische Bourgeoisie und die faschistischen Generäle sind verzückt über die Ölfelder Kirkuks, die eine Lebensquelle für die sich in tiefer Krise befindenden türkischen Wirtschaft sein könnten. Sonderbarerweise diskutierten die Sprecher der türkischen Konzerne und die Federführer der türkischen Presse über den Besetzungsplan vielmehr als andere. Doch es scheint für sie kein anderer Ausweg aus der tiefen Krise der türkischen Wirtschaft zu geben.

Der Vorsitzende des Handelskammers in Istanbul, Adigüzel, erklärte der türkischen Zeitung Sabah den Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Krise der türkischen Bourgeoisie mit der Absicht der Besetzung Kirkuks folgendermaßen:

"Die Regierung hat bis August noch Zeit; wenn die gefährliche Phase in der Wirtschaft bis August nicht überwunden werden kann, dann kann es sein, daß wie Ecevit bei der Bewegung auf Zypern auch Özal sich an eine Operation in Kirkuk beteiligt."

Die türkische Bourgeoisie versucht durch eine chauvinistische Propaganda und Erklärungen von Vertretern des türkischen Staates wie von der "reaktionären Bewegung in Iran", der "separatistischen Gefahr", der "türkischen Minderheit in Kirkuk, die um ihre Rechte beraubt wurde" und von der Tatsache, daß "im Falle des Verlustes Kirkuks eine wirtschaftliche Katastrophe bevorstehe", usw. die türkischen werktätigen Massen für die Besetzungspläne zu gewinnen.

Die Presse veröffentlicht ständig die Erklärungen der Militärsprecher und behauptet, daß die Besetzung eigentlich nichts weiter ist als eine militärische Operation und es der türkischen Armee nicht schwerfallen würde. Auf diese Weise versucht man, die wahren Hintergründe und die politisch-militärischen Risiken der Besetzung vor der Öffentlichkeit zu verschleiern.

Die Umstationierung der Kommandoeinheiten aus Bolu, Kayseri und Sivas nach Hakkari und Mardin Anfang April wird als ein neuer Schritt der türkischen Armee bewertet. Der türkische Staat hat auch die Grenzgebiete bei Hakkari für Flüge von Kriegsflugzeugen gesperrt. Als offizielle Begründung hierfür wird angegeben, dieses Gebiet sei durch den türkischen Staat zum Kriegsgebiet erklärt worden. Die türkischen Armeeinheiten haben seit längerem von Silopi aus über die Grenze Iraks hinweg die Überwachung des Teils der Seidenstraße, das sich in Irak befindet, übernommen. Sie will auch die Sicherheit und die Überwachung des Teils der Ölpipeline selber durchführen, das sich innerhalb der Grenzen Iraks befindet. Das bedeutet die schrittweise Niederlassung der türkischen Armee in Süd-Kurdistan.

Im Falle einer Besetzung Kirkuks und Mosuls würde die türkische Armee mit einem vereinten kurdischen Volksaufstand konfrontiert werden. Doch sie ist schon seit 1984 gegenüber den ARGK-Einheiten erfolglos. Auch das Milizentum hat zurückgeschlagen. Die Frontbildung zwischen dem Widerstand in Süd- und Nord-Kurdistan würde im Falle des Besetzungsversuchs Kirkuks durch die türkische Armee unumgänglich werden. Die mit großen Problemen konfrontierte türkische Armee müßte die Risiken eines ungerechten Krieges in einem fremden Land auf sich nehmen. Es ist durchaus eine richtige Feststellung, wenn man sagt, daß ein derartiges Abenteuer für die türkische Armee ein zweites Vietnam bedeuten würde und sie gegenüber dem vereinten Volkskampf Kurdistans keine Chance hätte.

Die faschistischen Generäle müßten in diesem Falle auch andere Risiken auf sich nehmen. Warum sollte der Iran, dessen Existenz von seinem Sieg abhängt, gegenüber dem Angriff der türkischen Armee schweigsam bleiben? Der iranische Staat ist zwar bemüht, die Möglichkeiten des Einschreitens der türkischen Armee auf ein Minimum herabzusetzen, doch es ist ihm auch bewußt, daß er —wenn er zum Ergebnis gelangen will— auch den Krieg mit der türkischen Armee aufnehmen muß. Die iranische Regierung führt ihre Angriffe auf Süd-Kurdistan fort, hat den türkisch-iranischen Ölpipeline-Projekt aufgegeben, den Besuch des türkischen Prämiers T. Özal nach Bagdad protestiert und versucht auf diese Weise, sich gegen die Vorbereitungen des türksichen Staates zu stellen. Sie hat keine andere Alternative als mit gesundem Menschenverstand zu handeln. Dies geht wiederum nur über die Verstärkung ihrer Allianzen mit den kurdischen nationalen Widerstandskräften auf richtiger Grundlage.

Die türkische Armee muß bei ihrer Besetzung auch mit den Gegenreaktionen der UdSSR und der fortschrittlichen arabischen Länder rechnen, deren politischen und militärischen Formen man zwar nicht konkret bestimmen aber doch vermuten kann.

Der kolonial-faschistische türkische Staat muß sich auf die Gegenreaktionen der werktätigen Massen der Türkei gefaßt machen. Es kann sein, daß die türkischen Werktätigen nicht organisiert und die türkischen Linken noch schwach sind. Es kann auch behauptet werden, daß die türkischen Werktätigen in der intensiven Unterdrückung und der aggressiven Politik sich nicht auflehnen könnten. Doch warum sollten die werktätigen Massen, die derart unterdrückt, die in einem wirtschaftlichen Ruin getrieben und in eine derart degenerierten gesellschaftlichen Verfall getrieben werden, gegenüber einem kolonialistischen Krieg, für den sie bezahlen müssen, schweigsam bleiben? Ganz im Gegenteil; die Zukunft bewahrt aus der Sicht der Befreiung der türkischen Werktätigen günstigere Voraussetzungen in sich. Ihr Kampf gegen den bürgerlichen Chauvinismus wird sie an den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes näherbringen und ihnen die Chance der Befreiung geben. Die Aufgabe der türkischen Revolutionäre ist es, diese Phase zu beschleunigen.

Die Zukunft ist aus der Sicht des türkischen States nicht besonders hell. Man kann sagen, alle Auswege sind gesperrt. Der Krieg ist ein Mittel, zu dem jedes in eine ausweglose Lage geratenes Regime greift. Doch kein Regime auf der Welt hat seine Existenz auf diese Weise fortsetzen können, sondern im Gegenteil, er beschleunigte ihr Ende.

Die Niederlage der türkischen Armee und der Zerfall des kolonial-faschistischen türkischen Herrschaftssystems wird nicht nur dem kurdischen Volk, sondern auch den türkischen werktätigen Massen und den Völkern der Region von großem Nutzen sein.

Die Aufgabe des gesamten kurdischen Volkes und seiner Kräfte ist es, sich zu vereinen und so die Niederlage schneller herbeizuführen. Das kurdische Volk kann sich nicht befreien, solange es die Existenz der türkischen Armee in Kurdistan, die der größte Hindernis und die bestimmende Kraft ist, nicht auslöscht. Die Aufgabe der Völker der Region und zu allererst der türkischen Werktätigen Massen besteht darin, sich in dieser gerechten Sache auf die Seite des kurdischen Volkes zu stellen.

Von der BRD via Türkei in den Golfkrieg?

Dieter Falk, 29.09.1987

Als CSU-Chef F. J. Strauß Ende Juli 1987 gegenüber der "Bild"-Zeitung die Entsendung eines BRD-Kriegsschiffes in den Golf als symbolische Unterstützung der USA in der Region anregte, verurteilte die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD, Brigitte Trampe,
dieses Ansinnen als "sträflichen Leichtsinn". Nicht nur sei ein Eingreifen bundesrepublikanischer Schiffe im Golfkonflikt nicht durch den NATO-Vertrag gedeckt, Strauß unterlaufe auch das Bemühen von Außenminister Genscher um Neutralität der Bundesrepublik im Irak-Iran-Konflikt. Ein Bemühen um Neutralität mag bestehen; aber diese "Neutralität" ist weit davon entfernt, etwas mit Nichteinmischung zu tun zu haben. In der Tat bemüht sich die BRD nicht ohne Erfolg, im Iran einen Teil der Rolle zu spielen, die z.Z. von den USA nicht offen eingenommen werden kann. Die gleichzeitige auch materielle Unterstützung für den Irak durch die wichtigsten NATO-Partner —darunter die BRD— ist ohnehin offensichtlich. Die sogenannte Neutralität der BRD in diesem Konflikt außerhalb des offiziellen NATO-Auftrages ist denn auch alles anderes als eine passive. Die BRD ist nicht nur über ihre Beteiligung an französischen Rüstungsfirmen an deren militärischen Lieferungen an den Irak beteiligt. Sie liefert auch an beide Parteien als zivil deklarierte aber nachgewiesenermaßen im Krieg eingesetzte Nutzfahrzeuge sowie durch das schwedisch-niederländisch-bundesdeutsche Triumvirat Bofors, Muiden Chemie und Dynamit Nober Sprengstoffe und Muniton an den Iran. Dort ist inzwischen auch wieder die noch aus der Schah-Zeit bekannte bundesdeutsche Fritz Werner GmbH beim Wiederaufbau von Rüstungsbetrieben aktiv. Darüberhinaus liefert die BRD unmittelbar militärische Güter an Bahrain, Kuwait und Saudi Arabien, die die irakischen Kriegsanstrengungen finanziell ermöglichen. Auch die 1983 erfolgte Übernahme einer Deutschen Hermesbürgschaft für den Bau eines Marinehafens einschließlich eines Marinetrainingszentrums am Golf in Oman verwickelt die BRD nolens volens in die dort stattfindenden Auseinandersetzungen. Darüberhinaus ist es vorallem aber der NATO-Partner Türkei, über den die BRD indirekt in den iranisch-irakischen Krieg verwickelt ist.



Bundeswehr Geländewagen, die in die Türkei transportiert wurden

Über die Notwendigkeit in dieser Region auf verschiedenste Weise auch außerhalb der NATO-Grenzen und ihres offiziellen Auftrages militärisch aktiv zu sein, besteht innerhalb der NATO einschließlich der entsprechenden Kreise in der BRD —und auch hier über alle Parteigrenzen hinweg— seit langem eine theoretische Übereinstimmung. Die Türkei —vorallem ihre Südosten, also Nord-Kurdistan— spielt hierbei eine besondere Rolle. So schrieb der jetzige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Lothar Ruehl, schon vor über sechs Jahren in der "Europäischen Wehrkunde" (2/81): "... *Auch ... der Versuch, einen Teil des türkischen Gebietes, z.B. in Kurdistan, von der Türkei abzutrennen, könnten den latenten geopolitischen Zusammenhang zwischen Mittlerem Osten und dem atlantischen Bündnisbereich in einem akuten Konflikt hervortreten lassen und entsprechende Konsequenzen nach sich ziehen... Zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg erscheinen Westeuropa oder westeuropäische Staaten im Nahen und Mittleren Osten wieder als ein potentieller Verbündeter bei der Wahrung der eigenen Unabhängigkeit und selbst in der Verteidigung gegen fremde Bedrohung oder gegen inneren Umsturz... Die strategische Herausforderung ist unabweislich: Am Golf liegen die größten bekannten Erdölreserven der Welt auf politisch unsicherem und sozial*

beweglichem Boden, in dem Verwerfungen unter dem Druck der revolutionären Veränderungen der Existenzbedingungen im Öl- und Geldfluß drohen..." Daß sich solche Sichtweisen keineswegs nur auf Kreise des gegenwärtigen Regierungslagers beschränken, machte auch Peter Corterier, SPD-Bundestagsabgeordneter und Sprecher der politischen Kommission der NATO, während der 32. NATO-Tagung deutlich, die im November 1986 in Istanbul stattfindet. Er wies auf die wachsende Rolle des Südostens der Türkei angesichts der Entwicklungen in Iran und Syrien hin und präzisierte auf die Frage eines Korrespondenten der türkischen Zeitung "Milliyet" nach einer eventuellen Ausdehnung des "Verantwortungsbereiches" der NATO: *"Es ist nicht ausgeschlossen... Gerade in den Fragen bezüglich des Nahen Ostens fällt der Türkei von der Sache her eine besondere Bedeutung zu."*

Die besondere militärische Bedeutung der Türkei für die NATO besteht in ihrer Multifunktionalität. Neben Norwegen ist die Türkei zum einen das einzige NATO-Land mit einer direkten Grenze zur UdSSR und kontroliert den Zugang vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer. Die Türkei ist darüberhinaus nach den USA das NATO-Land mit dem größten stehenden Heer. Wenn auch dessen Moderniesierung gerade nach dem faschistischen Putsch vom 12. September 1980 deutliche Fortschritte gemacht hat, ist es dennoch kein ernsthafter Gegner für die UdSSR. Im Hinblick auf den offiziellen NATO-Auftrag der Verteidigung gegen äußere Angriffe, d.h. den Krieg gegen die Staaten des Warschauer Paktes, ist es weniger die türkische Armee, die für die NATO wichtig ist, als vielmehr die Türkei als Ort einiger, vorallem US-amerikanischer Militäranlagen, über 60 an der Zahl.

Besondere Bedeutung haben dabei drei Flugplätze und elektronischen Horchsysteme, letztere vorallem nach ihrer Liquidierung im Iran durch die Revolution von 1979. Die 14 "Nadge"-Anlagen in der Türkei, die Teil einer bis zum Nordkap reichenden Kette gleichartiger Spionageanlagen sind, können weite Teile des sowjetischen Luft- und Seeraumes kontrollieren. Den in Yamanlar, Karamürsel, Yalova und Elmadaği stationierten DCS-Nachrichtensystemen ist nahe beim kurdischen Diyarbakir ein Funkterminal zugeordnet, das direkt mit der Lakehurst Naval Air Station in New Jersey (USA) verbunden ist. Wie u.a. die "Neue Züricher Zeitung" feststellte, betreiben die USA darüberhinaus in Kargaburun am Marmarameer ein Loran-Navigationsstation. Weiter schreibt die Zeitung: *"Außer einer Luftwaffenanlage und eine Tuslog genannten Logistikgruppe in Ankara konzentrieren sich die konventionellen Installationen im äußersten Südosten im Raum Adana: Rotationsweise Verlegung von Fliegerkampfstaffeln der 16. Luftflotte aus Terrejon in Spanien nach dem Stützpunkt Incirlik sowie Nachschubdepots in Iskenderun und Yumurtalik. Mit dem geplanten Modernisierungsausbau von insgesamt 10 türkischen Flugplätzen unterstreicht die amerikanische Luftwaffe noch mehr Interesse an diesem Gebiet eines Bündnispartners, das Landbrücke und Sperriegel in Bezug auf den Nahen Osten und Mittleren Osten sein kann und von dem aus Amerika schätzungsweise ein Viertel seiner Direktaufklärung des sowjetischen Raketenprogramms tätigt."* Bezugnehmend auf Planungsüberlegungen der NATO für diese Region schreibt die NZZ, daß sogar "genau im Fall eines größeren europäischen Konflikts die westliche Allianz zuerst in Europa gemäß der Doktrin des 'flexible response' sich zum Ersteinsatz von Nuklearwaffen genötigt sehen könnte". Die "New York Times" zitiert dazu ein Geheimdokument des Pentagon: *"Wie es in dem Dokument heißt, 'werden Offensivmaßnahmen gegen die Flanken des Warschauer Pakts besondere Bedeutung erhalten, um einen Abzug von Verbänden des Pakts von der Zentralfront zu erzwingen!' Die Nordflanke stützt sich auf Norwegen, die südliche Flanke auf die Türkei."* Der Türkei-Spezialist Reiner Werle kommt in der Zeitschrift "Türkei-Information" vom September 1987 zu folgender Schlußfolgerung: *"Dieser Abzug von der Zuentralfront, womit insbesondere die BRD gemeint ist, ist Ausdruck einer Hierarchie der beteiligten NATO-Länder. Die Bevölkerung der Türkei soll anstelle der Mitteleuropäer bluten, und von den USA aus betrachtet geht diese Logik noch weiter: Wenn möglich, soll ein Atomkrieg auf Europa beschränkt werden, damit die Europäer für die USA den Kopf hinhalten."* Es kann wohl davon ausgegangen werden, daß solche Pläne, weit davon entfernt, das Aufeinanderschlagen der Völker auf hinten weit in der Türkei zu begrenzen, die Gefahr eines alle Teile der Welt in Mitleidenschaft ziehenden Atomkrieges nur vergrößern.



F-16 Jagdbomber

Aktuell sollte jedoch das gebannte Starren auf einen möglichen weltweiten Atomkrieg nicht blind machen für die real geführten Kriege und die Rolle der verschiedenen Protagonisten in ihnen.

Eine unmittelbare militärische Auseinandersetzung zwischen der NATO und damit auch der Türkei und dem Warschauer Pakt ist zwar grundsätzlich nicht ausgeschlossen, aber ziemlich unwahrscheinlich. Stattfinden tun jedoch militärische Auseinandersetzungen, in verschiedenen Regionen des Nahen und Mittleren Ostens, insbesondere die zwischen dem Irak und dem Iran, zwei für beide Blöcke ökonomisch und/oder strategisch wichtige Länder. Deren interne Konflikte —sei es der Kampf der kurdischen Nationalbewegung in beiden Ländern oder die sozialen und ideologischen Auseinandersetzungen— haben darüberhinaus einen grossen Einfluß auf die Entwicklung anderer Gesellschaften der Region einschließlich der der Türkei. Die aktuelle Hauptrolle der Türkei ist daher die im Zusammenhang mit der Kontrolle dieser Region durch die NATO. Das wurde beispielsweise unzweideutig von US-General Knowlton zum Ausdruck gebracht als er feststellte: *"Die Türkei kann die Flanke der NATO sein, sie ist vorallem die zentrale Front für die Stabilität im Nahen Osten".*

Eine besondere Rolle kommt dabei dem Luftwaffenstützpunkt von Incirlik bei Adana zu. Die Zeitschrift "Türkei aktuell" schrieb dazu im Juni 1987: *"In einem von der CIA dem Kongreß vorgelegten Bericht während der Verhandlungen um SIA 1980 wird der Stützpunkt Incirlik als der 'vorgerückteste Stützpunkt im Nahen Osten' bezeichnet und die gute Eignung dieses Stützpunktes für Nuklear-Angriffe gegen die Sowjetunion in einem Kriegsfall konstatiert... Schon 1958 hatte dieser Stützpunkt die Türkei an den Rand eines Krieges gebracht, als die USA Marine ohne Kenntnis der türkischen Regierung eine Invasion gegen Libanon von diesem Stützpunkt startete. Auch das über der Sowjetunion 1960 abgeschossene U2-Spionage-Flugzeug war von Incirlik aus gestartet. Bei dem Angriff der USA 1983 gegen Libanon wurde der Stützpunkt Incirlik benutzt. Die F-111, die letztes Jahr Libyen bombardierten, machten Zwischenhalt in Incirlik, nachdem sie ihren Stationierungsort in England verlassen hatten. (Tageszeitung Cumhuriyet vom 19. 4.1986".* Anderen Quellen zufolge hat Incirlik auch im Zusammenhang mit dem Palästinensermassaker in Jordanien im September 1970 und bei dem gescheiterten Versuch, 1980 die US-Geiseln im Iran zu befreien, eine Rolle gespielt. Darüberhinaus sollen dem zwei Jahre später erweiterten Militärhilfeabkommen von 1980 (SIA) zufolge 15 US-Luftwaffenstützpunkte modernisiert werden, vorallem im Osten der Türkei und hier insbesondere in Kurdistan, drei neue Flughäfen gebaut werden, die türkischen Basen erneuert, die Technik verbessert, die Waffen modernisiert werden. Jährlich sind 715 Millionen US-Dollar Militärhilfe seitens der USA vorgesehen und allein 1 Milliarde für die Flughäfenerweiterung ("Arbeiterkampf", 9.3.1987).

Offiziell weist die Türkei Behauptungen, es gäbe militärische Vereinbarungen "außerhalb des NATO-Rahmens" zurück, läßt aber gleichzeitig durchblicken, daß sie die US-amerikanische "Schnelle Eingreiftruppe" (RDF) als eine Angelegenheit "innerhalb des NATO-Rahmens" ansieht. Auch der Flughafenausbau in der Ost-Türkei und Kurdistan hat vorallem den Sinn, für die RDF-Transportflugzeuge der "Galaxy"-Klasse Landemöglichkeiten zu schaffen. Eine direkte US-Intervention über die Türkei ist allerdings umstritten. Im Herbst 1983 hieß es dazu in der US-Zeitschrift "Foreign Affairs": *"Die Türkei hat ernstliche Zweifel, ob die RDF nützlich wäre gegen Low-Level-Konflikte... Die Länder der Region sind besser geeignet, mit solchen unvorhersehbaren Fällen umzugehen. Möglicherweise würden sich islamische* (d.h. türkische) *NATO-Truppen im Golfkrieg von der arabischen und der Weltöffentlichkeit immer noch besser verkaufen lassen als ein direkte Eingreifen der 'Yankees".* Bereits 1961 war unter dem Namen "Allied Command Europe Mobile Force" (AMF) eine acht NATO-Staaten, darunter auch die BRD, umfassende "Schnelle Eingreiftruppe der NATO geschaffen worden. Von sieben für die AMF vorgesehenen Einsatzräumen liegen drei in der Türkei, einer davon in Kurdistan, direkt vor dem Golfgebiet.

Wenn auch die USA auf militärischem Gebiet das größte Interesse an der Türkei haben, versucht die BRD hier jedoch mit allen Mitteln nachzuziehen. Zum einen ist die Bundeswehr aktiver Teilnehmer an den verschiedenen NATO-Manövern, die in den letzten Jahren in der Türkei stattgefunden haben. Außerdem ist sie automatisch durch das "Wartime-Host-Nations-Support"-Abkommen mit den USA Teilhaber an deren militärischen Operationen auch außerhalb des offiziellen NATO-Bereichs. Das mußte sogar von Staatsminister J. Möllemann in Beantwortung einer Frage der "Grünen" im Bundestag am 25.5.1986 eingeräumt werden. In diesem Zusammenhang nimmt im übrigen auch die "Startbahn West" des Frankfurter Flughafens eine zentrale Rolle ein. Sie ist eine



Leopard-1 Panzer

Drehscheibe der NATO-Logistik. Die Arbeitsteilung innerhalb der NATO hat der Türkei die Funktion eines Brückenkopfes verschafft, während Frankfurt als Drehscheibe zu seiner Bedienung dient.
Darüberhinaus ist die BRD führend an der Finanz- und Sachhilfe für die Türkei beteiligt, wobei "zivile" Aktivitäten oft kaum von militärischen zu trennen sind. Die Türkei erhält regulär von der BRD alle 18 Monate 130 Millionen DM Militärhilfe. Das 16. Abkommen dieser Art wurde am 28.9.1987 in Bonn unterzeichnet. Nach dem Putsch vom 12. September wurde eine "Rüstungssonderhilfe" von zusätzlich 600 Millionen DM ausgezahlt. Am 4.12.1985 meldete die türkische Tageszeitung "Tercüman", daß durch einen Sondertitel im Haushalt zur Finanzierung der von der Bonner Regierung zugesagten Panzer und Ausrüstungshilfe die Militärhilfe an die Türkei nochmals erheblich aufgestockt worden sei. Der "Tageszeitung" vom 21.10.1986 zufolge hat die BRD der Türkei eine zusätzliche Rüstungshilfe von 600 Millionen DM in Aussicht gestellt, wenn sie auf die mit dem EG-Beitritt verbundene "Freizügigkeit" verzichte. Der entsprechende Titel im Haushaltsplan für 1987 wurde laut "Wehrdienst" vom 8.12.1986 denn auch um 140 Millionen auf 174 Millionen DM aufgestockt. Weiter sollten —so die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 3.12.1984— weitere Millionen in militärrelevante zivile Bereiche wie das Eisenbahnnetz und das Kommunikationssystem fließen. An der Konsolidierung des Eisenbahnnetzes sind die aus dem Rüstungsgeschäft bekannten Firmen Krauss-Maffei, Siemens und BBC und an der Moderniesierung des Kommunikationssystems Siemens beteiligt. Das "Informationsbüro der Türkei" in Hannover listete in einer Dokumentation vom 1.6.1987 die Beteiligung der BRD-Industrie an der türkischen Rüstung auf, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Danach wurde in Arifiye durch die Fa. Krupp Industrie und Stahlbau das angeblich modernste Panzer-Instandsetzungswerk Europas gebaut, in dem bis zu 30 Kampfpanzer monatlich überholt werden können. Im November 1984 wurde im selben Ort eine mit deutscher Unterstützung gebaute Panzerkettenfabrik in Betreib genommen. In Kayseri wurde durch die Installation von Motorprüfständen das Überholungswerk für Propellerflugzeuge modernisiert. Im November 1985 wurde bei Kirikkale eine Panzerkanonenfabrik fertiggestellt, die Kanonen für den bundesdeutschen Leopard 1 herstellt. Der Zeitschrift "Türkische Wirtschaft" vom Januar 1986 zufolge plant Krauss-Maffei gemeinsam mit der türkischen Ercan-Holding die Fertigung von Panzerwagen. Der türkischen Waffenzeitschrift "Savunma ve Havacılık" zufolge hat Mercedes (Otomarsan) in Nigde ein neues Werk zur Fertigung von LKW-Motoren errichtet, "um den wachsenden Bedarf der türkischen Armee an Militärfahrzeugen zu decken" und das Mercedes Kapital damit von 16 Milliarden T. Lira auf 32 Milliarden erhöht. Im November 1986 fand —organisiert von der "Vereinigung türkischer Industrie und Warenbörse"— ein deutsch-türkisches Verteidungsseminar statt, an dem auf deutscher Seite der Vorsitzende der CDU-Arbeitsgruppe im Verteidigungsausschuß des Bundestags, Klaus Francke, der frühere Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General a.D. J. Steinhoff, sowie der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Würz, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags teilnahmen. Im Februar 1987 fand in Ankara und Istanbul ein deutsches "High-Technology Seminar" statt. In den Jahren seit dem Putsch wurde —so die Dokumentation— dank deutscher Hilfe bereits dei Technologie der türkischen Polizei mit Computern an Grenzstationen und Polizeiwachen, Videoüberwachung "verdächtiger" Personen, Videoaufnahme von z.B. gewerkschaftlichen Massendemonstrationen in vielen Punkten dem "westlichen Standard" angepasst. Im April schließlich organisierte die Messe AG (Hannover) in der Türkei erstmalig eine eigene deutsche Industriemesse, auf der wiederum Rüstungs- und Technologiefirmen den Hauptanteil bestritten. Sofort danach, nämlich vom 28.4. bis zum 1.5. begann die internationale Militärmesse IDEA '87 mit eine eigenen "German Street", an der 15 BRD-Firmen ihre Stände hatten. Als Redner im "Special Seminar" der IDEA traten neben der Creme des türkishen Offizierskorps u.a. auf: Generalmajor Wolfgang Altenburg, Udo Ude (HDW, Hamburg), Karl-Otto Sadler (Blohm & Voss), Dr. Karl Fischer (AEG), ein Vertreter von Krupp etc. Rechtzeitig vor Beginn der Messe hatte der BRD-Militärverlag Mönch die erste Ausgabe einer türkischen Waffenzeitschrift unter dem Namen "Savunma ve Havacılık" herausgeben, die hinfort dreimonatlich erscheinen soll.
Diese Art von Militärhilfe mag auf den ersten Blick problemlos in den Rahmen des offiziellen NATO--Auftrags der Türkei fallen. Es wurde aber bereits deutlich, daß der Türkei von der NATO Funktionen zugedacht sind, die den Geltungsbereich des NATO-Vertrages überschreiten. Es ist nicht zu übersehen, daß die BRD auch daran unmittelbar beteiligt ist, und zwar vorallem durch ihre materielle Unterstützung des Krieges, den die türkische Armee gegen die kurdische Nationalbewegung innerhalb und außerhalb der eigenen Staatsgrenzen führt. Diese Unterstützung geht auch aus der Analyse der mit starker Bundeswehr Beteiligung durchgeführten NATO-Manöver der letzten Jahre in der Türkei hervor.

Die Türkei ist neben Irak, Iran und Syrien einer der Staaten, die sich das Land der Kurden aufgeteilt haben. Mit mindestens der Hälfte der Angehörigen dieses über 20 Mio großen Volkes und dem größten Areal ist der türkische Teil einerseits der wichtigste Teil Kurdistans und andererseits von großer Bedeutung für die interne Entwicklung der Türkei. Aufbau und Struktur des türkischen jHeeres sind schon seit Gründung der Republik auf der Kurdenfrage abgestimmt, und bis auf das seinerzeit nach Korea sowie auf das später nach Zypern entsandte Korps ist diese Armee auch stets nur gegen die kurdi-

sche Befreiungsbewegung zum Einsatz gekommen. Zwei Drittel des rund 850.000 Mann starken Heeres, das mindestens 20% des türkischen Haushaltes verschlingt, befindet sich in Kurdistan. Es soll dort die kurdische Bewegung —aber auch die kurdische Nationalbewegung in den Nachbarstaaten in Schach— niederhalten. In diesem Sinn ist die türkische Armee seit 1983 —also schon vor der Aufnahme des bewaffneten Kampfes in Türkei-Kurdistan durch die "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) am 14. 08.1984— dreimal in Großoperationen in die befreiten Gebiete irakisch-Kurdistans eingedrungen und zwar mit vertraglich gesicherter Zustimmung der gleichzeitig an anderen Abschnitten der irakisch-iranischen Front bedrängten Regierung in Bagdad. Die offizielle Rechfertigung, man habe kurdische Guerilleros verfolgt, die an der Grenze türkische Soldaten angegriffen hätten, ist offensichtlich nicht stichhaltig. Zog 1983 angeblich die Erschießung von drei türkischen Soldaten eine Großoperation nach sich,so folgte auf die Erschießung von 14 Soldaten, darunter zwei Offizieren, 1984 gar nichts. Ohne einen Zusammenhang zwischen den türkischen Operationen in den Nachbarländern und dem seit 1984 deutlich ausgeweiteten Guerilla-Krieg der PKK unterzubewerten, kann doch festgestellt werden, daß wesentliche Maßnahmen wie z.B. die Verlegung des 2. Heereshauptquartiers von Konya in die kurdische Provinz Malatya schon 1983 stattfanden und/oder einen Primärzusammenhang mit dem iranisch-irakischen Krieg haben. Die Operationen im Nord-Irak sind so in der Tat nicht nur Entlastungsmanöver für den Irak, die entsprechend der relativen Schwäche der dortigen kurdischen Bewegung in mehreren kleineren türkischen Militäroperationen in iranisch Kurdistan einen gewissen Ausgleich finden. Sie sind auch eine Problem für den Fall, daß der Irak dem Iran unterliegt oder die vom Iran massiv unterstützte kurdische Bewegung im Irak das von ihr kontrollierte Gebiet auf die Städte —namentlich die Erdölzentren Mossul und Kirkuk— ausdehnen könnte. Im Falle des völligen Zusammenbruchs der staatlichen Macht im Irak — auf den allerdings zur Zeit wenig hinweist— könnte sich die Türkei unbestreitbar mit Zustimmung der NATO veranlaßt sehen, die ohnehin seit Ende des 1. Weltkrieges von ihr reklamierten Gebiete von



Kirkuk und Mossul zu annektieren, damit ihre eigene ökonomische Basis wesentlich stärken und die NATO-Grenze noch näher an den Golf heranschieben. Damit würde gleichzeitig das Aufmarschgebiet gegen die UdSSR eine größere Tiefe gewinnen. In der Tat war es gerade dieses strategische Ziel, das die britischen Kolonialherren bewogen hatte, damals dem türkischen Ansinnen zu widerstehen und Südkurdistan dem Irak anzugliedern. Daß aktuelle türkische Annexionspläne mit der Kriegs—strategie des Irans kollidieren, der deshalb auch schon öffentllich gegen die türkischen Operationen in irakisch Kurdistan protestiert hat, und im Falle ihrer Realisierung einen neuen offenen Konflikt zwischen dem iranischen und türkischen Herrschaftsanspruch auf die gleiche Region beinhalten, ist offenkundig. Die Unterstützung der NATO und in diesem Zusammenhang der BRD für den türkischen Kurdenkrieg hat also jenseits seiner moralischen Qualität als Hilfe zur blutigen Unterdrückung des Menschenrechts auf Selbsbestimmung auch eine Bedeutung für die Zukunft der Region südlich der bisherigen NATO—Grenze in der Türkei.

Von der BRD erhält die Türkei speziell für den Kurdenkrieg folgende materielle Unterstützung: Nicht nur die türkische Armee, sondern auch die rund 40.000 kurdischen Söldner, die unter der Bezeichnung "Dorfschützer" bekannt und Hauptangriffsziel der Guerilla sind, sind mit von "Heckler & Koch" hergestellten G3—Gewehren ausgerüstet. Weiterhin stellt die Türkei eine auf 1500 Mann speziell für den Einsatz gegen die Guerilla geplante Elitetruppe mit dem Namen "Schwarze Käfer" auf. Diese Rambo—Truppe wird vom Bundesgrenzschutz zumindest teilweise ausgebildet. In einem Gespräch, das "Tercüman" am 31.01.1987 veröffentlichte, stellte Hauptmann Weygold von der GSG—9 entgegen dem vorher erfolgten Dementi der Bundesregierung fest, daß 1986 zwei dieser Kommandoeinheiten der türkischen Jandarma von seiner Einheit ausgebildet

worden seien. Über die Ausbildungshilfe hinaus lieferte die BRD um die Jahreswende 86/87 auch noch 11 deutscche Polizeihunde, die in den unwegsamen kurdischen Bergen die Guerilleros aufspüren sollen. Diese pro Kopf ca. 10.000 DM teuren Hunde wurden von ihren deutschen Hundeführern begleitet. Die Zahl der Hunde soll erhöht werden. Angesichts dessen, daß die Türkei aktuell in einen Krieg mit der kurdischen Nationalbewegung innerhalb wie außerhalb ihrer Grenze verstrickt ist, natürlich auch die regelmäßige Lieferung ausgemusterter Militärlastwagen über den Hamburger Hafen in diesem Zusammenhang zu bewerten. Im Herbst 1984 besuchte Ministerpräsident Turgut Özal unter strenger Geheimhaltung die BRD—Luftwaffenfirma MBB in Hamburg. Dabei ging es wesentlich um den Ankauf von Hubschraubern für den Einsatz gegen die kurdische Befreiungsbewegung. Der Dokumentation des "Infomationsbüro Turkei" zufolge hat die Türkei unterdess auch den Einsatz von kleinen unbemannten Aufklärungsfluzeugen —sogenannten "Drohnen"— beschlossen, die sowohl von MBB als auch von "Dornier" hergestellt werden. Die gleiche Dokumentation weist auch auf den militärischen Charakter verschiedener Autobahnneubauten der letztenb Zeit hin. Es heißt dort: "Auch der Auftrag zum Bau einer Autobahn (!) zwichen Diyarbakir und Gaziantep wurde einer westdeutschen Straßenbaufirma erteilt, denn deutsche Autobahnen sind bekanntlich kriegsmäßig bestens erprobt. Der einzig militärische Nutzen dieses Projekts steht außer Frage, wenn man bedenkt, daß bislang sogar größere Dörfer und Städte, je einige Provinzhauptstädte in Kurdistan nicht über asphaltierte Straßen zu erreichen sind und große Teile der Bevölkerung von dringend notwendiger ärztlicher und sozialer Versorgung fast völlig abgeschnitten sind. Nicht einmal die Autobahn zwischen Istanbul und Ankara in der Westtürkei ist durchgehend fertiggestellt. Allerdings gibt es bereits in verschiedenen ecken Kurdistans, wie z.B. in der Provinz Hakkari "Autobahn"-Teilstrecken von jeweils einigen 100 m Länge: Hubschrauber Start- und Landebahnen der türkischen Armee. Auch die genannte Strecke Gaziantep-Diyarbakir liegt mitten im kurdischen Bürgerkriegsgebiet und ebenfalls auf der Strecke via Süd-Kurdistan (Irak). Interessant ist auch die Tatsache, daß sowohl dieses Teilstück, wie auch die neu fertiggestellte Strecke zwischen Ergani und Diyarbakir nach den gleichen Standarten wie die Frankfurter Startbahn West erbaut ist."

Daß über das Ziel der von NATO und BRD forcierten Aufrüstung der türkischen Armee —nämlich Kurdistan und darüberhinaus die Golfregion— kein Zweifel möglich ist, zweigt auch eine Anlyse verschiedener Manöver der letzten Jahre. So fand 1978 das Manöver "Kanatli" statt, bei dem die feindlichen "roten" Streitkräfte eindeutig an der Tracht als Kurden auszumachen waren. Am 12.09.1980 fand einen Tag nach Beginn des NATO-Manövers "Anvil Express" der faschistische Militärputsch statt, der an vorderster Stelle mit der "seperatischtischen", d.h. der kurdischen Gefahr begründet wurde. Im folgenden Jahr war die Türkei Ort für vier Großmanöver, darunter im Juli das Manöver "Freiheit oder Tot". Dieses Manöver fand in der Provinz Erzurum statt und damit -wie weitere Manöver dort und in der Provinz Agri- eher gegenüber der sowjetischen als der südöstlichen Grenze zum Irak. Erzurum und Agri sind aber beides kurdische Provinzen, und die Tageszeitung "Milliyet" nannte auch den Zweck des Manövers, nämlich "den Kurden klarzumachen daß sie Türken sind, daß es keine kurdische Sprache gibt..." Im Februar 1982 fand ein weiteres Manöver in der Provinz Erzurum statt, im September 1982 ein Manöver in einem größeren Sektor der Ost-Türkei, im Oktober ein Manöver bei Diyarbakir und Tunceli -also im Herzen türkisch Kurdistans, im Februar 1983 ein neues Manöver bei Agri und Erzurum. Im Mai 1983 fand das NATO-Manöver "Express '83" parallel zum türkischen Großangriff auf irakisch Kurdistan statt. Anfang 1987 gab es bei Agri das Manöver "Winter '87", dessen offizielles Ziel laut "Hürriyet" der "Feind aus dem Südosten" war. Im Juni '87 schließlich wurde das NATO-Manöver "Aurora-Express" durchgeführt. Der Zeitschrift "Bundeswehr aktuell" zufolge nahmen an ihm rund 5.000 Soldaten der "Allied Mobile Force" (AMF) aus sieben NATO-Ländern, darunter ca. 1000 Bundeswehrsoldaten teil. Das Jabo-Geschwader 43 wurde dabei nach Diyarbakir verlegt.

NATO—Manöverin Kurdistan stellen ohne Zweifel eine Unterstützung der türkischen Besatzungspolitik und darüberhinaus zum Beispiel im Falle des "Express '83"—Manövers eine Rückendeckung für türkische Angriffe auf den nicht in den NATO-Bereich fallenden Nordirak dar. In dem Maße wie solche türkischen Operationen, deren expansionistischen Nebenabsichten nicht übersehen werden können, einen Eingriff in den Golgkrieg darstellen, ist die NATO und hier speziell die BRD schon jetzt abgesehen von den militärischen Lieferungen und sonstigen Unterstützungen an die beiden Hauptkontrahenten militärisch involviert und wird durch ihre direkte Beteiligung an der Bekämpfung des für sein Selbstbestimmungsrecht eintretenden kurdischen Volkes unweigerlich immer weiter in die regionalen Auseinandersetzungen hineingezogen. Mit den Bemühungen, in der Türkei bei Kapinar in der Region Konya ein Areal von der anderthalbfachen Größe Belgiens zu erwerben, das als Übungsgelände für Tiefflüge dienen soll, ein Panzerübungsgelände und eine Tornado-Flugzeugwerft und laut "Milliyet" vom 04.12.1985 2000 Bundeswehrsoldaten beheimaten soll, signalisiert die BRD nicht nur ihre Verachtung der Lebensinteressen der von Zwangsaussiedlung und durch den Lärm von der Zerstörung ihrer ökonomischen Basis, der Viehzucht, bedrohten lokalen Bevölkerung. Sie signalisiert auch ihr Streben, sich soweit wie möglich der Golfregion als einem möglichen späteden Einssatzgebiet zu nähern.

DIE INTENSIVIERUNG DER TÜRKISCH-DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN
DIE HALTUNG GEGEN DEN NATIONALEN BEFREIUNGSKAMPF KURDISTANS

Der "Drang nach dem Osten (Mittleren Osten)" ist seit Jahrhunderten ein Grundstein der deutschen Politik. Es ist bekannt, daß ungefähr vor einem Jahrhundert die deutschen herrschenden Klassen mit der Parole "Elan nach dem Osten (Mittleren Osten)" sich auf das fruchtbare Land Mesopotamiens ausdehnen wollten. Die Eisenbahnlinie Berlin-Haydarpasa-Bagdad wurde mit diesem Ziel gebaut und als das grundlegende Mittel für die Öffnung nach Osten und die Einnahme von neuen Kolonien betrachtet. Es ist seitdem ein Jahrhundert vergangen. Was hat sich in dieser Phase verändert? In welchem Maße hat sich der Wille der deutschen Konzerne, Mesopotamien zu besitzen, gelegt?
Wir halten es für notwendig, —wenn auch kurz— auf diese Frage einzugehen. Für das Verständnis der heutigen Entwicklungen muß man auch eingehen. Wir werden unseren Artikel mit Beispielen aus dem vorigen Jahrhundert beginnen. Dies ist für das Verständnis des Problems auch notwendig.



Vielleicht befindet sich unsere Welt nicht vor einem dritten Weltkrieg. Doch unsere Region wird in einen regionalen Krieg getrieben. Der kleinste Funke kann diesen regionalen Krieg entfachen. Von dieser Situation will auch die Bundesrepublik profitieren, genauso wie in den Jahren des I. Weltkrieges.
Die türkisch-deutschen Beziehungen sind insbesondere im letzten Viertel des 19.Jahrhunderts, als die Welt kurz vor einem Weltkrieg stand, intensiviert worden. Zu dieser Zeit hat der deutsche Kaiser Wilhelm II. diese Beziehungen vorangetrieben. Durch reihenweise Besuche in den Ottomanischen Reich hat er die wirtschaftlichen, militärischen und politischen Beziehungen verstärkt. Damals wurden auch die Grundsteine für die Berlin-Bagdat Eisenbahnlinie gelegt. All diese Entwicklungen führten dazu, daß der deutsche Einfluß innerhalb des ottomanischen Reichs zunahm. Die Entsendung von Militärexperten wie von Moltke wurde fortgesetzt mit Liman von Sanders und von der Goltz. Als Folge dieser intensiven Beziehungen wurde eine Reihe von Ottomanischen Offizieren von dem Deutschen Kaiserreich abhängig gemacht. Das exemplarischste Beispiel hierfür stellt Enver Pascha dar. Zu seinen Ehren haben die Deutschen den Ottomanischen Gebieten den Namen "Enverland" verliehen.
Was waren die Hintergründe der derartigen Intensivierung der deutsch-türkischen Beziehungen damals? Das Deutsche Kaiserreich hatte sich an der Verteilung der Kolonien erst nach England, Frankreich und dem Zarentum beteiligt. Es besaß aus diesem Grunde die wenigsten Kolonien verglichen mit den anderen. Die expandierenden deutschen Firmen wollten neue Märkte und hatten insbesondere ein Auge auf Mesopotamien geworfen. In den damaligen deutschen Presseberichten wird die Notwendigkeit der Einnahme von Mesopotamien und der "Drang nach dem Osten" propagiert. Ein derartiger Ausbreitungswille des Deutschen Kaiserreichs entsprach auch den Interessen der türkischen herrschenden Klassen. Das Ottomanische Reich, das immer mehr Land verlor und sich seinem Zerfall gegenüber sah, versuchte, durch die Politik der Vereinigung aller Türken auf der Welt, den "Turanismus", seinen Zerfall zu verhindern. Das Deutsche Kaiserreich unterstützte das Ottomanische Reich bei dieser Politik und stellte keine Landansprüche an das Reich. Das Deutsche Kaiserreich bezweckte durch die Ausnutzung des Ottomanischen Imperiums, nach dem Mittleren Osten zu expandieren und Mesopotamien, das heutige Kurdistan, einzunehmen. Das waren auch die Kräfte, die in Zusammenarbeit den I. Weltkrieg begannen. Doch alle beide Kräfte haben in diesem Krieg eine große Niederlage erlitten und konnten ihre Ziele nicht erreichen.
Trotzdem dauerte die deutsch-türkische Zusammenarbeit bis heute an. Insbesondere in den letzten Jahren wurden sie erneut intensiviert. Diese verstärkte Zusammenarbeit erinnert uns sehr an die Situation Ende des 19. Jahrhunderts. In diesem Sinne muß man die deutsch-türkischen Beziehungen über die klassischen freundschaftlichen Beziehungen hinaus erklären. Ansonsten ist es nicht möglich, den Umfang dieses Problems zu begreifen.
Auch wenn in dem politischen Bild in der Welt bedeutende Veränderungen erlebt wurden, so hat sich das Ziel bei der deutsch-türkischen Annäherung insbesondere nach dem II. Weltkrieg und auch danach nicht verändert. An Stelle von Kaiser Wilhelm II. und Enver Pascha sind diesmal andere Namen getreten, doch der Inhalt der klassischen Politik der "Öffnung nach dem Osten" ist geblieben. Aus diesem Grunde ist es notwendig gewesen, daß wir weit ins 19. Jahrhundert ausgeholt haben. Es scheint, als hätte sich die Politik, durch die Ausnutzung der Ottomanen —heute ist es die Türkische Republik— in die Region zu expandieren nicht geändert. So wie das Deutsche Kaiserreich den Willen besaß, Kurdistan für sich zu kolonialisieren, so scheint auch, daß heute dieselben Ziele bestehen. Es ist uns bekannt, daß die deutschen Militärexperten wie von Moltke, Liman von Sanders, von der Goltz Pascha u.a. in der Ottomanischen Armee insbesondere bei der Niederschlagung der kurdischen Aufstände mitgewirkt haben. Die Briefe Moltkes können als historische Belege für diese Behauptung untersucht werden. Er legt in seinen Briefen sehr offen dar, was sie mit der Ottomanischen Armee in Kurdistan verwirklicht haben. Diese Tatsachen sind auch wichtige Tatsachen, die über die gegenwärtige Politik der Bundesrepublik Schlüsse erlauben.
Bisher haben wir hauptsäch-

lich über das Ausmaß der Zusammenarbeit in der Geschichte berichtet. Nun wollen wir insbesondere auf die gegenwärtige Situation eingehen. Die Bundesrepublik ist innerhalb der NATO mit der intensiven Bemühung um die Türkei beauftragt. In diesem Sinne ist sie sehr stark mit der Türkei beschäftigt. Helmut Kohl und der Bundespräsident Richard von Weizsäcker sind als erste Vertreter von westlichen Ländern nach dem Militärputsch 1980 in die Türkei gereist. Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat mit der Entgegennahme des "Atatürk-Friedenspreises" seine Unterstützung für dieses Regime offen zum Ausdruck gebracht.

Außerdem sind in den letzten Jahren die BRD-TR Beziehungen auf allen Bereichen intensiviert worden. Neben politischen, militärischen, und wirtschaftlichen Beziehungen sind auch auf kulturellem Bereich und in der Erziehung und sogar in der Tourismus-Branche die Beziehungen verstärkt worden. Die Bundesregierung ist das Land, das im Gegensatz zu den anderen westlichen kapitalistisch-imperialistischen Ländern die engsten Beziehungen zu der Türkei unterhält. Es heißt z.B. in der November-Ausgabe von "Unser Deutsch" folgendes:

"Die indirekten bundesdeutschen Investitionen in der Türkei haben von 1954 bis 1984 insgesamt 199,3 Millionen DM erreicht. Allein im Jahr 1985 hat sich der Investitionsbetrag um 19,9 Millionen DM auf 218,2 Millionen DM erhöht."

Diese Zahl hat sich 1986 auf 262,6 Millionen DM erhöht. Eine andere Branche, wo die bundesdeutschen Firmen verstärkt investieren, ist die Tourismus-Branche. "Der Drang nach dem Osten" wird auch auf diesem Sektor voll entwickelt. Die Beziehungen sind derart intensiviert worden, daß der ehemalige Vorsitzende des Industrie- und Handelstages, Otto Wolf von Amerongen, die Gründung einer deutsch-türkischen Handelskammer vorschlägt. Die In-



Protestaktion der Kurden gegen Rebmanns Vorwürfe

vestitionen in der Türkei werden von der Deutschen Entwicklungsgesellschaft gesteuert. Deren Aktivitäten haben insbesondere in den letzten Jahren sich verstärkt. Die Bundesrepublik ist auch Vorsitzender des innerhalb der OECD Anfang der 70er Jahre gegründeten Komitees, das sich mit der wirtschaftlichen Situation der Türkei befaßt. Außerdem sind bundesdeutsche Firmen an Aktien von annähernd 100 Firmen in der Türkei beteiligt.

Die Hilfeleistung der BRD an die Türkei nach dem Militärputsch 1980 haben jährlich 400 Millionen DM erreicht. Diese auf lange Zeit und mit niedrigen Zinsen vergebenen Kredite sind eine wichtige Stütze für die TR. Auch bei den militärischen Unterstützungen ist eine Erhöhung festzustellen. 1982 hat die BRD insgesamt 100 "Starfighter" und 12 Militärhubschrauber an die Türkei geliefert. Die seit 1964 von der BRD an die Türkei im Rahmen der NATO gewährte militärische Unterstützung beträgt 930 Millionen DM. Zuletzt wurden der Türkei 150 Leopard-I Panzer und 8 Rettungspanzer geliefert und 580 Millionen DM Hilfe geleistet. Neben diesen Hilfeleistungen wird gegenwärtig darüber diskutiert und Verhandlungen darüber geführt, ob der Türkei 762 moderne Kampfhubschrauber verkauft werden sollen.

Als Folge der Zusammenarbeit auf kulturellem Bereich sind zahlreiche deutsche Lehrer und andere Experten in die Türkei gereist. All diese Entwicklungen zeigen, welchen Stand die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern erreicht hat. Wieder versucht man, den deutschen Einfluß in der Türkei geltend zu machen. Auf diese Weise will man durch die Ausnutzung der Türkei die Expansion nach dem Osten umsetzen. Diesmal ist es nicht einmal vielleicht notwendig, für die Intensivierung der Zusammenarbeit eine Bahnlinie wie die Berlin-Bagdad-Bahnlinie zu bauen. Doch im Gegensatz zu damals wird heute ein eifriger Straßenbau betrieben. Die Autobahnlinie zwischen Diyarbakir und Antep als eine Verbindungslinie zwischen der Bundesregierung und Mesopotamien befindet sich noch in der Aufbauphase. Diese Straße, die von der Breite her der Flugzeugpiste des Frankfurter Flughafens entspricht, wird von deutschen Firmen gebaut. Der Eisenbahnlinie Berlin-Bagdad wird auch eine neue Straße, die auch für den Abflug und Start von Flugzeugen günstig ist, hinzugefügt. Außerdem wird der Bundesrepublik das Recht auf die Errichtung eines militärischen Stützpunktes bei Konya zuerkannt.

Nun, was will die Türkei als Gegenleistung dafür? Von den sehr intensiven Versammlungen, Gesprächen und Besuchen kann man den Schluß ziehen: Die türkischen herrschenden Klassen erwarten wie auch zu Zeit des Deutschen Kaisers Wilhelm II. die verstärkte Unterstützung der Bundesrepublik bei der Niederschlagung des Aufstandes in Kurdistan. Als eine Unterstützung fordert sie die Verhinderung der Aktivitäten von Kurden in der BRD. Während die Bundesregierung auf der einen Seite neue Moltke's für die Beratung der türkischen Armee beauftragt, bildet sie andererseits durch die GSG-9-Experten die Konterguerillaeinheiten der Türkei in der BRD aus und verstärkt die Verfolgungswelle gegen die kurdischen Patrioten in der BRD. Das sind die Hintergründe für die in der BRD gegen die kurdischen Patrioten verwirklichten Razzien, Verhaftungen und Angriffen. Die wahren Gründe für diese Razzien sind nicht die, die der Generalbundesanwalt Kurt Rebmann in seiner Erklärung darlegte. Das sind die als Folge der politischen Zusammenarbeit der BRD mit dem türkischen Staat in die Tat umgesetzten Maßnahmen. Die Bundesregierung versucht durch diese Angriffe in der BRD, die führenden Kräfte des nationalen Befreiungskampfes in Nord-West Kurdistan PKK und ERNK in der Öffentlichkeit als "terroristische" Organisationen zu verleumden und somit ihr Ansehen in der Weltöffentlichkeit herabzusetzen. Es ist bekannt, daß diese Angriffe schon seit längerem mit der Beteiligung auch anderer imperialistischer Regierungen entwikkelt werden.

Die insbesondere in letzter Zeit verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und der faschistischen türkischen Regierung, die Gespräche zwischen den Vertretern beider Länder, die Versammlungen zeigen offenkundig, welches Abkommen zwischen den beiden Ländern geschlossen ist. Wenn man sich allein die zuletzt geführten Gespräche vor Augen hält, kann man Bestätigung für diese Behauptung finden. So ist z.B. die Versammlung von den bundesdeutschen und türkischen Polizeiexperten in Hamburg am 12. Mai 1987 eine Bestätigung hierfür. Tagesordnungspunkt Nummer 1 ist bei dieser Versammlung der durch diese

Kräfte als "Separatismus" bezeichnete nationale Befreiungskampf Kurdistans. Dann kann man sich auch vorstellen, über was die Experten diskutiert haben. Innerhalb des Jahres 1988 sind zahlreiche türkische Minister in die BRD gereist.

Einer der Minister war der türkische Innenminister Mustafa Kalemli. Die Erklärungen Mustafa Kalemlis sind interessant und legen den Inhalt der Abkommen zwischen den beiden Staaten dar. Der Innenminister hat sich für die Verhaftung von kurdischen Patrioten in der BRD bedankt. Er hat betont, daß er von der Bundesregierung auch weiterhin diese Haltung erhofft. Er sagte danach: *"Dies ist die Bestätigung unserer These, daß der Terrorismus internationale Dimensionen angenommen hat".*

Die Innenminister der Länder haben bei der Konferenz in Berlin Anfang April den Beschluß gefaßt, daß diese Haltung fortgesetzt werden soll. Die Bundesregierung hat gezeigt, daß sie ihre Haltung gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistans in einer Grenzüberschreitenden Verfolgung fortsetzen wird. Schließlich wurde bei den Durchsuchungen in den Wohnungen von kurdischen Patrioten auch Gewalt angewandt und ihnen damit gedroht, den Befreiungskampf nicht zu unterstützen. Es ist Tatsache, daß bei diesen Durchsuchungen auch widerrechtlich gehandelt wurde. Die Patrioten wurden durch ständige Telefongespräche mitten in der Nacht gestört, und sie wurden bei ihren Aktivitäten behindert.

Die seit Sommer 1987 begonnenen Verfolgungen haben insbesondere in den letzten Monaten größere Dimensionen angenommen. Die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden, die mit allen Mitteln zu verhindern versuchen, daß in unseren Publikationen von dem türkischen Staat als einem faschistischen Regime gesprochen wird, versuchen ein der Weltöffentlichkeit als ein faschistisches Regime bekannten Staat aufgrund ihrer "bilateralen und freundschaftlichen" Beziehungen reinzuwaschen. Danach wurden zahlreiche Kurden verhaftet. Die Verfolgung hat schrittweise begonnen. Sie hat schließlich einen Punkt erreicht, an dem Menschen auf offener Straße verhaftet wurden. Die bundesdeutschen Polizeibehörden setzen ihre Haltung bei Hausdurchsuchungen immer noch fort. In einige Wohnungen wurde sogar mit primitivsten Vorwänden wie, "von dieser Wohnung aus wurde ins Ausland telefoniert", eingedrungen. Öffentliche Informationsveranstaltungen werden wie zuletzt in München mit lächerlichen Vorwänden, wie "hier würden gefährliche Sachen besprochen und geplant", verboten. Das Ziel dieser mit derart simplen Vorwänden geführten Verfolgungsmaßnahmen besteht darin, die Patrioten einzuschüchtern, sie ständig in einen Panik- und Angstzustand zu versetzen. Auf diese Weise glauben die Bundesbehörden, die Kurden von der Unterstützug des Befreiungskampfes abbringen zu können. Doch diese Politik wird heute von dem faschistischen türkischen Staat durch die Unterdrückungsmaßnahmen gegen das kurdische Volk umgesetzt. Sogar die türkischen Kolonialisten haben dieses Ziel nicht erreichen können. Sie konnten nicht verhindern, daß unser Volk seine Entschlossenheit entwickelte.



Der Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat in seiner Presseerklärung vom 6. April 1988 betont, daß die zuletzt erfolgten Verhaftungen nicht mit dem Ziel verwirklicht wurden, die Türkei zu unterstützen, sondern weil die Verhafteten die bundesdeutschen Gesetze verstoßen hätten. Es ist natürlich interessant, daß die Generalbundesanwaltschaft eine derartige Erklärung abgeben muß, um sich zu verteidigen. Die kurdischen Patrioten haben niemals bei ihren Aktivitäten den gesetzlichen Rahmen dieses Landes gesprengt, sondern haben den nationalen Befreiungskampf unter der Führung der PKK in diesem Rahmen unterstützt. Einige der verhafteten Kurden sind sogar erst vor sehr kurzer Zeit in die BRD eingereist. Es ist offenkundig, daß der Hintergrund dieser Verfolgungen in der BRD ganz anders ist als von der Generalbundesanwaltschaft behauptet wird; das Ziel ist es, den führenden Kräfte des nationalen Befreiungskampfes auf internationaler Ebene den "Terrorismus"-Stempel aufzudrücken. Es gibt zahlreiche Gerichtsprozesse in der Geschichte der Völker, bei denen die Unschuld derjenigen, die man verurteilen möchte, eher oder später bewiesen wurde. Hierzu wollen wir zwei Beispiele aufzeigen:

Der erste ist der Dreyfuss-Prozeß in Frankreich, bei dem erst nach einem langen Kampf die Unschuld von Dreyfus bewiesen wurde. Das zweite sind die Leipziger Prozesse oder der als Reichstagsbrand bekannter Prozeß, bei dem der führende bulgarische Kommunist, Dimitrov verurteilt werden sollte.

Wenn auch nur kurz, wollen wir doch auf die Leipziger Prozesse, die der Bundesregierung wohl bekannt sein müßten, eingehen. Im Reichstag in Berlin wird ein Brand gesetzt, dessen Schuld man Dimitrov und seinen Genossen zuschieben will. Doch bei dem gegen ihn eröffneten Prozeß wird durch die intensiven Bemühungen Dimitrovs und der fortschrittlichen Menschheit das faschistische Hitler-Regime verurteilt und die wahren Schuldigen ans Tageslicht gebracht.

Man versucht, ein ähnliches Vorgehen auch gegen die kurdischen Patrioten zu entwickeln. Man will diese Menschen für etwas bestrafen, was sie nicht begangen haben. Obwohl die meisten der Verhafteten Kurden schon seit über 3 Monaten im Gefängnis sind, werden sie nicht vor Gericht gebracht, sondern man versucht, diesen Prozeß hinauszuschieben. Auch bei dem am 15. August 1986 in Hamburg geschmiedeten Komplott, bei dem ein junger Kurde verhaftet wurde, hat man dieselbe Methode angewandt. Später war man gezwungen, ihn wegen mangelnder Beweise wieder freizulassen.

Der französische Staat versuchte, die Verantwortung des Krieges 1870 auf Dreyfus abzuwälzen, indem er ihn durch falsche Dokumente als Agenten verurteilen wollte. Hitler wiederum hat den "Reichstagsbrand"-Prozeß als Vorwand für seine Angriffe auf die Kommunisten und Juden genommen. Was bezweckt die Bundesregierung mit den "Kurdenprozessen"? Erhebt sie Ansprüche auf Kurdistan? Mit welcher Demokratie und mit welchen Grundprinzipien der Menschenrechte ist es zu vereinbaren, derart mit dem Schicksal eines Volkes zu spielen?

Die Bundesregierung versucht nicht etwa, nur einige

Personen zu verurteilen. In der Person dieser Menschen will sie den Unabhängigkeitskampf eines Volkes, also das Volk selbst und seine Existenz verurteilen. Doch es muß begriffen werden, daß kein Staat ein Volk, seinen Befreiungskampf und seine führenden Kräfte verurteilen kann. Kein Staat kann ein Urteil über ein Volk fällen. Kein Staat —und erst recht wenn dieser Staat seine Lebensdauer erfüllt hat— hat die Kraft, über ein Volk ein Urteil zu fällen. Das wahre Urteil über die Völker kann nur die Geschichte selbst fällen. Nur die Geschichte hat diese Kraft. Das muß begriffen werden.
Wir erneuern aus diesem Grund unseren Aufruf an die bundesdeutsche Bevölkerung: Die Bundesregierung will Euch trotz Eures Unwillens gegen den Unabhängigkeitskampf des kurdischen Volkes aufhetzen. Wenn Ihr nicht einen neuen Reichstagsprozeß erleben wollt, dann erhebt Eure Solidarität mit dem Befreiungskampf des kurdischen Volkes und stellt Euch gegen die Verfolgung der Kurden in der BRD.

CHRONOLOGIE DER VERFOLGUNG:

1- Am 15. August 1986 hatten türkische Kriegsflugzeuge Süd-Kurdistan angegriffen. Am 17. August wurde der Kurde Faruk Bozkurt in Hamburg unter der Anschuldigung, einen Anschlag auf den türkischen Konsul in Hamburg geplant zu haben, festgenommen. Erst nach drei Monaten Haft mußte er wieder freigelassen werden wegen mangelnder Beweise. Bis heute wurde der eigentliche "Täter" weder gefaßt, noch wurde eine Erklärung abgegeben, was dieses "Attentat" eigentlich auf sich hatte. Obwohl eine monatelang andauernde Hetzkampagne gegen den Befreiungskampf Kurdistans geführt wurde, wurde später keine dementierende Erklärungen abgegeben.

DIE SCHAFFUNG DER GRUNDLAGEN FÜR DIE VERFOLGUNG GEGEN KURDISCHE ORGANISATIONEN

Am 11. Oktober 1986 treffen in Karlsruhe der türkische Botschafter Oktay Iscen und der türkische Konsul in Karlsruhe Sevinc Dalyanoglu mit Generalbundesanwalt Kurt Rebmann und Verfassungsgerichtspräsident Zeidler (SPD) zusammen. Dabei unterrichtete der Prof. Kurt Rebmann den Botschafter über die extremistischen Aktivitäten gegen die Türkei in Deutschland. (Siehe dazu die türkische Zeitung Hürriyet vom 12. Oktober 1986).
Am 1.1.1987 wird im Bundestag ein Gesetzentwurf zur "Bekämpfung des Terrorismus" verabschiedet und in Kraft gesetzt. Damit ist für Rebmann die Rechtsgrundlage geschaffen, um gegen die kurdischen Vereine von Feyka-Kurdistan vorgehen zu können. Kurz danach begann dann die Verfolgungswelle.

2- Am 28. April 1987 hat das Landeskriminalamt Bayern an zahlreiche Kurden einen Brief in drei Sprachen (kurdisch, deutsch und türkisch) geschickt und sie zur Kollaboration mit der Polizei aufgefordert.

3- Auf der Innenministerkonferenz in Berlin April 1987 wurden Vorbereitungen für ein Vorgehen gegen die kurdischen Patrioten und ihre Vereine getroffen.

4- Am 12. Mai 1987 haben sich 38 Polizeiexperten aus der Türkei und der BRD in Hamburg versammelt. Ziel dieser Versammlung war die Schließung von "separatistischen" Vereinen in der BRD.
5- Am 27. Juli 1987 begannen auch schon die Razzien. Dabei wurde an diesem Tag 4 Wohnungen und die Räume des Agri-Verlags in Köln durchsucht. In einer Wohnung wurden 700 000 DM Spendengelder des Kurdistan-Komitees in Paris und verschiedene Schriftstücke beschlagnahmt.

6- Am 4.August 1987 wurden 39 Feyka-Kurdistan Mitgliedsvereine und Wohnungen von Vereinsmitgliedern durchsucht.
Bei diesen Durchsuchungen wurden über 100 Menschen mitten in der Nacht durch schwerbewaffnete SEK-Einheiten aus ihren Betten geholt, auf dem Boden geschleift und schikaniert. Zahlreiche von ihnen wurden festgenommen und mußten innerhalb von 48 Stunden wieder freigelassen werden.

7- Im Juli/August 1987 wurde vom Bundesgerichtshof ein Verfahren nach § 129a gegen Unbekannt im Umfeld von PKK, ERNK und ARGK eröffnet.

8- Aufgrund der intensiven Proteste der Kurden und des Drucks von anderen Organisationen mußte das beschlagnahmte Geld an seinen Eigentümer zurückgegeben werden.

9- Am 5.Februar 1988 stellt sich ein Kurde Namens Nusret Aslan in Braunschweig unter den "Schutz" der Polizei und behauptet: "Ich sollte nach Köln entführt und dort im Volksgericht der PKK zum Tode verurteilt werden. Doch ich konnte es schaffen, zu fliehen."
Am selben abend noch wird der Neffe von Nusret Aslan, Bozan Öztürk in Hannover und ein Kurde Namens Ali Sacik in Celle verhaftet.

10- Am 8.Februar 1988 gab der Pressesprecher der Generalbundesanwaltschaft, Prechtel, eine Presseerklärung ab. Darin behauptet Prechtel, ein Kurde hätte sich unter das "Obhut" der Polizei gestellt und behauptet, er solle nach Köln entführt und dort vor "ein PKK-Volksgericht" gestellt werden.
Daraufhin hat die Europavertretung der ERNK eine Presseerklärung in Bonn abgegeben und die Anschuldigungen Prechtels zurückgewiesen und auf eine bevorstehende großangelegte Operation der Bundesbehörden aufmerksam gemacht.

11- Am 13. Februar 1988 wurde der Kurde Hasan Hayri Güler mitten auf der Straße in Köln verhaftet.

12- Am 15. Februar 1988 wurden in Köln, Gießen und Duisburg der Besitzer des Agri-Verlags, Ibrahim Kadah, Hüseyin Celebi, Selman Arslan, Yasemin Gedik, Hasan Engizek, Ahmet Karadeniz, Ahmet Yüksel und der frühere Vorsitzende Feyka-Kurdistans, Ibrahim Korkmaz, verhaftet. Schließlich wurde Mustafa Erbil nur einige Tage danach verhaftet.

13- Am 15. Februar wurde eine Erklärung abgegeben, wonach "ein junger Kurde aus dem Gefängnis der PKK, wo er zum Tode verurteilt wurde, ausbrechen und fliehen konnte".

14- Am 17. März wurde der Kurde M. Sait Yildirim in Köln auf offener Straße festgenommen.

15- Am 24. März 1988 wurde der kurdische Politiker Ali Haydar Kaytan auf offener Straße in Köln verhaftet.

16- Am 7. April wurde der kurdische Politiker Selahattin Erdem an der Grenze zur Schweiz durch bundesdeutsche Behörden verhaftet.

17- Im Mai 1988 wurde der Kurde Erol Kedik auf die Ausländerbehörde in Bonn gerufen, wo er dann durch die Sicherheitskräfte verhaftet wurde.

ERNEUTE PUTSCHDROHUNGEN



12. September 1980; Panzer in der kurdischen Stadt Diyarbakir

Die Praktiken der Militärherrschaft und ihre Grausamkeit gegen die Völker der Türkei und Kurdistans waren schon oft Thema der vorausgegangenen Ausgaben des Kurdistan-Reports. Unsere Leserschaft konnte auch aus anderen zahlreichen Publikationen Informationen über die Menschenrechtsverletzungen, Folterungen und Massaker dieser Militärherrschaft in Kurdistan und in der Türkei einholen.

Hier wollen wir auf eine aktuelle Situation in der Türkei eingehen. Die türkischen herrschenden Klassen haben eine Tradition, die darin besteht, daß sie alle 10 Jahre einen Militärputsch durchführen. Das Ziel dieser Militärputsche ist es, die Opposition der Volksmassen und die demokratisch-revolutionären Kräfte niederzuschlagen und sie zu liquidieren. So wurden 1960, 1971 und 1980 Militärputsche verwirklicht.

Seit dem Militärputsch am 12. September 1980 sind nunmehr fast 8 Jahre vergangen. Schließlich sagte der Staatspräsident, der den Militärputsch 1980 führte, auf einer Rede in Trabzon anläßlich einer Rundreise am 2. Mai 1988 folgendes: *"Wenn in der Türkei wieder Zustände wir vor dem Putsch am 12. September 1980 eintreten, wird die Türkei wieder von den Streitkräfte gerettet werden."*

Wenn heute in der Türkei in sehr ernster Form über einen eventuellen Putsch diskutiert wird, so sind sehr ernste Hintergründe hierfür vorhanden. Im allgemeinen verspüren diejenigen Regimes die Notwendigkeit eines Militärputsches, die sich in einer tiefen wirtschaftlichen und schließlich militärischer Krise befinden, als Folge dessen einer sehr starken Opposition der Volksmassen gegenüber stehen und sich in einer ausweglosen Lage befinden. Das ist insbesondere in neo-kolonialen Ländern der Fall. Der Militärputsch ist aus der Sicht der TR aus diesem Grunde keine Alternative, sondern eine Notwendigkeit. Drei Jahre nach dem Militärputsch wurden "Wahlen" abgehalten und man begann, von der "Rückkehr der Türkei zur Demokratie" zu sprechen. Doch sogar noch bei den Wahlen wurden einige Parteien, die sich nicht durch die Initiative der Generäle gegründet hatten, ausgeschlossen. Trotz den vergangenen 5 Jahren seitdem dauern die Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen genauso an wie nach dem Militärputsch. Das kurdische Volk wird einer noch stärkeren Unterdrückung und den Vernichtungsbemühungen ausgesetzt. Durch die Friedman'sche Wirtschaftspolitik Özal's wurde das Volk in der Türkei und in Kurdistan einem wirtschaftlichen Ruin ausgesetzt. Die Inflation, Arbeitslosigkeit, das Absinken des Reallohnes der Arbeiter auf das Minimum u.ä führte zu einer zumeist spontanen Opposition in der Türkei. In der Türkei ist ein enormes revolutionäres Potential vorhanden, das nur auf eine richtige revolutionäre Führung wartet. Die Studentenbewegung erstarkte wieder, die Arbeiter streikten und gingen auf die Straße. Während nach außen hin versucht wird, den Anschein zu erwecken, die TR befände sich in einem "Redemokratisierungsprozeß", wird auf der anderen Seite in Kurdistan die Armee einer Kriegssituation entsprechend neugeordnet. Werden täglich militärische Operationen in den Dörfern verwirklicht, ganze Dörfer werden deportiert.

Trotz dieser tiefgreifenden Krise der TR, hat sie den Antrag auf Aufnahme in die EG gestellt, die westlichen europäischen Länder und allen voran die BRD haben versucht, die TR diplomatisch und politisch zu unterstützen. Durch Besuche und intensivere Beziehungen wurde das faschistische Regime aufgewertet. Von 1980 bis 1984 herrschte die Meinung, der Militärputsch von 1980 wäre sehr erfolgreich gewesen. Der Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes in Kurdistan stellte einen Wendepunkt dar. Die Entwicklung des Befreiungskampfes und die Erfolglosigkeit des Regimes gegenüber diesem Kampf legte die ausweglose Lage und die Unhaltbarkeit des Faschismus vom 12. September 1980 sehr offen dar. Diesmal sprach man von der "Erfolglosigkeit" des Militärputsches vom 12. September 1980. Da halfen auch die "Referendums" Wahlen nicht, die politische Unstabilität des Regimes zu überwinden. Die Widersprüche zwischen den politischen bürgerlichen Parteien nahmen mit der Vertiefung der Krise zu. Die Probleme, denen das Regime heute gegenüber steht, sind tiefgreifender und schwerer als die vor dem Militärputsch 1980. Da ist in erster Linie die nationale Befreiungsbewegung, die im Gegensatz zu 1980 heute



Ex-General und heutiger Staatschef Kenan Evren



Ministerpräsident Turgut Özal

bereit ist, den Kampf gegen die türkische Armee aufzunehmen und ihn seit nunmehr 4 Jahren erfolgreich führt. Das ist auch der Hauptgrund für die Notwendigkeit eines neuen Putsches. Auf der anderen Seite ist eine artikulierende Opposition der Volksmassen in der Türkei vorhanden, die sehr stark von dem Befreiungskampf in Kurdistan beeinflußt und beschleunigt wird.

In diesem Sinne ist die Feststellung, daß der 12.September-Faschismus sein Ziel, die nationale Befreiungsbewegung Kurdistans und die Opposition in der Türkei zu ersticken, nicht erreicht.

Wenn man sich diese Situation vor Augen führt, wird man sehr leicht feststellen, daß die Putschdrohungen Evrens eigentlich gar nicht so verfehlt sind und Evren gar nicht "mißverstanden" wurde, wie er auf die zunehmende Diskussion und die Reaktionen hin behauptete.

TOURISMUS IN KURDISTAN UND IN DER TÜRKEI UND SEINE GEFAHREN


Touristische Reisestätte in der Türkei

In zahlreichen Flugblättern, Plakaten u.a. Publikationen hatten wir die europäische Öffentlichkeit darüber informiert, daß der Tourismus in diesem Gebiet sehr große Gefahren mit sich bringt.
Das liegt eben darin, daß die Tourismus-Branche eine der Haupteinnahmequellen für die türkische Wirtschaft ist, auf deren Grundlage der türkische Staat sich am Leben erhält. Es ist selbstverständlich, daß es nicht zugelassen werden kann, wenn der türkische Staat sich durch die Devisen in der Tourismusbranche den Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk finanziert. Das Ziel des Befreiungskampfes besteht darin, dem türkischen Staat auf allen Ebenen, sowohl auf militärischer, politischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene Schläge zu erteilen. Da die Tourismusbranche eine wichtige wirtschaftliche Stütze für den türkischen Staat ist, ist auch diese Branche zum Ziel der Aktionen der Befreiungskräfte erklärt. Schließlich sind französische Touristen auf dem Berg Ararat durch die Guerillas angegriffen und wieder zurückgeschickt worden.
So als würde es nicht reichen, daß der türkische Staat Kurdistan in jeder Hinsicht ausbeutet, benutzt er auch unsere kulturellen Werte und Sehenswürdigkeiten als Mittel, um durch die europäischen Touristen ihre Ausbeutung soweit zu treiben, daß sie durch deren Devisen Waffen kauft, die gegen das kurdische Volk benutzt wird. Es wird daher verständlich, daß die Befreiungskräfte es nicht zulassen werden, daß das kurdische Volk auch auf dieser Ebene ausgebeutet werden.
Das Ziel der Informationen, die wir an die europäische Öffentlichkeit weiterzugeben versuchen, besteht nicht etwa darin, die europäischen Bürger zu bedrohen, wie ständig durch staatliche Behörden behauptet wird.
Diese Behauptung wird durch die Behörden bewußt aufgestellt, um die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, die ERNK wolle die Öffentlichkeit bedrohen. Das Ziel der Aktionen gegen die Tourismus-Branche besteht nicht darin, zivile zu töten, sondern lediglich die Einrichtungen zu sabotieren. Die ERNK würde keine Informationen und Flugblätter herausgeben, wenn sie die Zivilisten, d.h. die Touristen sich zum Ziel gesetzt hätte. Sie informiert die Öffentlichkeit aus dem Grunde, damit keinem Menschen bei diesen Anschlägen etwas zu leiden kommt.
Wir wollen nur darauf hinweisen, daß auch das amerikanische Außenministerium ihren Bürgern geraten hat, nicht in dieses Gebiet zu reisen, da dort große Gefahren für sie bestehe. Obwohl das amerikanische Außenministerium eine derartige Erklärung abgegeben hat, hat das bundesdeutsche Außenministerium eine Erklärung abgegeben, in der sie die bundesdeutsche Öffentlichkeit dazu anregt, in die Türkei zu reisen. Dabei wurde auch erklärt, daß keine Gefahren bestehen. Wenn man sich die Tatsache vor Augen hält, daß insbesondere die bundesdeutschen Firmen von diesen Touristenreisen in die Türkei profitieren und die bundesdeutschen Firmen insbesondere in den letzten Jahren ihre Investitionen in diesem Bereich sehr stark erhöht haben, dann wird es verständlich, warum das Auswärtige Amt behauptet, daß "keine Gefahren" bestünden.
Der Grund dafür, warum insbesondere in den letzten Jahren Tourismus-Reisen in die Türkei auch in der BRD Thema von Broschüren und Werbungen wird, ist auf diese Tatsache zurückzuführen.
Die bundesdeutsche Öffentlichkeit sollte sich darüber bewußt werden, daß durch ihre Devisen der Krieg gegen das kurdische Volk finanziert wird und sich Klarheit über die Verantwortung für diese Tatsache schaffen. Aus diesem Grunde sagen wir erneut, daß wir die europäische und insbesondere die bundesdeutsche Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, nicht in die Türkei und nach Kurdistan zu reisen, weil wir nicht wollen, daß auch nur ein Mensch bei den Anschlägen auf diese Branche getötet oder verletzt wird.


Touristische Reisestätte in Kurdistan

Die westeuropäische Berichterstattung über den Mittleren Osten in Presse, Rundfunk und Fernsehen ist geprägt von Schlagwörtern wie, "libanesisches Chaos", "islamische Fanatiker", "palästinensische Terroristen", "Ölscheichs" oder "sinnloser Golfkrieg" (haben die Deutschen eigentlich schon einen **sinnvollen** Krieg geführt?). Es wird das Bild eines unverständlichen und unverstehbaren Durcheinanders erzeugt, in dem jeder gegen jeden kämpft. Klar erscheint nur zweierlei: Alle wollen "unseren" Verbündeten Israel vernichten und alle wollen uns "unser" Öl vorenthalten. Beim Blick durch diese Brille bleibt der wirkliche Gang der Geschichte unsichtbar.
Ein schlagendes Beispiel für diese Sichtweise ist der sogenannte "Golfkrieg". Ob auf arabisch, persich oder türkisch — immer heißt dieses mörderische Ringen **iranisch-irakischer Kampf**. Im Westen dagegen spricht man immer nur vom "Golfkrieg", also dem Krieg **im** Golf! Und das Kriegsgeschehen an der gesamten 1200 km langen Front verschwindet im Nebel. Mit der Eröffnung des sogenannten "Tankerkrieges" 1984 durch den Irak, in den schließlich auch die USA eingestiegen sind, ist es inzwischen gelungen, diesen Nebenschauplatz in der öffentlichen Meinung zum Hauptort der Auseinandersetzung zu erheben. Erst das irakische Massaker an den Kurden von Halabja hat den Nebel des Unwissens vorübergehend belichtet. Es war einfach nicht mehr zu übersehen, daß dort an zwei, drei Tagen zehnmal mehr Menschen umgebracht worden sind als im gesamten Verlauf des sogenannten "Tankerkrieges".

HALABJA

Andreas Lissner
Hannover

Am 15. März 1988 um 3.00 Uhr morgens starteten iranische Pasdaran und kurdische Peschmergas die Großoffensive "Wa al-Fajr 10" (Morgendämmerung 10), begleitet von den Operationen ZAFAR 7 (Triumph) Beit al-Moqaddas 3 (Heiliger Schrein von Jerusalem). Alle drei Operationen waren eng miteinander verbunden und langfristig vorbereitet. Unter der Deckung der Peschmerga hatten Baueinheiten der Pasdaran in monatelanger Arbeit Straßen und Tunnel durch das Hochgebirge getrieben. So wurden Panzer und andere schwere Waffen über Höhen von bis zu 1700 m in die Hochebene von Halabia transportiert. Der Großangriff auf Halabia begann zunächst von Südosten, woraufhin der Irak 3 - 4 Infanterie-Divisionen von Sulaimaniya nach Halabia verlegte und der Generalgouverneur von Sulaimaniya einen "Rat zur Verteidigung von Halabia" ins Leben rief. Durch die zeitgleich stattfindende Operation Beit al-Moqaddas nordöstlich von Sulamaniya wurden zahlreiche Truppen gebunden, was verhinderte, daß weitere Verstärkungen in Richtung Halabia gebracht werden konnten. Der Hauptangriff erfolgte schließlich von Osten über Khurmal. Er richtete sich gegen eine strategisch wichtige Brücke an der Nordostseite des Darbandikhan-Stausees, über die die Hauptstraße nach Halabia führt. Mit der Durchtrennung dieser Straßenverbindung waren die irakischen Truppen zwischen Stausee und Gebirge eingeschlossen. Nach schweren Gefechten wurde Halabia schließlich kampflos eingenommen. Der "Rat zur Verteidigung von Halabia" hatte sich offensichtlich nicht bewährt, nach


Vater, der sein Kind schützen wollte

allen vorliegenden Informationen hat vielmehr die Bevölkerung die verbliebenen Iraker entwaffnet bzw. zur Aufgabe gezwungen.
Als Ergebnis läßt sich in etwa festhalten: von den ca. 15.000 irakischen Soldaten wurden mehr als 4.000 gefangengenommen, angeblich wurden 10.000 getötet (was übertrieben erscheint), der Rest entkam, die meisten durch einen Sprung in den Stausee. Eine Bevölkerung von etwa 100.000 Menschen und die fünf Städte Halabia, Khurmal, Dujaylah, Tuwaylah und Biyarah wurden der irakischen Herrschaft entzogen.
Von strategischer Bedeutung ist, daß die Angriffsposition soweit vorgeschoben wurde, daß die einzige direkte Verbindungsstraße von Sulaimaniya nach Bagdad auf der Höhe der Arbat-Gabelung in die Reichweite mittelschwerer Artillerie geriet. Gelänge es, an der Straße nach Kirkuk nordwestlich von Sulaimaniya eine ähnliche Position zu erringen, wäre die Stadt praktisch nur noch auf dem Luftweg sicher zu erreichen.

GAS Während und unmittelbar nach ihrer Vertreibung aus Halabia haben die Iraker nicht nur Halabia, sondern auch zahlreiche andere Orte der Region mit Giftgas bombardiert. Die grauenhaften Bilder aus Halabia sind um die Welt gegangen und es soll hier nicht versucht werden, diese Eindrücke in Worte zu fassen.
Allerdings muß hier eine grundsätzliche Bemerkung gemacht werden, die die allgemeine Bewertung dieser Gasangriffe betrifft. Immer wieder wird behauptet, diese Massaker hätten "keinen militärischen Sinn", seien vielmehr irrationale Racheakte. So verständlich die Empörung darüber ist, daß sich das irakische Regime nach einer militärischen Niederlage an Zivilisten austobt, so sehr verhüllt diese Darstellungsweise das wahre Ausmaß der irakischen Kriegführung gegen das kurdische Volk: die Kurden haben bewiesen, daß sich ihre Loyalität nicht erzwingen läßt, daher sind sie vom Irak als Totalverlust abgeschrieben und sollen jetzt vernichtet werden.
Gerade die Kombination der eingesetzten Kampfstoffe (s. Kasten) schnell tödlich wirkendes TABUN mit langzeitig wirksamem LOST - zeigt, daß nicht nur ein Maximum an Menschen getötet sondern darüberhinaus für längere Zeit ein "normales" Leben in der Region unmöglich gemacht werden sollte.
Dabei unterscheidet das irakische Regime nicht zwischen Militärs und Zivilisten - erst wenn es keine Kurden mehr gibt, wird es auch keine Peschmerga mehr geben. Im Schatten des iranisch-irakischen Krieges werden diese Massaker als militärische Notwendigkeiten im Kampf gegen einen äußeren Feind deklariert. Die Gasangriffe von Halabia waren keine "sinnlosen" Racheakte, sondern Bestandteil eines kühl kalkulierten Konzepts zur Ausrottung der Kurden.

Die Lieferanten

Die "geheime" Giftgasfabrik des Irak in Samarra' ist im Grunde genommen gar nicht mehr so geheim, seit der US-Geheimdienst 1984 der NEW YORK TIMES entsprechende Informationen zukommen ließ. Auch daß u.a. die westdeutsche Firma Karl Kolb/PILOT PLANT die wichtigsten Maschinen für diese Anlagen geliefert hat, muß als bewiesen angesehen werden. Als diese Geschäftsverbindung ans Licht der Öffentlichkeit kam, wurde allerdings umdisponiert und 1984 in Hamburg die Fa. "WET" Water Engineering Trading GmbH gegründet, die zwar selbst garnichts produziert, aber dafür einige Jahre den Handel mit "Spezialausrüstungen" koordiniert hat. Nachdem auch diese Verbindung aufgeflogen ist, werden nun als vorerst letzte Variante "Schädlingsbekämpfungsmittel" und andere Rohstoffe für die Giftgasherstellung nicht direkt an den Irak geliefert, sondern in den türkischen Hafen Mersin verschifft. Dort werden sie umgeladen, die Behälter mit türkischen Aufschriften versehen und auf dem Landweg in den Irak transportiert.
Als Ergänzung wird aus Großbritannien all das geliefert, was den Gaseinsatz praktisch erst möglich macht: Gasmasken, ABC-Schutzgepäck (von der Fa. PRIMARY MEDICAL AID); elektronische Gasspürgeräte (s. Werbeanzeige).

Die Rolle der Bundesregierung

Anfang des Jahres hat es einigen Wirbel gegeben, nachdem Außenminister Genscher festgestellt hatte, daß Irak den Krieg begonnen habe. In der Öffentlichkeit entstand der Eindruck, als hätte Genscher eine Antwort auf die sog. "Kriegsschuldfrage" gegeben. Iran reagierte mit Genugtuung, der Irak stornierte



einige Aufträge an westdeutsche Firmen.
Ein ähnlicher Eindruck entstand, als kürzlich auf Initiative der BRD der UN-Sicherheitsrat in einer Resolution den Einsatz von Giftgas im iranisch-irakischen Krieg verurteilte. Zwar wurde Irak nicht namentlich beschuldigt, doch da alle Welt weiß, wer Gas einsetzt, scheint die Antwort klar.
All das erscheint als eindeutige Kritik am Irak. In Wirklichkeit geht es Genscher jedoch darum, den Irak zur Annahme der UN-Resolution 598 zu bewegen. Darin wird die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen und der Rückzug auf die Vorkriegsgrenzen gefordert.
Die imperialistischen Staaten haben lange Zeit unter dem Slogan "Kein Sieger - kein Besiegter" versucht, durch genau dosierte Waffenlieferungen das Gleichgewicht zwischen Iran und Irak zu erhalten. Doch auch die Überlegenheit der irakischen Luft- und Panzerwaffe konnte das strategische Übergewicht Irans nicht brechen. Der Irak konnte die angeblich so aussichtslosen iranischen Großangriffe mehrmals nur noch durch massive Gaseinsätze stoppen.
Aber gerade dieser Gaskrieg bringt die BRD in eine schwierige Situation: Einerseits muß sie die Nachschublieferungen durch westdeutsche Firmen unterbinden. Nicht in erster Linie, weil damit deutsches und internationales Recht gebrochen wird, eher schon aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung - vor allem aber, weil den USA bzw. der NATO der Besitz von Giftgas (oder wie sie es nennen: "die Atombombe des kleinen Mannes") in den Händen des Irak unerträglich ist. Andererseits darf man dem Irak aber auch nicht die gefährlichste Waffe entziehen, will man einen iranischen Durchbruch verhindern. Ohne eine massive ausländische Intervention wird der Irak früher oder später zusammenbrechen. Soll diese Intervention vermieden werden, dann muß der Iran - wie es in diesen Kreisen heißt "gemäßigt" werden. Nach den Vorstellungen der Berater des Auswärtigen Amtes hat sich der Iran durch den Krieg innenpolitisch stabilisiert und die linke Opposition zerschlagen oder isoliert. Diese Stabilität stünde auf dem Spiel, wenn der Iran einem Waffenstillstand zustimmen müßte, ohne nicht wenigstens einen Teilsieg vorweisen zu können.
Das Konzept Genschers und seiner Berater zielt deshalb darauf, dem Iran einige ideologische Zugeständnisse zu machen, die nichts kosten, und die arabischen Staaten zur Bezahlung der Kriegsschäde zu bewegen, damit das Volk ruhig gehalten werden kann. Ergänzend zu diesem "Angebot" werden - als letzter Schritt - Wirtschaftssanktionen erwogen, um den Iran zur Annahme der UN-Resolution zu zwingen.

Die "linken" Heuchler oder: die Ratten verlassen das sinkende Schiff.

Neuerdings haben gewisse "Linke" ihr Herz für die Kurden entdeckt. So widmete z.B. die taz am 25.3.88 dem Gasangriff auf Halabja eine ganze Seite, nachdem sie jahrelang Kurdistan meist nur erwähnt hat, wenn es darum ging, gegen den angeblichen Terror der PKK zu trommeln.
Daß der Irak C-Waffen einsetzt, ist allerdings seit 1965 bekannt und die Gasagriffe auf iranische Truppen werden seit 1984 in der Weltöffentlichkeit diskutiert. Die taz "enthüllt" also bloß, was alle vorher schon wußten und nicht einmal das!
Ein Teil ihrer politischen Parteigänger witterte dagegen schon vorher dicke Luft. So leistete eine Marianne Stern vom "Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg" vordergründige Selbstkritik: "Antiimperialistische Parolen und radikaler Panarabismus.... aber auch die Denunzierung des Irak als Satelliten Moskaus durch den Westen trübten lange Jahre unsere Vorstellungen von den irakischen Regimes, die allesamt grausame Diktaturen waren." (Der Krieg am Golf, Heft 2, Dez.87, S.8).
Eine merkwürdige "Selbstkritik": die Parolen und Denunziationen der Anderen waren schuld! Tatsachen sind da unerheblich. Die Frage, warum man selbst diese Tatsachen nicht sehen wollte, wird unter den Tisch gekehrt. Dabei ist ein Teil der Antwort einfach: als mit der Errichtung der islamischen Republik alle Illusionen über den Charakter der iranischen Revolution wie Seifenblasen zerplatzt waren, hat sich Saddam Hussein als Vollstrecker oder doch wenigstens Rächer dieser Illusionen angeboten. Heute - wo Saddam Husseins Stern gesunken ist, geht es darum, die Gründe für die eigene Absetzbewegung zu tarnen bzw. so zu tun, als habe man etwas nicht gewußt.
Das Massaker an den Kurden von Halabja war für diese Leute nützlich, der Gedanke dagegen, sie würden den Befreiungskampf des kurdischen Volkes in irgendeiner Weise begrüßen oder gar unterstützen, wäre absurd. Das "Komitee gegen den iran.-irak. Krieg" hat dies in seiner Plattform unmißverständlich klargestellt: "Das Komitee will alle internationalen Bestrebungen für einen sofortigen Waffenstillstand und für ein Friedensabkommen unterstützen, das von den Grenzen vor Kriegsausbruch ausgeht (und) auf der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten basiert" (ebenda, S.33).
Also: Wiederherstellung des Status quo ante, der Zustände wie gehabt: der irakische Terror gegen das kurdische Volk soll den Augen der Weltöffentlichkeit entzogen werden. Die Grenzziehungen und Staatswesen, die vom britischen und französi-

schen Kolonialismus einst herbeigeführt wurden, sollen nicht infrage gestellt werden. Frieden - das bedeutet für diese Leute nicht Kampf um Befreiung, sondern die Erhaltung der Stabilität der imperialistischen Weltordnung. Daß daran nicht gerüttelt werden darf, hat der oben genannte TAZ-Artikel zugegeben, in dem es hieß: daß sich die irakischen Gasbomben auf Halabia "gegen die eigenen Kurden richteten". Besser hätte es Genscher auch nicht formulieren können: wer macht denn schon sein Eigentum kaputt!



Der Wirtschaftskrieg und die strategische Bedeutung Süd-Kurdistans im iranisch-irakischen Kampf.

Um die strategische Bedeutung Südkurdistans im Iran-Irak-Krieg verstehen zu können, ist es unerläßlich, einige grundlegende wirtschaftliche Gegebenheiten zu betrachten. Denn für jeden konventionellen Krieg ist natürlich eine funktionierende Wirtschaft eine absolute Voraussetzung. Die folgende Tabelle gibt die wichtigsten Daten. Auffällig ist an diesen Daten, daß der Anteil der Öl-Einnahmen am irakischen Nationalprodukt bis 1980 auf fast zweidrittel der Gesamtsumme steigt, im Iran dagegen nie die 30%-Marke erreicht hat und seit der Revolution unter 20% gesunken ist. Beide Entwicklungen hängen unmittelbar mit dem Kriegsgeschehen zusammen: nach dem irakischen Angriff auf Irans Ölfelder in Khusistan am 23. September 1980 ging zuerst die iranische Produktion auf die Hälfte zurück. Im Zuge der iranischen Gegenoffensiven mußte jedoch Irak sehr schnell seinen einzigen Exporthafen Fao schließen, und im April 1982 sperrte Syrien auch noch die Pipelines von Kirkuk nach Tripoli (Libanon) und Banyas (Syrien).

Damit blieb dem Irak vorerst nur noch ein Transportweg: die Pipeline von Kirkuk durch Kurdistan in die Türkei nach Dörtyol im Golf von Iskenderun. An ihrer Erweiterung ist bis 1987 laufend gearbeitet worden. Heute laufen ca. 60% des irakischen Exports, also praktisch die gesamte Produktion der Kirkukfelder, durch diese Röhren.

Doch das reichte natürlich nicht aus. So wurde 1985 eine neue Leitung eröffnet, die vom Süd-Irak in die saudi-arabische Wüste und von dort weiter nach Yanbu al-Bahr am Roten Meer führt. Doch auch die Saudis wollen Saddam Hussein die Bäume nicht in den Himmel wachsen lassen. Zu lange hat sich das Baath-Regime als radikal, panarabisch oder gar sozialistisch ausgegeben. Daß die Monarchen auf der arabischen Halbinsel diese Pipeline nicht bauen ließen, um Iraks Unahängigkeit von anderen Wegen zu erhöhen, sondern um ihn noch abhängiger von Riad zu machen, bewiesen sie schon 1986, als sie mehrmals kurzfristig den Hahn zudrehten aus welchen Gründen auch immer.

Bereits 1979 - 1981 hat Saudi-Arabien indirekt in die Wirtschaft Irans und Iraks eingegriffen: durch eine gewaltige Überproduktion haben sie den Weltmarkt mit Öl überschwemmt und versucht, den iranischen Marktanteil zu verringern - mit Erfolg. Der damit ausgelöste Preisverfall trieb jedoch auch die durch den Produktionsrückgang sowieso schon gesunkenen irakischen Öl-Einnahmen noch weiter nach unten. Zwar hat Saudi-Arabien diese Einnahmeverluste z.T. durch Kredite ausgeglichen, doch führte dies lediglich dazu, daß der Irak, der vor Kriegsbeginn noch über 20 Mrd. $ Bankguthaben hatte, heute in aller Welt mit schätzungsweise 40 - 60 Mrd $ verschuldet ist, vor allem bei Saudi-Arabien und Kuwait.

Saddam Hussein hat also keinen Grund, den südarabischen Monarchen zu trauen. Auf der Suche nach zusätzlichen Transportwegen führte er sogar Geheimverhandlungen mit Israel, um eine Sicherheitsgarantie für eine geplante Pipeline durch Jordanien an den Golf von Akaba zu erhalten. Die Zionisten haben ihm allerdings was gehustet und so liegt dieses Projekt vorerst auf Eis.

Die Offenhaltung der Kirkuk-Dörtyoi-Leitung ist also die zentrale Verteidigungsaufgabe des irakischen Regimes, wenn es sich nicht in totale poilitische Abhängigkeit von Saudi- -Arabien begeben will was den Sturz Saddam Husseins bedeuten würde. Denn der kontinuierliche Ölexport ist für Irak absolut lebenswichtig; bei einem Stopp -und sei es nur für wenige Monate- würde die gesamte Wirtschaft zusammenbrechen. Um es zu verdeutlichen: über 50% seines Nationaleinkommens wendet der Irak für Importe auf, allein 12,2% für Waffen - der Iran dagegen nur etwa 15,2% für Importe und nur 1,1% für eingeführte Waffen. Diese Zahlen zeigen den gewaltigen Unterschied bei der Auslandsabhängigkeit zwischen Iran und Irak.



Selbstverständlich ist aber auch der Iran nicht völlig unabhängig von seinen Ölexporten; zahlreiche wichtige Industrieerzeugnisse können nicht im Lande hergestellt werden. An diesem Punkt hat dann auch der Irak seine Luftüberlegenheit in eine Offensive umgesetzt: durch die Bombardierung der Erdöl-Terminals auf der Insel Kharg und den sogenannten Tankerkrieg. Das hat den Iran tatsächlich in einige Schwierigkeiten gebracht. Erstens ist die iranische Luftabwehr offenbar nicht besonders wirkungsvoll und zweitens sind keine Vergeltungsmaßnahmen auf gleicher Ebene möglich, weil der Irak nicht mehr von Öltankern angesteuert wird.
Deshalb hat sich der Iran darauf verlegt, Handelsschiffe und Öltanker auf dem Weg nach und von Kuwait anzugreifen. Denn über Kuwait läuft eine Menge an Nachschub für den Irak. Außerdem verkauft Kuwait Erdöl auf irakische Rechnung. Von einer kuwaitischen Neutralität kann insofern keine Rede sein. Andererseits versucht Iran den Bombenangriffen durch den Bau einer neuen Pipeline zum Hafen von Jask südlich der Straße von Hormuz zu entgehen, der für die irakische Luftwaffe schwer erreichbar ist.

Intervention der USA zugunsten des Irak

Die iranische Taktik im Golf ist auf sehr enge Grenzen gestoßen. Wie vom Irak beabsichtigt, ist der Krieg durch die Angriffe auf ausländische Schiffe internationalisiert worden.
Über Jahre fanden ausländische Manipulationen am Kriegsgeschehen nur indirekt, z.B. durch Waffenlieferungen und nachrichtendienstliche Unterstützung statt. Mit der Umflaggung kuwaitischer Schiffe und der Zusammenstellung von Geleitzügen durch die US-Kriegsmarine hat sich dieses Bild erheblich verändert. Allerdings war für diese Veränderung erst ein gewisser Richtungswechsel in der amerikanischen Mittelost-Politik notwendig, der in der Öffentlichkeit als Iran-Contra-Skandal verschleiert wurde.
Verschleiert, denn die Tatsache, daß die US-Regierung Gesetze gebrochen hat, muß nicht erst enthüllt werden, sondern ist ein allgemein bekannter Bestandteil ihrer weltweiten Interventionspolitik.
Vereinfacht gesagt gibt es in der Mittelost-Politik der USA zwei Richtungen: eine "pro-israelische" und eine "proarabische". Die pro-israelische Richtung teilt im Wesentlichen die geopolitischen Auffassungen der in Israel vorherrschenden zionistischen Richtung. Danach geht es darum, daß die arabisch-islamische Umgebung Israels in viele, möglichst kleine Staaten auf religiöser bzw. ethnischer Grundlage aufgespalten wird. Dazu dient u.a. das Bündnis mit den nicht-arabischen Randstaaten des Mittleren Ostens, z.B. mit der Türkei und Pakistan, oder, wie im konkreten Fall, mit dem Iran, aber auch jedenfalls bis 1975 - die Waffenlieferungen an die Kurden im Irak. Zumindest bis vor sehr kurzer Zeit -z.T. noch heute-sehen diese Kräfte im Irak den Hauptgegner Israels, noch vor Syrien. Denn als nach dem Zustandekommen des Camp-David-Abkommens im März 1979 der Separatfrieden zwischen Ägypten und Israel geschlossen wurde, fiel Ägypten faktisch aus dem arabischen Lager heraus und Irak schien als volkreichster und bestgerüstetster Staat an seine Stelle zu treten.
Als Saddam Hussein in maßloser Selbstüberschätzung gegen den Iran antrat, um sich als Führungsfigur und Nachfolger Nassers zu profilieren, da war das für die führenden israelischen Strategen "ein Geschenk Gottes", um den Irak zu zerschmettern: in einen südlichen Schiiten-Staat, einen zentralen sunnitischen und den nördlichen kurdischen Teil.
Kurz: für diese Richtung stellt die panarabische Einigungsbewegung die Hauptgefahr für die imperialistischen Interessen dar.
Diese Richtung behielt auch deshalb solange die Oberhand, weil sie sich an einem wichtigen Punkt mit der Globalstrategie der USA berührt: drei von Israels gewünschten oder wirklichen Bündnispartnern -Türkei, Iran, Pakistan-bilden den sogenannten "Northern Tier", den nördlichen Gürtel, der eine Südexpansion der Sowjetunion verhindern soll.
Die andere -etwas irreführend proarabisch genannte- Richtung setzt für die Verteidigung weniger auf die Stoßkeil-Funktion Israels, sondern mehr auf die Kollaboration bestimmter besonders reaktionärer arabischer Regimes und Machtgruppen. In ihren Augen ist Israels Strategie

eher abenteuerlich und destabilisierend. Ein Sieg Irans über Irak würde in ihren Augen die islamisch-fundamentalistische Bewegung noch weiter stärken und somit über kurz oder lang die US-hörigen Monarchien der arabischen Halbinsel in die Luft sprengen.
Lange Zeit blieb diese Richtung im Hintertreffen: Israels Strategie schien aufzugehen: nach dem Einmarsch in den Libanon im Juni 1982 ist es nicht nur gelungen, die PLO vorübergehend auszuschalten, sondern es wurde auch das libanesische Staatswesen definitiv zertrümmert.

Doch in kurzer Zeit gelang es Syrien, dem engsten Bündnispartner Irans, eine fast alle Parteien umfassende Widerstandskoalition im Libanon zu schmieden, die nicht nur die USA und Frankreich schnell vertreiben konnte (Sprengung der Militärhauptquartiere in Beirut), sondern die schließlich auch Israel eine entscheidende militärische Niederlage zufügte und damit zum Rückzug zwang.
Die führenden Kräfte dieser Bewegung, die schiitischen Organisationen AMAL ("Hoffnung" =prosyrisch) und Hisb-allah ("Partei Gottes" =proiranisch) sind nicht nur ernstzunehmende militärische Kräfte, sondern zeigen auch, daß die Botschaft der iranischen Revolution -bei aller unterschiedlichen Auslegung- eine erhebliche Ausstrahlung hat.
Die libanesische Entwicklung einerseits und die militärischen Erfolge Irans andererseits haben schließlich der "pro-arabischen" Richtung in der US-Mittelostpolitik soviel Auftrieb gegeben, daß sie die Waffenlieferungen an Iran als Skandal lancieren konnte.

Damit war das amerikanische Eingreifen in den Tankerkrieg zugunsten des Irak vorbereitet. Begonnen wurde diese Art der Auseinandersetzung allerdings vom Irak, der auch weit mehr Schiffe angegriffen hat als Iran (s. Tabelle). Und nach der UN-Konvention über die Registrierung von Schiffen und selbst nach dem US-Gesetz über die Handelsmarine ist es unzulässig, die kuwaitischen Schiffe unter US-Flagge zu stellen, denn diese wurden lediglich einer kuwaitischen Filiale in den USA überschrieben, der Chesapeake Shipping Inc. in Delaware.
Und auch die westliche Ölversorgung ist in keiner Weise gefährdet: erstens fließen heute nur noch 15% der westlichen Ölversorgung durch die Straße von Hormuz (statt 29% 1979), und zweitens sind die Beeinträchtigungen durch den Krieg minimal, kaum meßbar. Doch den USA geht es eben auch nicht um die "Freiheit der Schiffahrt", sondern darum, die iranische Wirtschaft zu ruinieren.
Dennoch brauchten die USA die oben aufgeführten Vorwände, um ihre Intervention vor der Weltöffentlichkeit zu legitimieren. Da der Iran aber, trotz aller Großmäuligkeit, eine größere militärische Auseinandersetzung mit den USA vermeiden möchte, ist er gezwungen, seine Vergeltungsmaßnahmen gegen Irak im Golf zu begrenzen, und zwar auf ein Maß, das gerade noch ausreicht, einen völligen politischen Gesichtsverlust zu verhindern. Um aber dennoch in die Offensive zu kommen, war eine Verlagerung des hauptsächlichen Kampfgeschehens ohne ernsthafte Alternative.

Und wenn auch die Besetzung der Ölfelder von Kirkuk durch kurdische Peschmergas und iranische Pasdaran in nächster Zeit kaum möglich erscheint, so werden doch derzeit die Ausgangsbasen für wirkungsvolle Sabotageangriffe geschaffen. Sollte dies Erfolg haben, wird Irak das wirtschaftliche Rückgrat gebrochen.
In der Tat führt das irakische Regime heute nicht nur eine militärische Auseinandersetzung mit den Peschmergas, sondern einen Vernichtungskrieg gegen das gesamte Volk von Südkurdistan. Das Beispiel der Giftgaseinsätze ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Unter dieser Bedingung einerseits und der leider fortbestehenden Spaltung der kurdischen Nationalbewegung andererseits bleibt den Peschmergas in Südkurdistan im Moment nicht viel anderes übrig als die militärische Zusammenarbeit mit dem Iran.
Aus der Sicht des Iran wiederum ist der militärische Wert der über 30.000 Peschmergas und mehr als 60.000 Milizionäre von größter Bedeutung. Sie gelten neben der philippinischen New Peoples Army (NPA) als die größte und kampfstärkste Guerilla-Armee der Welt. Die Kurden allein binden schon zwei der sieben Armee-Korps. Ohne - oder gar gegen die Kurden könnte der Iran die Nordfront vergessen.
Alles in allem handelt es sich jedoch um ein Bündnis auf Zeit, dessen Grundlage mit dem Sturz von Saddam Hussein hinfällig werden wird. Bis dahin muß eine Einigung der kurdischen Nationalbewegung in allen Landesteilen hergestellt werden. Erst dann wird es möglich sein, die äußerst komplizierten taktischen Bedingungen, die aus der Einkreisung Kurdistans durch vier feindliche Staaten stammen, zu bewältigen und einen Krieg an zwei, drei oder sogar vier Fronten erfolgreich zu koordinieren.
Der Vorschlag zu einem kurdischen Nationalkongreß den die ERNK unterbreitet hat, ist dabei von richtungsweisender Bedeutung. Und die Bildung der Vereinigten Widerstandsfront in Südkurdistan (aus KDP, PUK, SPK/I und irak. KP) sowie das neue Abkommen zwischen PKK und PUK können Schritte auf dem Weg zum Nationalkongreß sein.
Das vereinte kurdische Volk wird unbesiegbar sein

DAS DORFSCHÜTZERSYSTEM DES TÜRKISCHEN KOLONIALISMUS UND SEINE FOLGEN



Der türkische Staat mit seiner 800 000-Mann Armee hat mit dem Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes in Kurdistan begonnen, das Dorfschützersystem aufzubauen. Den Dorfschützern, die wir als bewaffnete Milizen des türkischen Staates bezeichnen können, wurden wichtige Befugnisse zuerteilt und große Rollen übergeben beim Kampf gegen den nationalen Befreiungskampf. Allerdings beginnen diese aus tausenden von kurdischen Menschen gebildeten —den meisten von ihnen wurden die Waffen mit Gewalt aufgezwungen— Dorfschützer dem türkischen Staat jetzt schon große Probleme zu bereiten. Der Kampf gegen die Dorfschützer und dieses System ist zu einem der wichtigsten Tagesordnungspunkte und Diskussionsthemen von zahlreichen Kräften —angefangen von Vertretern des türkischen Staates bis hin zu kurdischen, türkischen und ausländischen linken Kreisen— geworden. Über Fragen wie die Rolle dieses Systems, das bei seiner Bildung verfolgte unterschätzende Rolle.

Es ist aus diesem Grunde wichtig, diese Fragen objektiv zu erläutern, zu belegen und die wahre Funktion des Dorfschützersystems und die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen dieses System aufzugreifen. Dabei ist auch notwendig, den geschichtlichen Hintergrund dieses seit Jahrhunderten bestehenden Problems zu vermitteln.

Ziel und seine Zerstörungen in der kurdischen Gesellschaft herrschen insbesondere in der europäischen Öffentlichkeit und bei fortschrittlichen Organisationen große Unklarheiten, die wir in den meisten Fällen auf Informationslücken zurückführen. Dies ist auch der Grund für die Reaktionen auf das Vorgehen der Guerilla gegen dieses System. Natürlich spielen auch die entstellenden Berichte des türkischen Staates, vor allem aber einiger "linker" kurdischer und türkischer Kreise eine nicht zu

A) Der ottomanische-türkische Kolonialismus und die Hamidiye-Regimenter

Im Mittelalter haben der ottomanische-türkische Staat und der persische Safawidenstaat die kurdischen herrschenden Feudalherren und Stammesvorsitzende an sich gebunden und durch Armeen, die sie mit diesen Kräften gebildet haben, für ihre eigenen Interessen in Kriegen eingesetzt.

Doch eigentliche Milizkräfte wurden erst durch den ottomanischen Sultan Abdulhamid (1876-1909) gebildet. Im Jahre 1890 hat der ottomanische Pascha Zeki auf Befehl des Sultans Milizregimenter gebildet. Sie wurden zu Ehren des Sultans Hamidiye-Regimenter genannt. Die Hauptkraft dieser Einheiten, die unter der Kommandantur der Stammesherren aus den Stämmen gebildet wurden, bestand aus Kurden. Neben Kurden wurden auch Araber und Tscherkesen in diese Regimenter aufgenommen. Die Hamidiye-Regimenter waren auf Plünderung angewiesene Reiterregimenter. Als Vorbild galten die kosakischen Einheiten des zaristischen Rußlands; auch der Aufbau wurde diesen Einheiten angepaßt. Aus kurdischen Stämmen wurden 52 Regimenter gegründet. Im 1. Weltkrieg 1914-1918 wurde deren Zahl erhöht. Die Hamidiye-Regimenter wurden in den ottomanischen-russischen Kriegen als Vorreitereinheiten eingesetzt. Sie wurden auch eingesetzt als führende Einheiten der ottomanischen Geheimdienstorganisation "Teşkilat-i Mahsusa" bei dem Eroberungskrieg bis in das Innere Irans.

Die Zerstörungen der Hamidiye-Regimenter in der gesellschaftlichen Struktur Kurdistans waren sehr tief. Die bewaffneten Stammesherren haben untereinander Macht-

kämpfe ausgetragen, die durch die ottomanischen Paschas aufgehetzt wurden. Diese Hamidiye-Regimenter wurden auch bei den Massakern gegen das armenische Volk eingesetzt. Diese Tatsache hat die Bildung einer Allianz zwischen beiden Völkern für ihre gemeinsame Befreiung verhindert und beide Völker geschwächt. Im 1. Weltkrieg 1914-18 wurden bei den Kämpfen in Kaukasien diejenigen Einheiten massakriert, die an den vordersten Fronten kämpften. Die Mehrheit der hunderttausende Mann zählenden ottomanischen Armee, die bei dem ottomanisch-russischen Krieg 1916 ermordet wurden, bestanden aus kurdischen Stammeskräften. Der damalige Kommandant der ottomanisch-türkischen Armee, Enver Pascha, der zugleich auch mit größten Machtbefugnissen ausgestattet war und die Verantwortung für den so hohen Verlust damals trug, hat später bei der Begründung dieser so großen Niederlage gesagt:

"Von außen betrachtet kann man die Auseinandersetzung bei Sarikamis als eine Niederlage ansehen, doch in Wirklichkeit sind wir als Sieger hervorgegangen. Denn auf dem langen Weg von den Wäldern von Sarikamis bis nach Erzurum haben wir Leichen von zehntausenden von kurdischen jungen Männern hinterlassen." (Quelle: 'Die kurdischen nationalen Bewegungen und die kurdisch-armenischen Beziehungen' von Gora Sasuni, türkische Fassung, S. 155)

Den Hauptgrund dafür, daß in den Jahren 1890-1914 keine bedeutenden nationalen Aufstände in Kurdistan zustande kamen und man von den damals so günstigen Voraussetzungen für die Erringung der nationalen Unabhängigkeit nicht profitieren konnte, stellten diese Hamidiye-Regimenter dar. Denn diese Regimenter haben das Volk untereinander gespalten; das kämpferische Potential des Volkes kämpfte für den eigentlichen Feind.

B) Die Phase des Mustafa Kemal und das Milizentum in Kurdistan

Nach dem Zerfall des ottomanischen Imperiums wurde auf den Ruinen dieses Imperiums die bürgerliche türkische Republik 1923 gegründet. Der neue türkische Staat hat die Existenz des kurdischen Volkes in Kurdistan geleugnet. Der flächenmäßig größte Teil Kurdistans wurde unter die Herrschaft des türkischen Staates genommen und einer chauvinistischen Politik der Gewalt und der Massaker ausgesetzt.

Als Reaktion auf die expansionistische und chauvinistische Politik der türkischen Armee entwickelten sich in den Jahren 1925 bis 1940 Volksaufstände in Kurdistan, die den türkischen Staat in seiner Existenz bedrohten. Doch erhielt der türkische Staat große Unterstützung von den französischen und englischen Imperialisten. Es wurden Massaker, Deportationen usw. praktiziert, doch die wirkungsvollste Methode bei der Niederschlagung der Aufstände war die innere Spaltung des kurdischen Volkes. Das Motto bei dieser Politik lautete: "Teile und herrsche!".

Die gesellschaftliche Struktur Kurdistans war zu dieser Zeit sehr rückständig. Es war gespalten in Stämme und Fürstentümer. Die Stammesvorsitzenden herrschten in der Gesellschaft. Diese wurden durch den türkischen Staat erneut bewaffnet und gegen die Aufstände ausgespielt. Aufgrund ihrer vorhergehenden Eigenschaften und ihrer klassenbedingten günstigen Voraussetzungen für die Kollaboration waren die Stammesführer in ihrer Zusammenarbeit unübertrefflich. Mit dem Ziel, den Scheich Said Aufstand 1925 niederzuschlagen, wurden unter der Führung der Stammesführer Milizkräfte unter dem Namen "Kuvay-i Milliye" organisiert. Diese Einheiten gingen gegen das eigene Volk noch grausamer vor als die türkischen Armeeinheiten.

Mit dem Gesetz "Izale-i Şekavet" (Gesetz gegen die Banditen; gemeint sind die Aufständischen, d. Verf.) 1923 wurde das Dorfschützertum offiziell. Diesem Gesetz zufolge waren alle Aufständischen, die für die Unabhängigkeit Kurdistans kämpften, Banditen und mußten dadurch vernichtet werden, indem man ganze Dörfer bewaffnete zum "Schutz vor den Banditen".

Mit dem Gesetz Nr. 134 vom 20. April 1925 wurde eine Anordnung herausgegeben, der zufolge Nord-Kurdistan in fünf Teile oder Verwaltungsbezirke unterteilt wurde. Für jeden Verwaltungsbezirk wurde ein Militär-Gouverneur ernannt, der direkt M. Kemal unterstand. Diese Gouverneure haben durch Gewalt das Volk entwaffnet und unter ihrer Kontrolle Dorfschützer und Milizen bewaffnet und organisiert. Der damalige Militärgouverneur von Diyarbakir, Ibrahim Tali Öngören, sagte in Bezug auf die Organisierung der Milizen folgendes:

"Ich kann immer wieder die aktive Verbundenheit und Treue unseres Volkes zur Republik betonen. Es kann nicht geleugnet werden, daß das Volk wetteifert für den Schutz unserer Bezirke vor den fremden reaktionären und agressiven Angriffen, um sich am Aufbau der Milizen zu beteiligen. Auch, daß sie durch ihr begeistertes Handeln und ihre Taten dies unter Beweis stellen, kann nicht geleugnet werden. Neben Urfa wurden auch in anderen Bezirken Milizorganisationen geschaffen." (Quelle: Ersatzkräfte, von Hikmet Kivilcimli, S. 149)

Die zwangsweise Waffenannahme geschah bis 1926, das Gesetz blieb bis 1961 in Kraft. 1962 wurde dieses Gesetz als ein "Verstoß gegen das Grundgesetz" bewertet und abgeschafft. D.h. im Klartext, sobald es um das kurdische Volk geht, wird das Grundgesetz für ungültig erklärt.

Von 1940-70 herrschte in Kurdistan Totschweigen. Denn die Aufstände waren blutig niedergeschlagen und die türkische Armee hatte ihre Herrschaft über Kurdistan gesichert. Die Rekrutierung von kurdischen jungen Männern in die türkische Armee in dieser Zeit stellte eine große Wunde für die kurdische Gesellschaft dar. Trotzdem wurde durch die bewußte Kolonialpolitik die Grundlage für die Schaffung des Milizentums —also die Stammesstruktur— bis heute bewahrt. Die Agas (Großgrundbesitzer) und Stammesvorsitzenden, die in dieser Zeitspanne ihre Kollaboration mit dem kolonialistischen Staat weiter vertieften, stellten durch ihre bewaffneten Kräfte eine nicht zu unterschätzende Hilfe für den türkischen Staat dar.

C) Die Phase des nationalen Befreiungskampfes in Kurdistan und das Milizentum

Der Unabhängigkeitskampf Kurdistans und seine Organisierung entwickelte sich ab 1975. Im Jahre 1978 begann die Bildung der Partei, diese erlangte einen Massencharakter und wurde zu einer praktischen Kraft. Dieser Entwicklung begegnete die türkische Regierung mit größter Sorgfalt. In erster Linie versuchte sie, durch ihre Polizeikräfte und ihre Agenten dem Befreiungskampf Einhalt zu gebieten.

Wegen der Beteiligung auch der armen und mittleren Bauern in den ländlichen Gebieten neben den städtischen Massen an dem Kampf und der Umwandlung des Kamp-

fes in einen bewaffneten Widerstand hat der türkische Staat erneut die feudalen bewaffneten Banditen eingesetzt. Diese Kreise bestanden aus solchen Personen, die Agas sind und über große Landflächen mitsamt den dazugehörigen Dörfer verfügen, und ihren Umfeld. In den Städten sind sie entweder Bürgermeister, Vertreter der türkischen politischen Parteien oder Unternehmer. Ein anderer Teil der Kreise, die mit dem türkischen Staat auf dieser Ebene kollaborieren, sind Mitglieder des türkischen Parlaments.

Insbesondere in den Gegenden bei Urfa, Mardin und Siirt haben diese Banditen, die mit dem Einverständnis und intensiver Unterstützung des Staates durch die Agas gegründet wurden, sowohl die Zivilbevölkerung als auch die Revolutionäre terrorisiert, Komplotte geschmiedet und den Besitz der Bauern geplündert. Bis 1980 haben in Siverek-Urfa der Mehmet Celal Bucak, in Urfa-Hilvan der Stamm der Süleymanlar, in Midyat-Mardin Çelebiler und in Batman-Siirt die Raman Agas derartige Milizbanden aufgebaut und zahlreiche Revolutionäre ermordet. Sie haben insbesondere patriotische Bauern in die Berge verschleppt und durch schwere Folterungen ermordet, von den meisten fehlt jede Spur, auch ihre Leichen wurden nicht entdeckt. Die Beispiele dieses Terrors sind so zahlreich, daß man sie nicht auflisten könnte. Dies soll auch nicht unsere Absicht sein, da man sie auch in den damaligen bürgerlichen Zeitungen nachlesen kann.

Mit der Machtergreifung der faschistischen Junta am 12. September 1980 hat sich der Lauf der Entwicklungen gewendet. Die Machtergreifung der Militärs hat den nationalen Befreiungskampf um einiges zurückversetzt und in seiner Entwicklung behindert. Da in dieser Phase der faschistische Terror an erste Stelle rückte, war auch die Notwendigkeit eines "Dorfschützersystems" nicht gegeben. Doch man muß dazu betonen, daß die Feudalherren ihre bewaffneten Kräfte aufrecht erhalten haben.

Die türkische Armee hat nach der Machtergreifung der Militärs das Volk entwaffnet und versucht, die Massen in Passivität zu treiben. Wie 1925, hat man nach 1980 durch neue Beschlüsse das Volk erneut mit Gewalt dazu gezwungen, ihre Waffen wieder an den Staat abzugeben. Die Strafbestimmungen für den Waffenbesitz wurden erneut erhöht. Es wurde zur Regel gemacht, daß jede Familie eine Waffe —ob sie nun eine besitzt oder nicht— abgeben muß. Diejenigen, die keine Waffen besaßen, haben aufgrund der Unterdrückung ihren Besitz verkauft, dafür Waffen gekauft, um sie bei den Gendarmeriestationen abgeben zu können. Die Verkäufer dieser Waffen waren zumeist Agenten und Waffenhändler, die eng mit den Gendarmeriestationen zusammen arbeiteten. Auf diese Weise wurde das Sammeln der Waffen zu einem Mittel gemacht, um das Volk Folterungen auszusetzen und sie wirtschaftlich auszuplündern. Nach dem Militärputsch wurden im Fernsehen täglich hunderttausende von Waffen als Waffen der "Separatisten" gezeigt, die auf die oben erwähnte Weise vom Volk erzwungen wurden.

D) 15. August 1984 - Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes und die "Dorfschützer"

Bekanntlich, hat am 15. August 1984 mit einer Reihe von bewaffneten Aktionen in Eruh und Şemdinli der bewaffnete Befreiungskampf begonnen. Diese Entwicklung war nicht nur aus der Sicht des türkischen Staates, sondern für sehr viele Kräfte eine unerwartete Entwicklung. Der bewaffnete Kampf erschütterte den türkischen Staat in seinen Fundamenten, die Militäroperationen der türkischen Armee endeten zumeist erfolglos, bei den Auseinandersetzungen zwischen den türkischen Armeeeinheiten und den Guerillaeinheiten erlitten die Kolonialisten große Verluste. Der bewaffnete Befreiungskampf spielte aus der Sicht der Volksmassen, die sich vom faschistischen Terror befreien wollten, eine einigende Rolle.

Mit diesen Entwicklungen zu Ungunsten des türkischen Staates hat die türkische Generalkommandantur begonnen, die Taktiken der speziellen Kriegsführung anzuwenden. Der größte Teil der 800 000 Mann zählenden türkischen Armee wurde in Kurdistan stationiert. In Herbstmonaten 1984 werden sehr großangelegte Militäroperationen in Kurdistan durchgeführt, an denen sich tausende von Soldaten beteiligen. Diesen Operationen werden Namen gegeben wie "Sonne", "Ruhe", "Hammer", "Nationale Herrschaftsoperation", u.ä. An diese Operationen beteiligen sich auch die Luftstreitkräfte. Mit diesen Operationen versucht man insbesondere, die Volksmassen einzuschüchtern. Die türkische Generalkommandantur hat danach gut ausgerüstete und den Anforderungen des Guerillakampfes entsprechend ausgebildete Kontraeinheiten gebildet. Die Praktiken dieser Einheiten sind der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit aus dem Befreiungskampf in Vietnam und den Befreiungskämpfen in Latein-Amerika wohl bekannt.

Als eine weitere Maßnahme gegen den Befreiungskampf wurde das "Reuegesetz" verabschiedet. Mit diesem Gesetz wollte man die Kapitulation, das Abweichlertum in den Reihen des Befreiungskampfes entwickeln. Zum Teil konnte dieses "Reuegesetz" auch erfolgreich werden .Diejenigen, die kapituliert haben, haben große Schaden angerichtet; auch sind einige wieder in die Reihen gekommen und haben Komplotte gegen die Revolutionäre verwirklicht.

Neben diesen Methoden der speziellen Kriegsführung wurde natürlich auch die nackte Gewalt zur Einschüchterung der Volksmassen benutzt.

Auch wenn die türkische Armee durch diese Methoden teilweise Erfolge erzielt hat, so waren diese doch auf die komplotthaften Methoden der speziellen Kriegsführung zurückzuführen.

Diese Methoden haben ständig in Form und Dimension gewechselt. Im Juli 1987 hat man in Kurdistan sich auf den 41. Paragraphen des 120. und 2935. Gesetz des Ausnahmezustandes stützend das Spezial-Gouverneursystem eingeführt. Wieder wurde wie 1925 ein Gouverneur ernannt, der sehr umfangreiche und außerordentliche Befugnisse bekam. Am 19. Juli 1987 wurde Hayri Kozakcioglu nach Diyarbakir entsandt. Zur Ergänzung dieser Maßnahme hat man unter der Kommandantur von Hulusi Sayin eine Spezialarmee aus den Gendarmerieeinheiten gebildet. Im Januar 1988 wurden anstelle der Gendarmerieeinheiten in den Grenzgebieten die reguläre Armeeeinheiten stationiert.

Das "Dorfschützersystem" wurde 1985 eingeführt. Das Milizentum, das in der Literatur des türkischen Staates als "Schützertum" bezeichnet wird, wurde 1962 aufgehoben. Nach 23 Jahren im April 1985 hat die Özal-Regierung es erneut ins Leben gerufen. Durch den Anhang von zwei Erweiterungen wird dieses Gesetz neu gefaßt. Die Regierung hat die erneute Einführung dieses Gesetzes folgendermaßen begründet:

"Im Falle von Anzeichen für ernste, sich auf Gewalt stützende Bewegungen, die die Ausrufung des Ausnahmezustandes erforderten, oder aufgrund der Erstarkung von Bewegungen, die auf das Leben und den Besitz der Bauernschaft abzielen, werden Dorfschützer beauftragt." (Quelle: "Yeni Gündem" vom 17. März 1987, Nr. 52, S. 11)

E) Wer sind die Dorfschützer? Wie werden sie organisiert?

Das "Dorfschützersystem" wurde neben der regulären Armee, der Gendarmerie, Polizei und der Spezialteams als fünfte Kraft organisiert. Der türkische Staat hatte insbesondere auf diese Organisierung große Hoffnungen gesetzt, denn 1925 hatte der türkische Staat große Erfolge mit dieser Organisierung verbuchen können. Die "Dorfschützer" wurden aus ansässigen Menschen gebildet, kannten den geographischen Aufbau, kannten sich in der Gegend sehr gut aus und sie



Mit Hilfe der Hamidiye-Regimenter massakrierten die Türken 1915 1,5 Millionen Armenier

kannten insbesondere die Guerillas und die Patrioten in dem jeweiligen Dorf. Diese überwachten die Dörfer, schützten die Gendarmeriestationen, bei den Operationen wurden sie an die vordersten Reihen geschickt und man ließ sie bei den Auseinandersetzungen an vorderster Reihe kämpfen. Sie wurden damit beauftragt, die Guerillas nicht in ihre Regionen und in ihre Dörfer hereinzulassen und die Beteiligung in die Reihen der Guerrilla zu verhindern.

Mit der Organisierung der "Dorfschützer" bezweckte die Generalkommandantur auch, die "Dorfschützer" als eine Mauer zwischen der Guerilla und der Armee aufzubauen, um so den Verlust der Armee auf ein Minimum herabzusetzen. Ein anderes Ziel bestand darin, die Widersprüche im Volk zu vertiefen, diese in Auseinandersetzungen münden zu lassen und die Einheit zu verhindern. Der damalige Innenminister der Türkei, Yildirim Akbulut, erklärte bei einem Interview mit der türkischen Zeitung Cumhuriyet vom 27. August 1986, die Tätigkeit des "Dorfschützers" sei eine freiwillig angenommene Tätigkeit. Er sagte:

"Zur Zeit ist es noch nicht nötig, daß alle Männer des Dorfes, die Waffen tragen können, bewaffnet werden. Wir bezahlen sie und bewaffnen sie mit Disziplin. Wenn in einem Dorf die Notwendigkeit besteht, es zu schützen, dann sagen wir demjenigen, der für die Sicherheit des Dorfes Waffen erhalten möchte, 'Komm, werde Dorfschützer, du erhältst Lohn und wir geben Dir die Waffe".

Die Art der Tätigkeit und der Gebrauch der Waffe wurden durch Regelungen bestimmt. In der Zeitschrift Newsweek vom 30.März 1987 werden diese Regelungen dargelegt. Es heißt: *"Der Schützer kann, wenn er angegriffen wird und er in Lebensgefahr ist, wenn man auf das Leben, den Besitz und der Sicherheit der Gesellschaft absieht, wenn seine Warnungen und "Halt"-Rufe nicht erhört werden, wenn bei der Jagd auf die Guerilla Widerstand geleistet wird u.ä. seine Waffe gebrauchen".*

Doch die Praxis entspricht in keiner Weise den Erklärungen der Vertreter des türkischen Staates. Das "Dorfschützertum" ist eine auf Gewalt basierende Struktur.

"Dorfschützer" werden!

1- Die eigentliche Basis für das "Dorfschützersystem" als soziale Klasse sind die Feudalherren und Stammesführer. In den Provinzen Kurdistans Hakkari, Van, Siirt, Mardin, Bitlis, Agri, z.T. auch Diyarbakir, Bingöl und Muş ist der Stammeswesen die vorherrschende gesellschaftliche Struktur. Hier haben die Feudalherren und die Stammesführer großen Einfluß auf die Bauernschaft. In den ländlichen Gebieten besitzen sie fast die ganze Bodenfläche. Diese üben ihre Herrschaft über die Bauernschaft dadurch aus, daß sie sich auf die Gendarmeriestationen stützen. Mit der Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes und seiner Resonanz unter der Bauernschaft haben diese Kräfte auch auf Druck des türkischen Kolonialismus ihre Feindschaft soweit getrieben, daß sie bewaffnete Banden gründeten und sie gegen den Befreiungskampf einsetzten. Das "Schützertum" hat sich auf diese Weise unter der Kontrolle des Staates zur militärischen Organisierung der kurdischen herrschenden Klassen herausformiert. Die Stammesführer haben die Stammesmitglieder bewaffnet und sie als Einheit organisiert, die gegen die Guerilla eingesetzt wurde. Wenn man sich vor Augen führt, auf welche Struktur sich die kurdische Gesellschaft stützt, d.h. feudale Stammestrukturen wie noch vor Jahrhunderten, wird man feststellen, welche Gefahr dem kurdischen Volk und dem Befreiungskampf drohen. Die meisten der Feudalherren (Agas genannt) sind solche, nach denen der türkische Staat fahndet. Z.B. Tahir und Haci Dirbas Adiyaman, die Agas von dem Jirkan-Stamm in Beytüssebap bei Hakkari sind. Der türkische Staat hat jahrelang nach diesen beiden Agas gefahndet, sie wurden zur Todesstrafe verurteilt, doch nachdem sie die Tätigkeit als Bandenführer annahmen, hat man ihnen nun Hubschrauber zugewiesen, um gegen die Guerilla vorzugehen.

Nachdem Emin Özcan, dessen Vater während des Scheich Sait Aufstandes 1925 gehängt wurde, es akzeptierte, Waffen anzunehmen, wurde er zum Bürgermeister von Pervari bei Siirt. Einer der Agas von Cukurca, Macit, wurde noch 1980 mit dem Vorwurf des "Separatismus" angeklagt und verhaftet, als er es akzeptierte, Waffen anzunehmen, wurde er zum Bürgermeister ernannt. Alixan Tatar hat als Gegenleistung für seine Tätigkeit als Bandenführer die Kohlebergwerke bei Sirnak bearbeitet. Es gibt noch zahlreiche andere Beispiele hierfür. Fast alle Feudalherren, die Waffen annehmen, werden entweder zu Parteifunktionären der türkischen politischen Parteien oder Abgeordneten im Parlament.

2- Denjenigen, die aufgrund des Mordes, Raubes u.ä. Straftaten verhaftet und verurteilt wurden, wird —wenn sie es akzeptieren, Waffen anzunehmen— ihre Freiheit gegeben. (In Van, Hakkari, Siirt und Mardin sind zahlreiche "Schützereinheiten", die aus diesen 3enschen gegründet wurden. Das sind auch die gefährlichsten "Dorfschützer". Sie werden bei den Militäroperationen, bei Praktiken wie dem Verbrennen von Häusern, Vergewaltigung der Frauen, Mord und Folterungen eingesetzt).

3- Die türkischen Armee-Einheiten versuchen durch die Ausnutzung der Widersprüche zwischen den Stämmen und den Volkmassen sie zu "Dorfschützern" zu machen. Der bewaffnete Stamm wird

dann gegen den anderen Stamm ausgespielt. Sie werden bei Operationen im Gebiet des rivalisierenden Stammes benutzt. Der bewaffnete Stamm gewinnt an millitärischer Kraft. Auf diese Weise wird auch der rivalisierende Stamm dazu gezwungen, Waffen vom Staat anzunehmen, um gegenüber dem anderen Stamm keine Niederlage hinzunehmen. Dieselbe Vorgehensweise wird auch bei zwei sich feindlich gegenüberstehenden Familien in den Dörfern benutzt.

Bei den durch den Staat verursachten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Stämmen Jirkan (bei Hakkari-Beytüssebap) und den Guyan (bei Hakkari-Uludere) sind insgesamt zehn Menschen gestorben. Es ist sogar in türkischen Medien erwähnt worden, daß sich die türkischen Kommandanten an diese Auseinandersetzung beteiligt haben und auf der Seite eines Stammes gegen den anderen gekämpft haben. Danach haben die Kommandanten die Agas zusammengebracht und den Guyan-Stamm dazu gezwungen, die Waffen des Staates anzunehmen.

4- Familien, von denen einer der Angehörigen Guerilla geworden ist oder bei denen der Verdacht besteht, daß sie die Guerillas unterstützen, müssen ein Mitglied der Familie zum "Dorfschützer" machen. Wenn sie es nicht erfüllen, erwartet sie Folterung, Verhaftung und Deportation. Diese Familien müssen sogar dann um die Bewilligung bitten, wenn sie in die Stadt gehen, um Einkäufe zu erledigen. Denn bei den Einfahrten der Städte sind Barrikaden aufgebaut, an denen diese Familien nur mit Erlaubnis vorbeikommen.



Dorfschützer bei der Ausbildung mit deutschen G-3 Gewehren

5- Jedes Dorf ist gezwungen, eine "Dorfschützer"-Einheit aufzubauen. Jeder Dorfvorsteher ist dazu verpflichtet, je nach Größe des Dorfes mindestens 10 Personen als "Dorfschützer" zu beauftragen. Wenn der Dorfvorsteher dies nicht erfüllt, wird er sehr schweren Praktiken ausgesetzt. Es nützt ihm auch nicht viel, wenn er vom Dorf wegzieht. Denn dann wird er als "Separatist" abgestempelt und auch in der Stadt zahlreichen unmenschlichen Praktiken ausgesetzt.

6- Um das "Dorfschützersystem" zu fördern, wird diese Tätigkeit bezahlt. Jeder "Dorfschützer" erhält monatlich 55 000 Türkische Lira (50 Dollar). Auch wenn es aufgrund der wirtschaftlichen Not in Kurdistan so aussieht, als könnte dieses Bild eine Anregung für die Annahme dieser Tätigkeit sein, so ist dieses Faktor doch nicht das ausschlaggebende. Denn neben der Tatsache, daß diese Tätigkeit einen Verrat gegen das eigene Volk bedeutet, bringt sie außerdem große Gefahren mit sich. Ein "Dorfschützer" ist 24 Stunden lang im Dienst, er kann sich nicht vom Dorf für die persönlichen Bedürfnisse entfernen, muß ständig die Waffe schußbereit halten. Außerdem wird er von der Gesellschaft ausgeschlossen, was große psychologische Wirkung hat, er wird bei Auseinandersetzungen in die vordersten Fronten geschickt, er wird als Zielscheibe benutzt.

"Dorfschützer" werden kurzfristigen millitärischen Ausbildungen unterzogen. Jeder "Dorfschützer", der einen Guerilla getötet hat, erhält zusätzlich 3 Millionen TL als Belohnung. Die Zahl der Munition wurden in September 1987 von 100 Stück auf 500 erhöht. (Milliyet vom 28. September 1987). Diejenigen "Dorfschützer", die sich an den Operationen direkt beteiligen, erhalten zusätzlich noch Prämien. In jedem Dorf befinden sich Funksprechgeräte. Den erfolgreichen unter den "Dorfschützern" werden innerhalb des Dorfes Autoritätsansprüche zuerkannt.

In türkischen Tageszeitungen vom 4. Dezember 1987 wurde berichtet, daß das Gesetz Nr. 6136 über die Bestimmungen von Schußwaffen geändert wurde. Danach wurde dem Besitz von Waffen stattgegeben. Während man nach dem Militärputsch 1980 die Waffen vom Volk mit Gewalt und Folterungen wegnahm, wurden diesmal mit denselben Methoden die Waffen wieder an das Volk verteilt. Das Ziel dabei ist offen: das "Dorfschützersystem" zu fördern.

Mit der Einführung des Spezial-Gouverneursystems im Juli 1987 wurden noch zahlreiche Methoden zur Förderung des "Dorfschützersystems" entwickelt.

F) Das "Dorfschützertum" und die Gewalt

Das "Dorfschützertum" wurde —abgesehen von einer handvoll Agas und Agenten— auf der Grundlage der Gewalt aufgebaut. Mit Hilfe der Agas wurden den Stammesmitgliedern mit Gewalt Waffen aufgezwungen. Die türkischen Zeitungen sind überfüllt mit Beispielen dafür, daß das "Dorfschützertum" mit Gewalt aufrecht erhalten wird. Einer Reportage des Journalisten Ahmet Kahraman in der türkischen Zeitung Milliyet vom 8. bis 11. März 1988 mit den "Dorfschützern" in Şirnak und Eruh kann man diese Realität sehr deutlich entnehmen. Dabei gesteht sogar der Aga des Batuyan-Stammes, Osman Demir, daß er, seitdem er "Dorfschützer" wurde, nicht mehr aus dem Haus kann, der Staat die Waffen mit Gewalt aufgezwungen hat und der Staat noch mehr Gendarmeriestationen bauen muß, um sie zu schützen.

Şükrü Yigit aus dem Dorf Yanilmaz bei Eruh sagt:

"Vor einigen Jahren sind sie gekommen und wollten von uns Waffen haben. Wir hatten keine Waffen, deswegen konnten wir keine abgeben. Deswegen wurden wir alle Bauern geschlagen. Und heute versuchen sie mit Schlägen, aus uns "Dorfschützer" zu machen. Entweder du wirst Dorfschüt-

zer, oder du mußt dein Dorf verlassen. Beides bedeutet für uns den Tod."
Ein anderes Beispiel aus Diyarbakir-Lice wurde in der Zeitschrift Nokta vom 1. November 1987 unter der Überschrift, "Dorfschützer - Gewaltmaßnahmen" wiedergegeben. Es heißt:
"Der Oberleutnant Murat Odabaş, der in jedem der 56 Dörfer von Lice jeweils 10 zu Dorfschützern haben möchte, versucht durch militärische Übungen und durch Schläge die Bauern zu Dorfschützern zu machen."
"Letzte Woche kamen sie wieder in unser Dorf. Es waren sehr viele. Zuerst haben sie das Dorf umzingelt. Danach hat ihr Kommandant von dem Imam (islamischer Geistiger; d. Übers.) *verlangt, er solle einen Ausruf machen, damit sich die Männer des Dorfes versammeln. Nach diesem Ausruf haben wir alle alte und junge Männer uns am Dorfplatz versammelt. Nachdem sie wieder weg waren, haben wir überlegt und nachgedacht, schließlich haben wir uns entschlossen, zu flüchten. Alle der aufgelisteten Bauern und ich sind dann nach Diyarbakir geflüchtet."*
(Hüseyin Balta)
"Ich habe 4 Söhne. Der Oberleutnant, der mich vor 20 Tagen zu sich rief, sagte mir in der Gendarmeriestation, 'Ich werde Dich und Deine Söhne zu Dorfschützern machen'. Als ich es nicht annahm, sperrte er mich 24 Stunden lang ins Lazarett. Meine Söhne sind geflüchtet. 2 von ihnen sind nach Diyarbakir und einer ist nach Adana geflüchtet. Dieser Oberleutnant überfällt jeden Tag unser Dorf, setzt uns Grausamkeiten aus und möchte uns mit Gewalt zu Dorfschützern machen. Am 5. dieses Monats haben sie wieder alle Männer des Dorfes in der Moschee zusammengetrieben. Unser Abiturent Abdullah Demirhan, der vor kurzem die Prüfungen für den Beruf als Gefängniswärter bestand und ein Beamter wird, sagte, 'Ich werde kein Dorfschützer'. Daraufhin hat der Oberleutnant den Jungen auf den Boden geworfen und mit seinen Schuhen ihn ins Gesicht und auf den Kopf geschlagen. Unser Junge blutete stark, aber keiner von uns sagte einen Ton. Währenddessen haben die Soldaten die Läufe der Gewehre auf uns gerichtet und warteten."
(Celal Çakir)
"Nachdem der Oberleutnant Odabas den jungen Bauern so 'heldenhaft' zugerichtet hatte, richtete an die restlichen Bauern die Frage, 'Gibt es noch einen? Gibt es noch einen, der kein Dorfschützer werden wollte?' Natürlich gab es keiner."
"Das Schicksal der 56 Dörfer von Lice begann, als am Anfang September der Kommandant der Gendarmeriestation in Lice, der Oberleutnant Odabas, mit allen Dorfvorstehern der 56 Dörfer eine Versammlung abhielt. Er sagte damals bei dieser Versammlung, 'Sagt den Bauern, sie sollen freiwillig zu Dorfschützern werden, ansonsten werden wir es mit Gewalt machen.' Einige Tage nach dieser Versammlung sagten die Bauern in einem freundlichen und achtvollen Ton, daß sie keine Dorfschützer werden wollen, doch die Reaktion des Oberleutnants war sehr hart. Er sagte, 'Wenn ihr nicht freiwillig annehmt, dann werdet ihr eben ..ke ..ke (ein schweres Schimpfwort; d. Übers.) *annehmen."*
Derartige Beispiele könnten wir erweitern. Doch wir meinen diese sind ausreichend.
Unser Volk ist sich darüber wohl bewußt, was das "Dorfschützer"-Sein bedeutet. Die kurdischen Volksaufstände bis heute wurden durch die Spaltung und Teilung des Volkes niedergeschlagen. Welche Gefahr dieses "Dorfschützersystem" bedeutet, kann man an Süd-Kurdistan sehr deutlich zeigen. Der faschistische Saddam-Regime hat aus den kollaborierenden Stammesagas eine Milizkraft von ca. 50 000 Mann gebildet. Mit dieser Kraft hat es das kurdische Volk geteilt und den Widerstand geschwächt.

G) Die Praktiken der "Dorfschützer"

Den Stammesführern werden Funksprechgeräte und Hubschrauber zur Verfügung gestellt, und sie haben eigens für sie eingerichtete Büros für "Dorfschützer-Vermittlung". Da es den Ausländern und Journalisten nicht gestattet ist, ihre Meinung und Reportage über dieses Gebiet offen darzulegen, gelangen die Praktiken der "Dorfschützer" nicht in genügendem Maße an die Öffentlichkeit. Mit der Bildung des "Dorfschützersystems" versucht die türkische Regierung nicht nur den Freiheits- und Unabhängigkeitskampf des kurdischen Volkes zu verhindern, sondern auch das Volk zu teilen und gegeneinander aufzuhetzen. Diese Bemühungen des türkischen Staates haben große Zerstörungen in der kurdischen Gesellschaft angerichtet. Die Tätigkeiten des "Dorfschützertums" ist eines der Mittel, die diese Aufgabe erfüllen sollen.



Einige Beispiele für die Praktiken der "Dorfschützer" wollen wir hier aufzeigen, wobei betont werden muß, daß die Mehrheit dieser "Dorfschützer" aus den Kreisen der Stammesführer stammt.

Siirt-Sirvan:
Eine Reihe von Ereignissen haben hervorgebracht, daß die "Dorfschützer" ihre Befugnisse für ihre persönlichen Interessen ausgenutzt haben. Anfang Februar haben die "Dorfschützer" Hüseyin und Sükrü Uluc aus dem Dorf Doyle bei Sirvan diese Tatsache zur Schau gestellt. Als die Uluclar eine lange Zeit keine Erfolge als "Dorfschützer" aufzeigen konnten, wurden sie unruhig, da dies zur Folge haben könnte, daß sie ihre Tätigkeit als "Dorfschützer" verlieren. Eines morgens fand man eine Parole in dem Dorf, die auf die Wand eines Hauses geschrieben worden war. Der Meinung von der Dorfbevölkerung zufolge wurden diese Parolen durch die Gebrüder Uluc eigenhändig an die Wand geschrieben. Da diese Parole auf eine Holzplatte an der Wand eingeschnitzelt wurde, behaupteten die beiden "Dorfschützer", daß es nur ein Schreiner gewesen sein könnte. Daher kam nur einer in Frage und zwar der Schreiner Mehmet Emin Kocabay (70 Jahre alt) und seine beiden Söhne Mustafa und Mehmet. Es gab sowieso schon familiäre Widersprüche zwischen den beiden Familien seit langem. Alle drei wurden zur Gendarmeriestation geschleppt und wurden dort nicht etwa vor Gericht gestellt, sondern mußten sich mit Prügel begnügen. (Quelle: Yeni Gündem, vom 17-23. März 1986)
In Bosa (Güclükonak) bei Eruh/Siirt wurde dem zuvor wegen Raubes verurteilter Bahattin Aktug die Tätigkeit des "Dorfschützers" zugeteilt. Dieser sah es als seine erst-

rangige Aufgabe an, sich bei Resul Yildirim zu rächen und den Bauern 80 Schafe zu stehlen. (Quelle: Nokta vom 26. April 1987)
In Siirt und Eruh haben sich auch Frauenentführungen durch die 'Dorfschützer" verbreitet. So wurde die Meryem Kayaalp von Ahmet Bilic, der für seine erfolgreiche "Dorfschützer"-Tätigkeit ausgezeichnet wurde, entführt. (Quelle: Tercüman vom 19. Dezember 1986)
Der Journalist Ahmet Kahraman, der bei der Zeitung Milliyet tätig ist, schreibt in der Ausgabe Mai 1988 folgendes: *"In den 60er Jahren gab es drei Räuber, Hamido, Tilki Selim und Kocero, die in Ost-Anatolien sehr gefürchtet waren. Tilki Selim und Kocero waren bei einem Widerstand ums Leben gekommen. Hamido —gesucht wegen des mehrfachen Mordes— wurde in einem Hühner-Stall als er sich versteckte aufgefunden. Er wurde verurteilt und mußte eine Zeit lang im Gefängnis verbringen. Danach konnte er mit einem Pferd davongehen. Nach einigen Jahren wurde er von der Regierung mit einer Waffe und Uniform, die den Uniformen der US-Soldaten bei dem Krieg in Vietnam ähnlich ist, ausgerüstet und zum Dorfschützer ernannt."*
Sehr viele "Dorfschützer" handeln ihrem Willen entsprechend und regeln mit den Waffen, die sie vom Staat erhalten haben, ihre persönlichen Angelegenheiten wie z.B. Mädchen zu entführen oder sich an seinen persönlichen oder familiären Feinden zu rächen. Dabei bringen sie die Menschen um und behaupten, sie seien Terroristen gewesen.
Seit ihrer Existenz haben sie in den drei Jahren von April 1985 bis April 1988 insgesamt annähernd 150 Revolutionäre ermordet.

H) Das Vorgehen der PKK gegen die "Dorfschützer"

Bisher haben wir über die Bedeutung, Ziele und die Praxis der "Dorfschützer" berichtet. Wir wollen noch das Vorgehen der ARGK-Guerillas gegen das "Dorfschützertum" aufgreifen. Wie bekannt ist, hat der türkische Staat nach den Schlägen der Guerillas gegen die "Dorfschützer" Erklärungen wie "die PKK hat sich die Ermordung von Frauen und Kindern zum Ziel gesetzt" oder "das Ziel der PKK ist die zivile Bevölkerung" verbreitet. Auch in Europa versuchte man, mit derselben Behauptung die Solidarität mit dem Befreiungskampf Kurdistans zu verhindern.
Wie wir schon in den vorgehenden Teilen zu erklären versucht haben, ist das Milizentum ein sehr ernstes Hindernis für die Entwicklung des Guerillakampfes und damit des nationalen Befreiungskampfes. Dieses Hindernis muß geräumt werden, wenn man eine Entwicklung vollziehen möchte. Ansonsten wird die türkische Armee die Initiative ergreifen und die Befreiungskräfte mit dieser Methode zu ersticken versuchen. Das würde für die Guerilla das Ende bedeuten. Die Notwendigkeit, dieses Hindernis beiseite zu räumen, ist indiskutabel. Die Befreiungskräfte können nicht zusehen, wenn Kreise der Stammesführer bewaffnet und gegen sie eingesetzt werden. Darauf müssen wir, so glauben wir, nicht tiefgreifend eingehen.
Die angewandten Methoden haben nicht gegen die international anerkannten Kriegsregeln verstoßen. In erster Linie sind die "Dorfschützer" keine zivile, sondern sie sind konter-revolutionäre Milizen des türkischen Staates. Sie werden nicht einmal von der türkischen Regierung als solche angesehen, sondern werden als Rekrutierte betrachtet. Auch dies ist eine Tatsache.
Zumeist wird das Vorgehen der PKK gegen das Milizentum in der Öffentlichkeit in entstellter Form wiedergegeben. Für die ARGK-Guerillas ist der Versuch der Überzeugung grundlegend für den Kampf gegen das Milizentum. Es ist bekannt, daß der Mehrheit der "Dorfschützer" die Waffen aufgezwungen werden. D.h. dieser Teil muß von diesem Fehler überzeugt und für den Befreiungskampf gewonnen oder zumindest neutralisiert werden. Hierfür werden alle Dorfschützer in erster Linie einer intensiven Überzeugung unterzogen. Erst wenn alle Aktivitäten keine Ergebnisse erzielt haben, werden diejenigen, die nicht von ihrer feindlichen Haltung absehen, gewarnt. Sie werden dreimal gewarnt. Erst wenn auch diese Aktivitäten keine Erfolge erzielt haben, wird zur Waffe gegriffen. Die Verantwortung dafür, daß auch Kinder und Frauen dabei getötet wurden, liegt allein an dem türkischen Staat, der die Häuser der "Dorfschützer" in ein einziges Waffendepot umgewandelt hat.
Man muß dazu betonen, daß die Schläge gegen die "Dorfschützer" eine abschreckende Wirkung auf die restlichen "Dorfschützer" hinterlassen haben, die sie dazu bewegte, die Waffen niederzulegen. Die Zahl der "Dorfschützer" hat sich seit den Schlägen gegen das Milizentum von 25 000 auf 6 000 reduziert. Auch die Vertreter des türkischen Staates haben erklärt, daß das "Dorfschützertum" keine Alternative gegen die "Separatisten" ist. Das ist eine Entwicklung zugunsten des Befreiungskampfes. In den Gebieten, in denen die "Dorfschützer" große Schläge erlitten haben, entwickelt sich heute der Befreiungskampf in viel stärkerem Maße als zuvor. Das ist nur darauf zurückzuführen, daß dieses Hindernis zum größten Teil aus dem Wege geräumt wurde.
Es gibt auch Beispiele aus anderen nationalen Befreiungsbewegungen, in denen das Milizentum ein sehr großes Hindernis dargestellt hat und bei denen die Befreiungskräfte mit revolutionärer Gewalt vorgegangen sind, um dieses Hindernis aus dem Wege zu räumen. Ein Beispiel hierfür stellt auch Peru dar. Diese Methode des Spezialkrieges wurde in allen nationalen Befreiungsbewegungen angewandt. Vielleicht in anderen Befreiungsbewegungen nicht unter demselben Namen, aber ständig versuchten die kolonialistischen Kräfte, einen Teil der Bevölkerung gegen die Guerilla zu bewaffnen und sie gegen den anderen Teil aufzuhetzen. Einige Länder, die ihre Unabhängigkeit erlangt haben, haben auch heute noch große Schwierigkeiten mit den konterrevolutionären Milizen. Um die Entwicklung des Befreiungskampfes voranzubringen, muß dieses Hindernis beiseite geräumt werden. Dies geschieht natürlich nicht von selbst, sondern nur durch den Willen und die Kraft der Revolutionäre. Oder glauben einige Kreise, daß die türkische Armee nach einiger Zeit von selbst dieses System aufgegeben hätte, weil sie so erfolgreich war und sie "ja eigentlich nicht möchte, daß sie so erfolgreich werden"? Es gibt bestimmte Kreise, die behaupten, die ERNK sei keine nationale Befreiungsbewegung, weil sie "Frauen und Kinder ermorde". Nur ist es interessant, daß es dieselben Kreise sind, die auch gegen den heldenhaften Widerstand anderer Völker im Mittleren Osten und insbesondere gegen das palästinensische Volk auf dieselbe Weise vorgehen und versuchen, mit dem Anti-Semitismusvorwurf diese zu isolieren und ihnen das Recht, eine nationale Befreiungsbewegung zu sein, abstreiten. Von daher ist es nicht verwunderlich, daß diese Kreise derartige Behauptungen aufstellen. Es sind solche Kreise, die den bewaffneten Befreiungskampf zwar nicht dem Anschein nach aber in der Realität ablehnen.
Tatsache ist es, daß der Befreiungskampf seit den Schlägen gegen das "Dorfschützersystem" eine raschere Entwicklung gezeigt hat.

Vorgelegt der I. Konferenz der PKK im Jahre 1981 von seiten des Zentralkomitees

POLITIK — RAPPORT

— Kapitel 4 —

Die PKK—Bewegung

Fortsetzung aus Kurdistan-Report Nr. 22

3- DIE FRAGE DER TAKTIK DER PARTEI

"Die Taktik ist die Feststellung der Linie des Verhaltens des Proletariats für die verhältnismäßig kurze Periode der Flut oder Ebbe der Bewegung, des Aufstiegs oder Abstiegs der Revolution: sie ist der Kampf um die Durchführeng dieser Linie mittels Ersetzung der alten Kampf- und Organisationsformen durch neue, der alten Losungen durch neue, mittels Kombinierung dieser Formen usw... so setzt sich die Taktik weniger wesentliche Ziele, denn sie zielt nicht darauf ab, den Krieg als Ganzes zu gewinnen, sondern diese oder jene Schlachten, diese oder jene Kämpfe, diese oder jene Kampagnen, diese oder jene Aktionen erfolgreich durchzuführen, die der konkreten Lage in der Periode des gegebenen Aufstiegs oder Abstiegs der Revolution entsprechen. Die Taktik ist ein Teil der Strategie, dieser untergeordnet und ihr dienend." (Quelle: Fragen des Leninismus; Stalin S. 74)

Jede politische Bewegung muß gegenüber neuen Erscheinungen im Kampf ihre Haltung neu bestimmen, ihre Organisations- und Kampfformen ändern, d.h. eine neue Taktik anwenden, um ihe Ziele erreichen zu können.

Eine Bewegung, die entsprechend den Umständen ihre Taktik nicht ändert, die nicht fähig ist, angepaßte Organisations- und Kampfformen ins Leben zu rufen, kann ihre Existenz nicht sichern, geschweige denn den Sieg zu erringen. Es gibt einerseits eine Taktik, die den konkreten Bedingungen entspricht und daher dem Fortschritt dient, d.h. revolutionär ist; während es anderersetis auch eine Taktik gibt, die nicht angepaßt und daher änderungsunfähig; d.h. reformistisch ist. Selbstverständlich hängt all diese von der Strategie der jeweiligen politischen Bewegung ab. Aber auch den Bewegungen, die zwar über eine revolutonäre Strategie, aber nicht über eine entsprechende taktiksche Führung verfügen, kann es passieren, daß sie die eventuellen neuen Situationen nicht interpretieren, eine falsche Taktik anwenden und dem Opportunismus verfallen. Deswegen muß eine Partei des Proletariats über eine revolutionäre Theorie, ein Programm und eine Strategie verfügen. Diese reichen aber nicht aus, um den Sieg zu erringen oder zu einer Partei zu werden. Daher ist es für die Erlangung des Sieges unerläßlich, daß sie eine richtige revolutionäre taktische Linie anwendet, sie in jeder Etappe des Kampfes über eine richige revolutionäre tatische Linie und eine Führung verfügt, die den Voraussetzungen entsprechdend rasch eine neue Taktik bestimmt und anwendet.

Mit Vorbehalt der oben erwähnten allgemeinen Darlegungen, wollen wir mal die Taktik verschiedener Strömungen in Kurdistan in verschiedenen Phasen aufgreifen. Bis 1978 hatten diverse Strömungen ihre Theorie entworfen, ihre Zielsetzungen definiert und von diesem Datum an befanden sie sich im politischen Kampf, d.h. in der Organisierung und Aufnahme praktischer Tätigkeiten. In Kurdistan wurde bis 1980 ein revolutionärer Aufstieg erlebt. Selbstverständlich hat jede Organisation, um ihre Ziele zu erreichen, entsprechende Aktivitäten durchgeführt. Doch da einige Kräfte über keine handfesten Ziele verfügten, ständig gegenüber dem revolutionären Programm zurückblieben und einige revolutionäre Forderungen unter ihre eigenen Ziele setzten oder besser gesagt einen Katalog verschiedener Wünsche erstellt haben, waren sie auch nicht in der Lae, zu verfolgen, welche Taktik sie bei ihren Aktivitäten anwendeten.

Was waren die Taktiken verschiedener Gruppen in dieser Phase revolutionären Aufstiegs? Die Taktiken der kurdischen kleinbürgerlichen Nationalisten und der türkischen Sozial-Chauvinisten, die in Übereinstimmung miteinander standen, waren: Organisierung von Massendemonstrationen mit der Erlaubnis der Kolonialisten, die Herausgabe von einigen legalen Publikationen, Versuche, einige Delegierte bei den Parlaments- und Kommunalwahlen durchzubringen und dementsprechend in legalen Vereinen sich zu organisieren. Es waren alle opportunistische Taktiken, die nicht den Interessen unseres Volkes entsprachen, die seinem Befreiungskampf nicht nutzten und eine Art Flucht vor diesem Kampf darstellten.

Die revolutionären Taktiken unserer Bewegung waren: Sehr intensive Agitations- und Propagandaaktivitäten durch die Herausgabe von illegalen Zeitschriften, Broschüren und Flugblättern und mündliche Propaganda, um die revolutionäre Theorie, die Programmziele und die praktischen Ereignisse der breiten Volksmasse näherzubringen, und revolutionäre Gewalt gegen die als Agenten der Kolonialherrschaft fungierenden kurdischen Feudalen, gegen Faschisten und zivile und offizielle Polizeikräfte anzuwenden. Die Hauptorganisationsformen lagen dementsprechend auf illegaler Ebene. Diese beiden Taktiken wurden drei Jahre lang in der Praxis erprobt. Die Folge: die opportunistische Taktik, die der Unterdrückung des Feindes und der revolutionären Erhebung nicht standhalten konnte und ständige Niederlagen erlitt, konnte zu der Entwicklung des Befreiungskampfes unseres Volkes keinen Beitrag leisten; wohingegen die revolutionäre Taktik die Herrschaft des Feindes erschütterte und eine in Kurdistan noch nie dagewesene revolutionäre Bewegung mit Beteiligung der Volksmassen zustande gebracht hat.

Im Jahre 1980 hat der revolutionäre Aufstieg sein Tempo verloren und dem intensiven faschistischen Druck nachgegeben.

Diese Tendenz nahm mit dem faschistischen Putsch vom 12. September ihre offensichtlichste Form an. Die Kolonialisten beabsichtigten die Zerschlagung jeder Opposition, haben insbesondere unserer Bewegung und unserem Volk den Kolonialkrieg erklärt und die Revolutionären zum offenen Krieg aufgefordert. Allerdings konnten die Revolutionären auf solch einen Krieg nicht eingehen, da sie die zur Niederlage des Feindes erforderliche Kraft nicht besaßen. So ein Krieg hätte das Ende der Revolutionäre bedeutet. Daher mußten sie sich, um ihre Vorbereitungen für die Aufnahme des Krieges zu treffen, zurückziehen. Auch in dieser Phase haben sich die opportunistische und die revolutionäre Taktik stark voneinander unterschieden. Die Opportunisten gerieten durch die Angriffe des Feindes in Panik, lösten sich auf und bekamen Angst um ihre eigene Existenz. Diejenigen, die ins Ausland fliehen konnten, taten sich zusammen und setzten auch heute noch die Form ihrer früheren Tätigkeiten fort. Ihre Taktik für diese Phase lautet: In Ländern, die sie für geeignet halten, Vereine zu gründen, sich hier zusammenzufinden, einige Publikationen herauszugeben, Beziehungen, die ihre Existenz sichern, einzugehen und vor allem darauf zu warten, bis sich eine "Rückkehr zur Demokratie" vollzieht. Es ist offensichtlich, daß diese realitätsfremden "Tätigkeiten" dem revolutionären Kampf unseres Volkes keinen Nutzen einbringen. Daher ist es notwendig, diesen Kreisen die richtige revolutionäre Taktik aufzuzwingen, so daß sie sich dem revolutionären Kampf unseres Volkes anschließen oder isoliert werden.

Was sind die Taktiken der Revolutionäre, die den zügellosen Angriffen des Feindes gegenüberstehen? Wenn wir den offenen Kampf mit dem Feind nicht annehmen können und die Entwicklung der Revolution zurückfällt, so müssen wir entsprechend manövrieren, die Einheiten der Organisation straffen und in völlige Illegalität ziehen, die Kräfte sammeln und sie schützen, die Beziehungen zu den Massen einschränken und auf illegalen Wegen fortsetzen, den Widerstand proportional zu unserer Stärke entwickeln, auf die Zusammenarbeit aller oppositionellen Kräfte im In- und Ausland beharren, den Feind überall entlarven, die vohandenen Potentiale zum Zwecke der qualitativen Weiterbildung an geeigneten Orten konzentrieren, um angepaßte Kampfformen herauszuarbeiten.

"Mit den Reserven muß man so manövrieren, daß man einen geordneten Rückzug antreten kann, wenn der Feind stark ist, wenn der Rückzug unvermeidlich ist, wenn es offenkundig unvorteilhaft ist, den Kampf, den uns der Feind aufzwingen will, anzunehmen, wenn der Rückzug bei dem gegebenen Kräfteverhältnis das einzige Mittel ist, die Avantgarde den Schlägen des Gegners zu entziehen und ihr die Reserven zu erhalten.

'Revolutionäre Parteien', sagt Lenin, 'müssen lernen. Sie haben gelernt anzugreifen. Jetzt muß man begreifen, daß man diese Wissenschaft durch die Wissenschaft ergänzen muß, wie man sich richtig zurückzieht. Man muß begreifen —und die revolutionäre Klasse lernt aus eigener bitterer Erfahrung zu begreifen—, daß man nicht siegen kann, ohne gelernt zu haben, richtig anzugreifen und sich richtig zurückzuziehen' (Quelle: Lenin Ebenda, s.61)"

Allerdings müssen wir gestehen, daß wir, aufgrund der Zerstreutheit unserer Kräfte, der Unzulänglichkeit und der Unordnung im Bereich der Organisierung, die revolutinre Taktik nicht im erforderlichen Maße in die Praxis umgesetzt haben; auch wenn wir im Vergleich zu den Opportunisten Erfolge zu verbuchen hatten, so waren wir im revolutionären Sinne nicht genügend erfolgreich und hatten aus diesem Grund viele Kräfteverluste einstecken müssen.

Wir müssen die Phase, die durch unerträgliche Repressionen und Rückgang der Revolution gekennzeichnet ist, zu einer intensiven Vorbereitungsphase umwandeln. In dieser Phase, da es keine quantitative Entwicklung gibt, müssen wir unsere Kräfte stabilisieren und eine qualitative Entwicklung vollziehen. Die Vorbereitungsphase soll weiter fortgesetzt werden, und der Weiter- und Ausbildung unseres Potentials muß große Bedeutung beigemessen werden. Genossen, die in der Ausbildungsphase sind, sollen alles in ihren Möglichkeiten stehende tun, um ihre Mängel durch Ausbildung aufzuheben. In diesem Zusammenhang sollen unsere organisationsbezogenen Probleme, auf die wir später hinweisen, gelöst werden. Es müssen Bemühungen gemacht werden, um mit den bstehenden örtlichen Gruppen und Kreisen den Kontakt fortzusetzen und diese am Leben zu erhalten. Auf der Grundlage der Umsetzung unserer Auffassung von Bündnissen im In- und Ausland soll nach neuen Möglichkeiten für die Entwicklung und die Aufrechterhaltung unseres Kampfes gesucht werden. Ein gemeinsamer und effektiver Kampf gegen die faschistische Junta soll mit Hilfe von breiten Allianzen und enger Zusammenarbeit der anti-faschistischen Kräfte in Kurdistan und der Türkei entwickelt werden. Der revolutionäre Widerstand der gefangenenn Freunde muß in intensiver Form unterstützt werden.

Welche Hauptorganisations- und Kampfformen benötigen wir, um in der Zukunft, in der der Aufstieg der Revolution sich allmählich abzeichnen wird, den nationalen Befreiungskampf Kurdistans zu beschleunigen und ihn zum Erfolg zu führen?

Wir glauben, daß dies bei unserer Sitzung in einer detaillierten Form diskutiert und geklärt wird. Wir begnügen uns mit einer allgemeinen Darlegung. Das gesellschaftliche Leben in Kurdistan, die unabhängige Entwicklung im wirtschaftlichen, sozialen, politschen kulturellen Sinne sind durch die koloniale Gewalt auf Eis gelegt. In diesem Sinne ist es notwendig, daß sich die revolutionäre Gewalt gegen die vielfache nationale Unterdrückung durchsetzt. Dies ist offensichtlich die Festlegung der strategischen Kampfform einer nationalen Befreiungsrevolution in der Gestalt eines Prinzips. Aber mit der Festlegung eines Prinzips allein ist es nicht getan. Es ist notwendig, herauszuarbeiten, wie solch ein Prinzip, unter welchen Bedingungen und mit welchen Taktiken, in die Praxis erfolgreich umgesetzt wird.

Es ist unerläßlich, daß wir mit der Reorganisierung der Partei dem bewaffneten Kampf, der auf der politischen Entwicklung in Kurdistan basiert, Vorrang geben, daß wir den bewaffneten Kampf nicht als sofortige Einleitung des Guerillakampfes auffassen, sondern einsehen, daß erst die Gründung der vorbereitenden unteren Einheiten zum Aufbau des Guerillakamfes führt und daß wir eine Linie des bewaffneten Kampfes wählen müssen, die stets den politischen Kampf weiter ausbaut. Wir müssen uns davor hüten zu denken, daß ein bewaffneter Kampf ohne Anlehnung an die politischen Arbeiten der Partei möglich ist. Der bewaffneter Kampf soll aus den politischen Tätigkeiten der Partei entspringen, dem Ausbau und der Festigung dieser Tätigkeiten dienen.

So wie in der Vergangenheit, müssen wir auch für die nächste Zukunft zur Bekämpfung der von den Kolonialisten entwickelten Agentenstruktur, des Denunziantennetzes, der Folterer, dem vom Staat offiziell geleiteten konterrevolutionären Terrormilizen, Formen des bewaffneten Kampfes herausarbeiten, die an sich kein Guerillakampf sind, aber eine Vorstufe zu ihm darstellen. Während die Partei mit Hilfe von schriftlicher und verbaler Propaganda und Agitation und des bewaffneten Kampfes die revolutionäre politische Entwicklung vorantreibt, wird der Guerillakampf auf die Tagesordnung treten. Der Guerillakampf wird sich dort, wo die geographischen und politischen Bedingungen und der Organisationsgrad geeignet und wo die militärische Ausrüstung ausreichend ist, entfalten, und er wird in Kurdistan

eine wichtige Rolle spielen.
Es ist lächerlich, zu glauben, unter den Bedingungen in Kurdistan ohne den Guerillakampf politische Ergebnisse erzielen zu können. Er wird in Kurdistan und in der Geschichte des nationalen Befreiungskampfes verglichen mit anderen Ländern einen noch größere und wichtigere Rolle spielen. Die Tatsache, daß der Kolonialismus bei uns sowohl in der Breite als auch in die Tiefe Wurzeln geschlagen hat, macht den Guerillakampf in der Form des Volkskrieges und seine effektive Anwendung zu einer Notwendigkeit. Wir müssen mit dem Aufstand der breiten Massen während und im Laufe des gut und mit Geduld vorbereiteten Guerillakampfes in Kurdistan rechnen. Die politischen Entwicklungen, die sich auf der Basis der gewaltfreien und sich auf Gewalt stützenden Kampfformen der Partei vollziehen, und deren Verstärkung durch den Guerillakampf werden in einem Volksaufstand münden. Dies muß immer vor Augen gehalten werden, die Vorbereitung und Probleme des Volksaufstandes müssen bereits jetzt auf der Tagesordnung der Partei stehen; die in diesem Bereich verantwortlichen Genossen insbesondere sollen sich schon in dieser Phase Überlegungen darüber machen und Pläne ausarbeiten. Die Phase des Volksaufstandes ist an und für sich eine große Epoche; wir werden vor der Aufgabe stehen, große Volksarmeen zu gründen, halb-reguläre Kriege zu führen, mit der Niederlage der Kolonialisten das Land in totale Befreiung zu führen. Eine derartige Analyse des Kampfes betont, daß die Organisationsformen militärisch sein werden. Selbstverständlich werden Organisationen verschiedener Art entwickelt werden, aber der Schwerpunkt des militärischen Charakters des Kampfes macht es notwendig, daß der militärischen Organisierung große Bedeutung beigemessen wird.
Seien es Organisations- oder Kampfformen, beide hängen im Grunde davon ab, inwieweit sie die Kraft besitzen, die breiten Massen in den Kampf miteinzubeziehen. Diejenigen Formen, die es schaffen, die Volksmassen in größtmöglicher Zahl in die Kampfarena zu ziehen, sind richtig, und diejenigen, die umgekehrt wirken, sind falsch. Daher werden Massenorganisationen der Arbeiter, der Bauern, der Jugend, der Frauen und der Handwerker, Organisationen sein, die immer mehr Menschen organisieren und sie in den Kampf einbeziehen. In militärischer Hinsicht werden die in diesem Bereich zu gründenden Organisationsformen kleine bewaffnete Gruppen, Guerillaeinheiten, -armeen und schließlich die Volksarmee sein. Die genannten Organisations- und Kampfformen sollen entsprechend dem Ort, der Zeit, den Kampfbedingungen, den Entwicklungsstufen des Kampfes und dem Organisationsgrad der Partei ausgewählt werden. Hier ist Vorsicht geboten, die einzelnen Probleme dürfen nicht mit einander verwechselt werden. Wenn diese Organisations- und Kampfformen mit Vorbehalt der Entwicklungsprozesse, und in einer Form, die die Probleme dieser Phase lösen kann, richtig ausgewählt und angewandt werden, dann können Ergebnisse erreicht werden. In dieser Phase müssen wir in unseren Beziehungen insbesondere zu den anderen kurdischen Organisationen darauf bestehen und diese dazu ermutigen, daß auch sie ihre Kampfmittel richtig bestimmen. Eines der größten Probleme der Revolution in der Türkei und Kurdistan ist eben dieses. In der Theorie wird viel gesprochen, ziemlich viele Programme entworfen, etliche Organisationen gegründet; aber weil gerade Formen des Kamfpes und der Organisation verfehlt werden, die dem Feind eine Niederlage herbeiführen können, bleibt der Erfolg aus und viele der bestehenden Organisationen begegnen durch die Schläge des Feindes einem raschen Zerfall. Wir müssen daher unsere richtige revolutionäre Taktik den anderen Revolutionären in der Türkei und in Kurdistan aufzwingen, ihnen klarmachen, daß die Lösung dieses Problems eine wichtige Aufgabe der Revolutionäre ist und sie ihre diesbezüglichen Unzulänglichkeiten beheben müssen.
Der nationale Befreiungskampf Kurdistans wird erst unbesiegbar sein, wenn es uns gelingt, in der nächsten Zukunft die Partei zu reorganisieren, unsere Bündnispolitik in die Praxis umzusetzen und die Wahl richtiger Organisations- und Kampfformen zu bestimmen.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Entwicklung der PKK-Bewegung, die wir auch als die revolutionäre Bewegung Kurdistans bezeichnen können, läßt sich in drei Etappen unterteilen.
Die **erste Etappe**fängt mit der theoretischen und programmatischen Entstehung der PKK-Bewegung 1973 an und endet mit der Vorbereitung des Programm-Entwurfs 1977. In dieser ersten Phase formiert sich die Bewegung als eine kleine Gruppe und als eine ideologische Strömung heraus. Auf der einen Seite wurden gegenüber den Sozial-Chauvinisten der türkischen Linken und auf der anderen Seite gegenüber den kurdischen kleinbürgerlichen Primitivnationalisten in der nationalen Frage Kurdistans eine ideologische Abgrenzung betrieben. Es ist eine Phase, in der auf der Grundlage dieser Abgrenzung ein ideologischer Kampf geführt, systematisch Gedanken entwickelt und auf der Grundlage der konkreten Situation in Kurdistan zu einer theoretischen Auffasssung zusammengefaßt worden und schließlich hieraus eine Programmauffassung, die eine Zielsetzung beinhaltet, geschaffen. Diese Phase der Analyse, Untersuchung und Diskussionen erfaßte nur wenige Menschen, die sich eher mit Hilfe theoretischer Studien und Diskussionen ausbildeten und ihre Gedanken systematisierten. Zur gleichen Ziet erlebten die anderen Gruppen in Kurdistan den gleichen Prozeß und waren bemüht, sich auf theoretischer Ebene zu entwickeln. Diese Etape ist gleichzeitig gekennzeichnet durch die teilweise Verstärkung des nationalen Bewußtseins und den Beginn der nationalen Befreiung. Deswegen waren die Probleme dieser Phase nicht politischen und organisatorischen Charakters, die Lösungen wurden durch Analysen und Untersuchungen gefunden.
Die **zweite Etappe** erstreckt sich von etwa Anfang 1977 bis Ende 1979. Diese Phase ist dadurch charakterisiert, daß sich die Theorie und das Programm dieser Bewegung innerhalb der Intellektuellen und des Volkes ankündigte und sich durch revolutionäre Aktivitäten wie Propaganda und Agitation und Aktionen gegen die damals eine große Gefahr darstellenden Faschisten, Agenten und örtliche Reaktionäre, eine politische Entwicklung zeigte. Es mußte nun erprobt werden, ob sich diese Gedanken, die im Programm formuliert waren, zu einer politischen Macht entwickeln können, ob sie die nationalen und gesellschaftlichen Interessen der Massen beantworten können und sie innerhalb der Massen Resonanz finden oder nicht. Die hierfür geleisteten Tätigkeiten drückten sich in verbaler Propaganda, Aktionen, im Veteilen von Flugblättern, von Broschüren und in einigen Massendemonstrationen aus. Mit diesen Mitteln wurde die Bewegung immer stärker, konnte innerhalb der Massen Fuß fassen und wurde zu einer materiellen Kraft.
Da sie zu einer gesellschaftlichen Massenbewegung geworden ist, zog sie immer mehr die Aufmerksamkeit der Kolonialisten und ihrer Kollaborateure auf sich, was wiederum zu einer steigenden Unterdrückung führte. Aus den Konflikten zwischen den verschiedenen Flügeln der türkischen Bourgeoisie, die ihren Ausdruck in dem Konflikt zwischen der CHP (Republikanische Volkspartei) und der AP (Gerechtigkeitspartei) wiederfinden,

wurde Nutzen gezogen, und diese Situation verschaffte die Möglichkeit, etwas leichter die Tätigkeiten zu entwickeln und weitere Schritte voranzutreiben. Außerdem war die Bourgeoisie sich noch nicht bewußt, was für eine Gefahr die Bewegung für sie darstellte. Auch wenn sie sich im Klaren darüber war, so fehlten ihr aufgrund der illegalen Tätigkeiten nötige Informationen. Trotzdem wurden die Verfolgungsmaßnahmen allmählich vermehrt, so daß diverse reaktionäre Kreise, die ihre Interessen durch die Bewegung gefährdet sahen, erste Angriffe starteten, die ebenfalls erste Märtyrer forderten. Als die Bewegung statt sich zu fügen, darauf reagierte, verschärfte sich der politische Kampf. Dies stellte unter Beweis, daß die ideologische Struktur der Bewegung innerhalb des Volkes Gestalt annehmen kann, innerhalb der Gesellschaft Resonanz findet und ein beachtlicher Teil hinter der Bewegung steht. Am offensichtlichsten war diese Tatsache Ende 1978 zu beobachten. Die Volksmassen sahen und begriffen, wie besonders auf der Grundlage der revolutionären Gewalt entschlossen gekämpft wurde, wie sich eine noch nie dagewesene Bewegung entwickelte, wie sie im Unterschied zu all ihren Vorgängern fähig war, gegen die Kolonialisten und die nationale Repression als auch gegen die ansässige Reaktion und die feudale Unterdrückung Widerstand zu leisten, für diese Sache jedes Opfer auf sich zu nehmen und Mut aufzubringen; so vereinten sich die Massen in den Reihen dieser Bewegung. Anfangs in Hilvan, Siverek, später in Batman und nahezu überall in Kurdistan, in den Städten der Türkei, wo viele kurdische Werktätige leben, konnte man diese Entwicklung beobachten.
Nach der anfänglichen Panik über die erste Gründung einer revolutionären Partei im Jahre 1978 , unter deren Führung sich die ersten Erfolge des nationalen Befreiungskampfes zeigten, einigten sich die Kolonialisten und ihre lokalen Handlanger darüber, sie durch die Kraft der Staatsmacht zu zerschlagen. Die sofortige Verhängung des Ausnahmezustandes in den Gebieten, wo die PKK sich entwickelte, die Verfolgung ihrer Anghänger und der Ausschluß der klassisch-reformistischen Linie von all dieser Verfolgung zeigten diese Einheit sehr eindeutig. Die Verstärkung des Chauvinismus und der als Folge dessen erfolgte Regierungswechsel von der CHP (Republikanische Volkspartei) zur AP (Gerechtigkeitspartei) drückten die Angst der Bourgeoisie über die Entwicklungen in Kurdistan aus. Ein anderer Ausdruck dieser Angst war die Übergabe der gesamten Verwaltung in Kurdistan in die Hände des Militärs und die erneute Besetzung Kurdistans.
In der **dritten Etappe**, die sich vom Ende 1979 bis zum heutigen Tag erstreckt, nahm die Verfolgung der Kolonialisten, die sich von ihrer anfänglichen Panik befreiten, zu, während die Bewegung, die politisch neue Dimensionen erlangte, außer Kontrolle und Durcheinander geriet. Die Hauptmerkmale dieser Etappe bestanden darin, daß die Kolonialisten und ihre Kollaborateure sich aufrafften, mit letzter Kraft versuchten, durch einen aggressiven kolonialistischen Krieg gegen das Volk ihr abgenutztes System am Leben zu erhalten. Auf der anderen Seite aber zeigten die Kader der revolutionären Bewegung, die sich rasch zu einer Massenbewegung entwickelte, gegenüber den vermehrten Problemen Unzulänglichkeiten, konnten den Aufgaben der neuen Situation nicht gerecht werden und litten unter der Last dieser Aufgaben, machten Rückschritte, gerieten schließlich in eine Krise, was zur Verhaftung von einem erheblichen Teil der Kader führte. All dies hatte zur Folge, daß keine führende Organisation geschaffen werden konnte. Kurz gesagt; diese Etappe ist die Phase der organisatorischen Krise der revolutionären Bewegung.
Am Anfang der Phase setzte sich der Zulauf der breiten Massen und ihre Vereinigung in den Reihen der Bewegung fort. Die wachsende Massenbewegung möchte Fortschritte erzielen und forderte eine dafür geeignete Organisation. Dennoch brachte der Zuwachs seine Probleme mit sich und erschwerte die Aufgaben. Die Antwort auf diese Situation konnte nur die Vorbereitung, die Entwicklung und Festigung einer Organisation auf stabiler Grundlage und in allen Bereichen sein. Doch die Kader, die sich in der ideologischen, in der Phase der Gruppenbildung und später in der politischen Entwicklungsphase durch Agitation- und Propagandaaktivitäten ausgebildet hatten, konnten diesen Entwicklungen nicht begegnen; sie konnten die notwendige Organisierung nicht vollbringen, sondern gerieten in eine Krise. Sowohl die Kader der unteren Einheiten als auch die der Zentrale begannen, die Probleme der Beteiligung der breiten Massen an dem Kampf nicht zu begreifen, keine den Problemen entsprechende Lösungen zu entwickeln und die Last dieser Probleme nicht mehr tragen zu können. Agitation und Propaganda wie bisher reichten nicht mehr aus. Es war notwendig, gegenüber den Angriffen des Feindes die Massen im Befreiungskampf auf stabiler Grundlage zu organisieren. Die Kader, die sich in der Phase der Propaganda und der Agitation entwickelten, und sich während der politischen Entwicklung nicht organisieren konnten, waren nicht in der Lage, diese Probleme zu lösen. Anstatt sich während der politischen Entwicklungsphase zu organisieren und die Führung zu entwickeln, haben sie sich stärker der Propagierung der Auffassungen der Bewegung unter den Massen gewidmet. Das ging soweit, daß jeder Kader Aktivitäten führte, als wäre er Propagandist, Agitator, Organisator und auch Aktionist zugleich. Schon damals konnte man den Fehler am Arbeitsstil erkennen, der die Grundlage der später eingetretenen Krise darstellte. Die organisationsspezifischen Krankheiten waren auch früher, d.h. in der politischen Entwicklungsphase vorhanden, aber sie kamen damals nicht zur Erscheinung, weil eine rasche Entwicklung erlebt wurde; sie kamen dann voll zur Geltung, als sich der Feind schnell aufraffte und die Dimensionen der Bewegung ein großes Maß annahmen. Erst hier drängte sich die Notwendigkeit einer Organisierung auf.
Die organisationsspezifischen Krankheiten, die Ende 1979 ansetzten und auch heute noch anhalten, sind nicht jene, die einem Verfall und dem Rückschritt zuzuschreiben sind, sondern jene, die der lawinenartigen Entwicklung der Bewegung entspringen; es ist eine Phase, in der die Sympathie von Millionen gewonnen und die Beteiligung von tausenden aktiven Sympathisanten erreicht wurde; d.h. durch Zuwachs charakterisiert ist. Die Bewegung verbuchte einen ideologischen und politischen Erfolg, aber konnte diesen Zuwachs organisatorisch nicht begegnen. Die Massen schlossen sich dem Kampf an, suchten nach führenden Kadern, doch da keine organisatorische Führung geschaffen werden konnte, konnte auch diese Forderung der Massen nicht beantwortet werden, folgerichtig konnte der Kampf nicht die notwendigen Fortschritte erzielen.
Die Kader standen in dieser Entwicklungsphase der Bewegung vor der Aufgabe, nicht nur, wie bisher, die intellektuellen Jugendlichen, sondern in steigenden Maße die überwiegend analphabetischen Volksmassen zu leiten. Der damalige Entwicklungsstand vermochte Kader, die dieser Aufgabe gewachsen wären, nicht hervorzubringen. Doch die Tatsache, daß parallel zu der Entwicklung keine entsprechenden Kader hervorgebracht werden konnten, die diesen Anforderungen entsprachen, d.h keine führende Kader geschaffen werden konnten, kann nicht bedeuten, daß auch in der Zukunft keine hervorgebracht werden können. Diese Auffassung offenbart selbst eine Krankheit. Die Kader hatten bereits Ende 1979 den Rückschritt und ihre Unzulänglichkeiten erkannt. Doch daraus mußten Lehren gezo-

gen werden. Und diese Lehren mußten gut durchdacht und ihre Ergebnisse in die Praxis umgesetzt werden. Aber die Kader haben die für die Lösung der damaligen Aufgaben notwendige Lehren nicht in genügendem Maße gezogen, konnten die Last nicht tragen und erlebten eine Krise. Sie konnten die Organisatiosstruktur einer Massenbewegung nicht begreifen, die Probleme der Massen nicht lösen und die Massen nicht führen. Sie waren nicht in der Lage, ernste Schritte zur Lösung des Problems zu machen, ihre Unzulänglichkeiten zu beseitigen und festzustellen, wo sie ihre Energie am besten verwenden sollten. Folgerichtig konnten sie die Avantgarde und damit die nationale Befreiungsbewegung nicht organisieren. All dies führte dazu, daß die Partei den nationalen Befreiungskampf nicht ununterbrochen fortsetzen, ihre lebenswichtige Organisation nicht gründen und nicht verhindern konnte, daß das revolutionäre Potential des Volkes in seiner Entwicklung gebremst wurde.
Das Problem liegt in der Organisierung. Wie kann eine revolutionäre Partei unter den Bedingugen der militärischen Besatzung organisiert werden? Wie kann eine Partei, nicht nur als solche, sondern innerhalb und mit der nationalen Befreiungsbewegung organisiert werden? Wie kann diese Phase der organisatorischen Krise überwunden werden? Alle Revolutionäre stehen vor diesen Fragen, die auf eine baldige Antwort warten.
Um diese Phase zu bewältigen, haben wir eine Grundlage und vielen Möglichkeiten in der Hand. Die Millionen von Menschen in der Heimat sind bereit für die Revolution, haben den ersten Prozeß der nationalen Bewußtseinsbildung teilweise schon überwunden, erwarten eine fähige Avantgarde und große Aktionen. Es gibt eine große Zahl von Menschen, die für die Tätigkeiten eines Kaders bzw. eines Kämpfers geeignet sind, die von uns Ausbildung und Führung im Kampf erwarten. Es gibt ein großes Angebot an Unterstützung vom Ausland. Der Kampf in den anderen Teilen Kurdistans schreitet voran und dies verschafft uns günstige Voraussetzungen. Der heldenhafte Widerstand unserer gefangenen Genossen in den Kerkern nimmt ständig zu und beeinflußt unser Volk und die Welt auf positive Weise. Darüberhinaus konnte ein gewisser Teil der Kader geschützt werden, die sich in der Ausbildung für die Wiederaufnahme des Kampfes befinden. Diese vorbereitenden Tätigkeiten werden eine neue Phase entwickeln, eine Phase in der die Organisationskrise überwunden und ein erneuter Aufstieg des Kampfes erwartet wird, also ein Beginn der vierten Etappe. Wenn wir die oben genannte organisatorische Krise überwinden und in der zukünftigen Phase lösen, wird sich die nationalen Befreiungsbewegung kontinuierlich bis hin zum Volksaufstand entwickeln. Der von der PKK heute eingeleitete Vorbereitungsprozeß dient ausschließlich dem Aufbau dieser Phase. Einen anderen Prozeß werden wir nicht anerkenen. Die Hauptaufgabe der Partei ist die Reorganisierung der Partei, der ideologischen, organisatorischen und praktischen Avantgarde auf stabiler Grundlage. Sowie die Verstärkung ihrer Funktionstüchtigkeit. Wir müsen hier darauf hinweisen, daß dies nicht der Aufbau einer makellosen Partei bedeutet. In kolonialisierten Ländern ist das nicht möglich. Hier ist gemeint, daß eine minimale Organisierung geschaffen und auf dieser Grundlage die Befreiungsbewegung geführt wird. Es bedeutet auch nicht, daß wir keine andere Aufgaben lösen werden. Die Regorganisierung der Partei hängt unmittelbar mit der Umsetzung unserer Bündnispolitik, dem Aufrechterhalten unserer Errungenschaften und mit den aktionistischen Tätigkeiten zusammen.
Wir betonen: Die Überwindung der organisatorischen Krise ist die Vorbereitungspahse für neue Entwicklungen, das heißt, daß nach nach der Reorganisierung der Partei in Kurdistan keine Vorbereitungsphase beginnen wird. Dieser in anderen Ländern beobachteter Fall gilt nicht für Kolonien. In Kurdistan wird die Überwindungsphase der organisatorischen Krise gleichzeitig auch eine Vorbereitungsphase für die Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes sein und danach werden in verschiedenen Formen der Kampf erhoben.
Alle Probleme unseres nationalen Befreiungskmapfes lassen sich auf die Probleme organisatorischen Charakters zurückführen, die selbst wiederum von der Kaderproblematik abhängen. Damit wir unsere revolutionäre Aufgabe lösen können, werden wir nicht länger dulden, daß amateurhaft, mit dem engen Blick eines Praktiker, mit alten nicht bewährten Methoden, gearbeitet und dabei die Rolle der Theorie übersehen wird. Kurz gesat; es wird nicht geduldet, daß die im Gegensatz zum Leninismus stehenden Auffassungen vertreten und die Porbleme oberflächig behandelt werden. Unsere Aufgabe ist die Schafffung einer aus Berufsrevolutionären bestehenden lenninistischen Organisation. Hierfür müssen professionelle revolutionäre Kader hervorgebracht werden. Diese Kader sollen die Eingenschaft haben, die theoretische Sensibilität mit der praktischen gut zu vereinen, die politischen Entwicklungen im Land sowie in der Welt zu begreifen, den Zusammenhang zwischen den politischen und den militärischen Tätigkeiten maßgerecht herzustellen, den Unterschied zwischen der langwierigen und kurzfristigen Arbeit zu machen und somit sich zu revolutionären Militanten zu entwickeln. Der Militant dieser Etappe muß viele Eigenschaften entsprungen aus den Gegebenheiten unseres Landes und des Jahrhunderts in seiner Person konkretisieren. In dem Maße, indem er dies schafft, wird er ein revolutionärer Militant der vor uns liegenden Phase und der ehrwürdigen Sache werden. Diejenigen, die dies nicht schaffen, d.h. sich nicht entwickeln, werden unter der Last der Anforderungen der Revolutionen in der Region und unseres nationalen Befreiungskampfes und der sehnsüchtigen Forderungen unseres Volkes zusammenbrechen. Das verlangt der Marxismus-Leninismus, der dem Proletariat und den unterdrückten Völkern der Welt den richtigen Weg zeigt, von uns. Die Auffassungen, die dies nicht begreifen und ein Hindernis vor der Entwicklung darstellen, werden sich gegenüber diesen Zwang nicht behaupten können.
Keine Art der Amateurhaftigkeit, der Selbstgefälligkeit und der Rückständigkeit wird ein Hindernis für den zu beschleunigenden Prozeß, der historische Bedeutung hat, darstellen können. Die revolutionäre Linie, im Wesen der PKK, der innerhalb der Massen durch sie geschaffene Bewußtsein und das revolutionäre politische Niveau werden die Überwindung der Krise bewirken. Die praktischen Vorbereitungen werden bald ihre Fürchte tragen. Die Auswertung der Situation ist an sich ein Beipisel dafür, daß der tiefste Punkt der Krise nun zurückliegt, daß sich die Auswege klarer abzeichnen, und daß einiges in dieem Bereich bereits getan ist.
Welche Mittel und Methoden in der Zukunkt wie und wann ergriffen werden, wird die Praxis zeigen. Dennoch wollen wir unsere Überzeugung betonen, daß die PKK-Bewegung diese Phase überwinden, die Probleme lösen, den nationalen Befreiungskampf Kurdistans entwickeln, und somit ihre Verantwortung gegenüber der Revolution in der Welt und in der Region gerecht sein wird, und sagen allen Revolutionären, laßt uns mit all unser Kraft und Begeisteurng versuchen, aus einer Krisenphase eine für die verstärkte Wiederaufnahme des Kampfes erforderliche vorbereitende Phase zu machen, um die PKK und mit ihr den nationaen Befreiungskampf zu entwickeln, damit unsere Verantwortung dem kurdischen Proletariat und dem Volk gegenüber ihre volle Geltung findet, unser Rückstand beseitigt wird und wir leninistische Revolutionäre werden.

Juni 1981



